



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

2
—
16



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

politische Bewegungen benötigen Symbole: Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt einen Ägypter, der eine Fahne mit dem Antlitz des 16-jährigen Gaber Saleh schwingt. Saleh war durch seinen frühen Tod im Alter von 16 zur Ikone der Jugendbewegung „6. April“ geworden, die in Ägypten vor allem grundlegende Menschen- und Bürgerrechte einforderte. Nachdem am 11. Februar 2011 nach 30-jähriger Regierungszeit Hosni Mubarak zurückgetreten war, sah sich auch die neue islamische Regierung unter Mohammed Mursi bald heftigen Protesten ausgesetzt und reagierte mit harter Gewalt darauf. Kristina Milz berichtet in der Serie „Länder des Nahen Ostens“ (in der es seit dem Heft 1/2015 schon um Tunesien, den Iran, Katar, die Türkei und Syrien ging) in diesem Heft über die komplexen politischen Verhältnisse und vor allem auch die Lebensumstände der Menschen in Ägypten, das mittlerweile wieder von einem Militärregime regiert wird.

Die vorliegende Ausgabe von „Einsichten und Perspektiven“ steht auch mit weiteren Beiträgen ganz im Zeichen der internationalen Politik:

- Klaus Gestwa zeigt im zweiten Teil seines Beitrags „Von der Perestroika zur Katastroika“ auf, wie Michael Gorbatschow seine Reformpolitik der Glasnost und Perestroika durchsetzte und letztlich daran scheiterte;
- Christian Schweiger erklärt zur Verarbeitung des „Brexit-Schocks“ vom 23. Juni 2016 die Hintergründe und Koordinaten der britischen Politik, die verdeutlichen, warum die *Leave*-Entscheidung nicht ganz überraschend kam; Philipp Rabl sondiert dazu die Stimmungslage bayerischer und britischer Schüler;
- im ersten Beitrag einer neuen vierteiligen Serie zur vielleicht wichtigsten politischen Entscheidung des Jahres 2016, der amerikanischen Präsidentschaftswahl, erläutert Markus Hünemörder das amerikanische Wahlsystem, die Parteienlandschaft und Hintergründe zum Kampf um das Weiße Haus und
- Walter Eisenhart setzt sich mit den Herausforderungen politischer Bildung und Integration im digitalen Zeitalter auseinander.

Ganz im Sinne des Magazintitels wünschen wir Ihnen eine interessante Lektüre!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dr. Walter Eisenhart ist Lehrbeauftragter am Lehrstuhl Politikwissenschaft III/Politische Bildung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Lehrer an Mittelschulen.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte.

Dr. Markus Hünemörder ist Spezialist für Amerikanische Kulturgeschichte und Lehrbeauftragter am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Dr. Christian Schweiger arbeitet als Senior Lecturer an der School of Government and International Affairs der Universität Durham.

Philipp Rabl ist Mitarbeiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und arbeitet als Gymnasiallehrer am Theresiengymnasium in München.

Inhalt



Von der Perestroika zur Katastroika

Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums
Teil 2: Die politische Selbstaflösung
von Klaus Gestwa

4



Das britische EU-Referendum

Hintergründe und Rahmenbedingungen
von Christian Schweiger

26



Der Kampf ums Weiße Haus 2016

Wahlsystem, Parteien und Hintergründe
von Markus Hünemörder

44



Politische Bildung und Integration im digitalen Zeitalter

von Walter Eisenhart

66

Von der Perestroika zur Katastroika

Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums
Teil 2: Die politische Selbstaflösung

von Klaus Gestwa



Abbildung: picture-alliance/dpa-Grafik

Jede seriöse Interpretation der Zerfallsgeschichte der Sowjetunion wird um die Zentralität der Wirtschaftsmisere nicht herumkommen, um zu verdeutlichen, warum in der Sowjetunion der gesellschaftliche Aufbruch der Perestroika nach 1989 immer mehr in eine Katastrophenstimmung umschlug. Aber die ökonomische Perspektive allein reicht auch nicht aus; sie muss unbedingt mit gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen und politischen Konflikten in Verbindung gebracht werden, die sich in der multiplen Finalitätskrise des Sowjetimperiums gegenseitig hochschaukelten und erst in ihrem eskalierenden Wechselspiel die Dynamiken entwickelten, die das Sowjetimperium schließlich rasant kollabieren ließen.

Glasnost – der holprige Start

Das Scheitern der Perestroika ist eng mit dem Aufstieg ihres politischen Zwillingsbegriffs der Glasnost verbunden. Auch dieses Schlüsselkonzept verkündete Gorbatschow in seiner vielbeachteten Rede, die er auf dem 27. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) hielt, um sein ambitioniertes Reformprogramm zu skizzieren. Ideologisch untermauert mit Verweisen auf Lenin, bedeutete Glasnost zuerst vor allem Transparenz und stellte eine „ehrliche Informationspolitik“ des Parteistaats in Aussicht. Der Verlogenheit und Scheinheiligkeit der offiziellen Verlautbarungen sollte ein Ende gemacht werden.¹

Anders als seine Vorgänger im Amt fürchtete Gorbatschow nicht Widerspruch und Meinungsstreit. Darum hatte er seine politischen Ämter schon vor dem Einzug in den Kreml immer wieder genutzt, um kritische Diskussionsrunden von Experten einzuberufen. Als neuer Generalsekretär teilte Gorbatschow dann seiner Partei mit, es sei an der Zeit, die „Gedankenregung des Volkes“ nicht mehr als Verwirrung stiftende Bedrohung zu verstehen, sondern im Gegenteil positiv aufzugreifen, um „durch den an Tiefe gewinnenden Demokratisierungsprozess“ die Menschen in die Politik einzubinden.²

Bei ihrer ersten großen Bewährungsprobe nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 erwies sich Glasnost aber noch als Totalausfall. Die Verantwortlichen verfielen wieder in die übliche Praxis der Geheimhaltung und Vertuschung. Gefahren und Risiken wurden erneut bagatellisiert. In diesem Klima des Misstrauens erklärte Helmut Kohl im Oktober 1986, Gorbatschow sei

kein Reformers, sondern nur ein geschickter Propagandist. Der bundesdeutsche Kanzler brachte es sogar fertig, den neuen Kremlchef mit Goebbels zu vergleichen. Deshalb zog es sich bis 1988 hin, ehe Kohl zu Gorbatschow politische Freundschaftsbande knüpfen konnte.³

Im Inland bekam Gorbatschow den durch Tschernobyl entstandenen Vertrauensverlust erst 1989 in aller Wucht zu spüren, nachdem die für den Super-GAU verhängte Nachrichtensperre endlich aufgehoben worden war und die Medien immer mehr Einzelheiten über das fahrlässige Verhalten der Verantwortlichen und das Versagen des Katastrophenmanagements in Erfahrung brachten. In Weißrussland und in der Ukraine zogen damals empörte Menschenmassen auf die Straße und forderten einen neuen „Nürnberger Prozess“, weil Moskau offenbar einen „nuklearen Genozid“ gegen das weißrussische und ukrainische Volk geplant habe.⁴

Politisches Kalkül und Mobilisierungsfunktion

Trotz des kapitalen Fehlstarts nahm Glasnost bald Fahrt auf. Nach 1987 entwickelte sich ein vorpreschender Enthüllungsjournalismus, der sich mit den Absurditäten der sowjetischen Gesellschaft auseinandersetzte und klare Worte sowie eindrucksvolle Bilder fand, um die Dramatik drängender politischer Probleme zu vermitteln. Mit Glasnost verschwand die überlieferte Medienmüdigkeit auf

.....

1 Zum Begriff Glasnost vgl. Michael S. Gorham: *After Newspeak. Language Culture and Politics in Russia from Gorbachev to Putin*, Ithaca/London 2014, S. 50–62.

2 Michail Gorbatschow: *Glasnost. Das neue Denken*, Berlin 1989, S. 26 u. 28.

3 Mária Huber: Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, München 2002, S. 99. Zur anfänglich zögerlichen Haltung der USA vgl. James G. Wilson: *The Triumph of Improvisation. Gorbachev's Adaptability, Reagan's Engagement, and the End of the Cold War*, Ithaca/London 2014, S. 87–115.

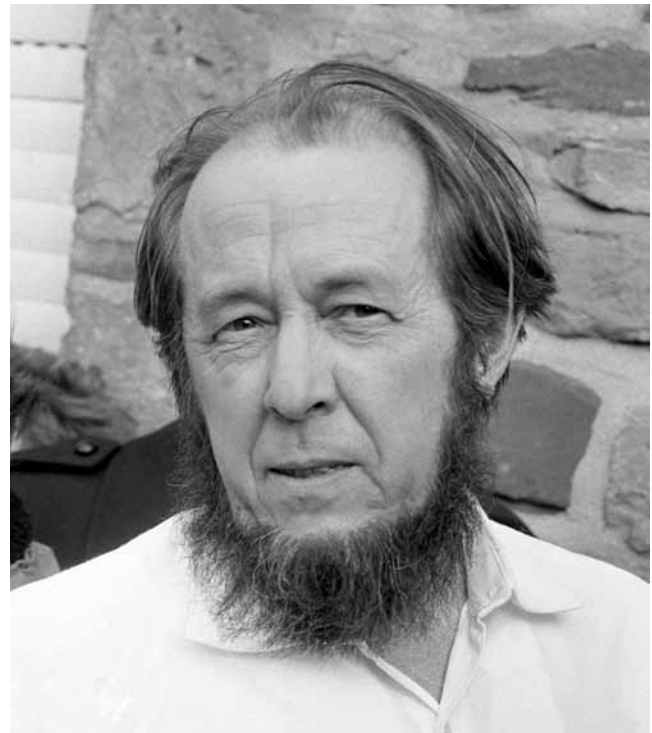
4 Jane I. Dawson: *Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine*, Durham/London 1996; Melanie Arndt (Hg.): *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-) Europäische Perspektiven*, Berlin 2016.

einen Schlag. Zeitungen und Zeitschriften sowie Fernseh- und Rundfunksendungen fanden rasanten Absatz und Zuspruch, weil sich in diesen medialen Echokammern gesellschaftlicher Unmut lautstark zum Ausdruck bringen konnte. Der enorme Widerhall der kritischen Berichterstattung belegte, wie groß das gesellschaftliche Bedürfnis nach leidenschaftlichen Debatten und Dialog, nach Meinungsvielfalt und neuen Ausdrucksformen gewesen war.⁵

Immer wieder war es Gorbatschow mit seinem liberalen Naturell, der trotz seiner wiederholten Warnungen vor überzogener Stimmungsmache die schützende Hand über die vorpreschenden Kultur- und Medienmacher hielt. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen passte gut in Gorbatschows politisches Kalkül, um mit dem Rückhalt einer unzufriedenen und ungedulden Bevölkerung seine Reformpolitik legitimieren und sie gegen den Widerstand der konservativen Kräfte im Parteistaat durchsetzen zu können. Über diese politische Machtlogik hinaus glaubte der letzte kommunistische Träumer im Kreml in seinem naiven Idealismus fest daran, dass die Wahrheit selbsterklärend sei und sich im offenen Meinungsaustausch die Menschen von der Überlegenheit des Sozialismus überzeugen ließen. Deshalb zielte Glasnost darauf, „die Menschen vom geistigen Joch zu befreien“ und ihnen „ihre Selbstachtung zurückzugeben“. Durch die neue „Luft der Freiheit“ ergäben sich – so Gorbatschow – „weite Horizonte des Denkens, die echter Volksinitiative stets den Weg bahnen“. Glasnost hatte nicht nur eine Überzeugungs-, sondern auch eine Mobilisierungsfunktion, um die Menschen gesellschaftlich aktiver zu machen und so soziale Kräfte für die Perestroika freizusetzen. Mit Glasnost versprach Gorbatschow, „das Volk wirklich in alle Belange der staatlichen Leitung einzubeziehen.“ Erstmals fühlten sich viele Sowjetbürger von Staat und Partei in ihren Anliegen wirklich ernstgenommen.⁶

Der kulturelle Aufbruch und die Demontage der Gegenwart

Tatsächlich ging mit Glasnost ein kräftiger Ruck durch die Gesellschaft. In kaum einer anderen Phase der Sowjetgeschichte gab es so einen Ausbruch von kultureller Kreativität und Dynamik. Die sowjetische Kultur erlebte im In- und



Der Schriftsteller Alexander Solzhenitsyn, Köln 1974
Foto: ullstein bild/Pictures from history

Ausland einen Boom; sie schien das in kurzer Zeit nachzuholen, was vorher wegen der Zensur zurückgehalten werden musste. Die Grenzen des Sagbaren und Darstellbaren erweiterten sich in einer zuvor kaum vorstellbaren Weise.⁷

Neben dem gesellschaftskritischen Perestroika-Kino erregte vor allem die Sowjetliteratur besonderes Aufsehen. Zum einen wurden verbotene Werke wie Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“ und Alexander Solzhenitsyns „Archipel GULag“ endlich auch in der Sowjetunion in Millionenaufage gedruckt. Zum anderen machten junge Schriftsteller wie Vladimir Sorokin und Viktor Erofeev mit experimentierfreudigen Werken auf sich aufmerksam und wurden damit kulturelle Exportschlager.⁸

Glasnost schuf ein kulturelles Universum, in dem Lebensverhältnisse des „realexistierenden Sozialismus“ auf eindrucksvolle Weise neu kodiert und verhandelt wurden. Eine Flut von Enthüllungen brach über das Land herein; die Radikalkritik an den bestehenden Verhältnissen traf das Lebensgefühl vieler Sowjetbürger. Explosive Themen waren insbesondere die massiven Umweltzerstörungen

5 Paul Roth: Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow, Bonn 1990; Silvia von Steinsdorff: Rußland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit. Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993, Hamburg 1994; Monika Müller: Zwischen Zäsur und Zensur. Das sowjetische Fernsehen unter Gorbatschow, Wiesbaden 2001.

6 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 17, 19 u. 28.

7 Karen Laß: Vom Tauwetter zur Perestrojka. Kulturpolitik in der Sowjetunion (1953–1991), Köln/Weimar/Wien 2002, S. 377–396; Birgit Menzel: Bürgerkrieg um Wort. Die russische Literaturkritik der Perestrojka, Rostock 2001.

8 Reinhard Lauer: Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart, München 2000, S. 841–881.



Zwangsarbeiter beim Bau des Fergana-Kanals, Usbekistan 1939
Foto: ullsteinbild/keystone

als unbedachte Folge der hemmungslosen sozialistischen Raub- und Verschwendungsökonomie. Hitzige Debatten gab es sowohl über die unmäßigen Privilegien der Partei-Nomenklatura und ihre entwickelte Korruptionskultur als auch über das erschreckende Ausmaß der Armut. Soziologische Studien kamen zum Ergebnis, dass Anfang 1990 schon ein Drittel aller Sowjetbürger an oder unter der Armutsgrenze lebten. Im Oktober 1991 waren es schließlich schon mehr als die Hälfte.⁹

Zur „Demontage der Gegenwart“¹⁰ trugen außerdem die erschütternden Medienberichte über den desolaten Zustand des Gesundheitswesens sowie die explosionsartige Zunahme sozialer Übel wie Kriminalität, Drogensucht und Prostitution bei, die es laut sowjetischer Propaganda

eigentlich nur im Kapitalismus geben sollte. Der Sozialismus hätte die „moralische Degradation“ heraufbeschworen. Diese Zerstörung des Mythos von der sozialen Gleichheit, Gerechtigkeit und Sicherheit ließ das Selbstverständnis der Sowjetgesellschaft verdampfen.¹¹

Gesellschaftliche Schockwellen gingen ferner von der schonungslosen Berichterstattung über das sowjetische Militär aus. Die sowjetischen Medien beschrieben den blutigen Einsatz der Roten Armee in Afghanistan seit 1987 nicht mehr als „Akt der internationalen Solidarität“, sondern mit allen seinen Grausamkeiten als asymmetrischen Krieg. In diesem „Sovietnam“ kam es an allen Fronten zu massenhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zehntausende von sowjetischen Soldaten wurden in verplombten Zinksärgen in die Heimat zurückgebracht und ohne größere militärische Ehren begraben. Die überlebenden Afghanistan-Kämpfer hatte das brutale Kriegsgeschehen oftmals traumatisiert. Ohne angemessene medizinische Be-

9 Corinna Kuhr-Korolev: Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland, Paderborn 2015 93–142; dies.: Gerechtigkeit oder Gleichmacherei? Die Debatte um die Privilegien der sowjetischen Parteielite 1986–1991, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 10 (2013), H. 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4572>, Druckausgabe: S. 264–282.

10 Gerd u. Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 49–54.

11 Leon Aron: Roads to the Temple. Truth, Memory, Ideas, and Ideals in the Making of the Russian Revolution, 1987–1991, New Haven/London 2012, S. 112–150.



Sowjetische Truppenbewegungen bei Kabul in Afghanistan, März 1980
Foto: SZ Photo

treuung fanden viele von ihnen keinen Weg zurück in die gesellschaftliche Normalität. An den unbewältigten Folgen des zunehmend als sinnlos erscheinenden Afghanistan-Kriegs zerbrachen Hunderttausende von Familien – eine schreckliche Kriegserfahrung, die in der Glasnost-Presse seit 1987 immer offener problematisiert wurde.¹²

Nicht nur der Afghanistan-Krieg brachte die Rote Armee in Verruf. Mehrere Presseberichte rückten auch unverblümt die innermilitärischen Gewaltverhältnisse ins Licht der Öffentlichkeit. Jährlich starben damals 8.000 Soldaten bei der Ableistung ihres Wehrdienstes und zwar nicht auf den fernen Schlachtfeldern in Afghanistan, sondern daheim in den sowjetischen Garnisonen. Die Verstorbenen waren oftmals Opfer des exzessiven Kasernenterrors, der sogenannten *dedowščina*. Wörtlich übersetzt, meint dieser russische Begriff „Herrschaft der Großväter“. Er umschreibt eine informelle männerbündische Gewaltkultur, die es den dienstälteren Soldaten erlaubt, ihre jüngst einberufenen Kameraden willkürlich zu schinden, zu quälen und auch sexuell zu missbrauchen. Harscher öffentlicher

Kritik ausgesetzt, erschienen die sowjetischen Streitkräfte darum bald nicht mehr als mächtiger Sicherheitsgarant und Stolz des Parteistaats, sondern als potentieller Gefahrenraum und Schule der Gewalt. Das trug maßgeblich zum Legitimationsverlust des Militärischen während der Perestroika bei.¹³

Der umstrittene Verlust der Geschichte

Neben der „Demontage der Gegenwart“ kam es mit Glasnost auch zum „Verlust der Geschichte“. ¹⁴ Mit aufklärerischem Impetus hatte Gorbatschow verkündet, „dass man keinen Schritt in die Zukunft tun kann, ohne die Vergangenheit begriffen zu haben [...]“. Um voranschreiten zu können, muss die Gesellschaft ihren Zustand kennen – ohne Verschweigen und ohne Tabus.“ ¹⁵ Er forderte deshalb die längst überfällige Aufarbeitung der stalinistischen Terrorherrschaft während der Jahre von 1928 bis 1953. Die öffentliche Geschichtsdiskussion begann mit dem

12 Swetlana Alexijewitsch: Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen, Frankfurt am Main 1992; Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimationsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster 1994; Tanja Penner/Esther Meier (Hg.): Sowjetunion. Die UdSSR in Afghanistan, 1979–1989, Paderborn 2016.

13 Simon (wie Anm. 10), S. 267–274; Hans-Henning Schröder: Die Verlierer der Perestroika. Das Militär und die Rüstungsindustrie, in: Eduard Scheuwardnadse/Andrej Gurkov/Wolfgang Eichwede (Hg.): Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 156–175; Juri Lewada: Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls. München 1993, S. 127–136.

14 Simon (wie Anm. 10), S. 54–58.

15 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 17.

1987 uraufgeführten, aber schon 1984 gedrehten Spielfilm „Die Reue“ des georgischen Regisseurs Tengis Abuladse. Er schildert in allegorisch verfremdeter, aber sehr eindringlicher Form sowohl die Schrecken der stalinistischen Diktatur als auch die fatalen gesellschaftlichen Folgen der unterbliebenen Vergangenheitsbewältigung. Diesen Film, der sich als Gegenstand vieler Diskussionen „zu einer kinematographischen Sensation“ entwickelte, sahen damals mehr als 30 Millionen Sowjetbürger. Sein Erfolg unterstrich das enorme gesellschaftliche Interesse, sich nun endlich nicht mehr allein mit den Ruhmes-, sondern auch mit den lange verdrängten Schandtaten der sowjetischen Geschichte auseinanderzusetzen.¹⁶



Tengis Abuladse bei der Premiere seines Films „Reue“ in Moskau, Februar 1987
Foto: ullstein bild/Sputnik

16 Johannes Grotzky: Schachmatt. Die letzten Jahre der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, Norderstedt 2012, S. 168 ff.; Eva Binder: Der Film der Perestrojka, in: Christine Engel (Hg.): Geschichte des sowjetischen und russischen Films, Stuttgart 1999, S. 252 ff. u. 268 f.; Denise Jeanne Youngblood and Josephine Woll: Repentance, London 2001.

Als sich 1987 die Oktoberrevolution zum 70ten Mal jährte, enthüllte in der Folgezeit eine Vielzahl von kritischen Presse- und Fachartikeln die Monstrosität der stalinistischen Gewaltherrschaft. In den Archiven konnten Historiker erstmals aussagekräftige Dokumente einsehen, die deutlich machten, wie ausufernd das stalinistische Zwangsarbeitslagersystem (GULag) gewesen war, und wie skrupellos Stalin die Deportation ganzer Sowjetvölker angeordnet hatte. Forscher und Journalisten diagnostizierten die noch offenen, schmerzhaften Wunden der Sowjetgeschichte. Glasnost wurde damit zum „Fenster für die Gespenster der Vergangenheit“. ¹⁷ Niemals zuvor hatte die sowjetische Geschichte eine derartige gesellschaftliche Relevanz und politische Aktualität besessen. ¹⁸

Befallen vom Schwindel fortwährend sensationeller Enthüllungen über Vergangenheit und Gegenwart, verloren viele Sowjetbürger durch Glasnost die Orientierung. Sowjetische Meinungsforscher konstatierten nach der Auswertung mehrerer repräsentativer Massenumfragen einen „Prozess des lawinenartig anwachsenden Zusammenbruchs der sozialen Institutionen und des Einstürzens menschlicher Vorbilder der vergangenen Epoche“. ¹⁹ Diese sich aus dem „historical overdosing“ ²⁰ ergebende Wahrheits- und Freiheitsirritation lässt sich auch eindrücklich im Erinnerungs- und Interview-Buch nachlesen, das die weißrussische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch verfasst hat. Einer ihrer Gesprächspartnerinnen brachte den Verlust von Glaubensgewissheiten und die Erfahrung einer kulturellen Schocktherapie treffend auf den Punkt:

„Wir erfuhren vieles aus der Geschichte, das man vor uns geheim gehalten hatte [...]. Die Menschen lasen das alles in Zeitungen und Zeitschriften und verstummten. Ein so unvorstellbares Grauen? Viele nahmen die Wahrheit auf wie einen Feind. Und auch die Freiheit [...]. Die Mehrheit fühlte sich von der Freiheit genervt. Ich habe drei Zeitungen verkauft, und in jeder steht eine andere Wahrheit. Wo ist

17 Wladimir Bukowski: UdSSR: Von der Utopie zum Desaster, Stuttgart 1991, S. 250.

18 Dietrich Geyer (Hg.): Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991; Kathleen Smith: Remembering Stalin's Victims. Popular Memory and the End of the USSR, New York/London 1996.

19 Lewada (wie Anm. 13), S. 298. Zu diesem eindrucksvollen Soziogramm, das eine einzigartige Quelle für die sowjetische Zerfallsgeschichte darstellt, vgl. Klaus Gestwa: Der Homo Sovieticus und der Zerfall des Sowjetimperiums. Jurij Levadas unliebsame Sozialdiagnosen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 10 (2013), H. 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4486> [Stand: 17.06.2016], Druckausgabe: S. 331–341.

20 Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas, Berlin 2014, S. 30.

die richtige Wahrheit? Früher hast du morgens die *Prawda* gelesen und wusstest Bescheid. Hast alles verstanden.“²¹

Mit der Verkündigung von Glasnost hatte Gorbatschow die Informationskontrolle und die Deutungshoheit der Partei aufgegeben und durch hitzige Debatten ein gesellschaftliches Reizklima geschaffen. Das stieß keineswegs überall auf Zuspruch. Im März 1988 erschien unter dem Titel „Ich kann meine Prinzipien nicht aufgeben“ der aufsehenerregende Leserbrief der Leningrader Geschichtsdozentin Nina Andreeva.²² Die aufgebrachte Verfasserin bezichtigte darin die Presse, siebzig Jahre Sozialismus grundsätzlich in Frage zu stellen, und forderte, ungeachtet aller Verfehlungen müsse die Sowjetgeschichte positiv geschildert werden, um das Entstehen eines bedrohlichen Machtvakuum zu verhindern. Frech bezeichnete Andreeva Gorbatschows Perestroika sogar als „linksliberalen Intelligenzlersozialismus“.²³

Diese erste zusammenhängende Glasnost-Kritik nutzten konservative Parteikreise als Warnschuss, um Gorbatschow die Risiken seiner Politik aufzuzeigen. Doch dieser ließ sich von diesen Grabenkämpfen nicht beirren. Er erweiterte sogar noch einmal den Raum für Kritik, sodass sich Glasnost im Verlauf des Jahres 1989 zu einer „kommunikativen“ und „ideologischen Revolution“²⁴ entwickelte. Im Sommer 1990 wurden schließlich die Einführung der Presse- und Religionsfreiheit sowie die Rehabilitation von Millionen Opfern des Stalinismus gesetzlich verankert. Erst im Zuge seiner „Wende nach rechts“²⁵ gegen Ende des Jahres 1990 legte der Kremlchef bei Glasnost wieder den politischen Rückwärtsgang ein, um einige besonders kritische Medien stärker zu kontrollieren. Doch Glasnost war längst zum Selbstläufer geworden.²⁶

Der Preis der Offenheit: Legitimations- und Orientierungsverluste

Die politisch unabhängige und wachsame Öffentlichkeit erwies sich als „späte Geburt ohne Gnade“.²⁷ Zu Beginn der Glasnost hatte Gorbatschow vollmundig proklamiert, dass nichts stärker sei als die Kraft der öffentlichen

Meinung.²⁸ Als sich mit Perestroika die Situation noch weiter verschlechterte, wirkten sich die sozialpsychologischen Folgen der Glasnost aber immer verheerender aus. Die neue Offenheit vermittelte mit ihrem Trommelfeuer negativer Nachrichten die Vorstellung einer offenen Sowjetgesellschaft, die allen Schicksalsschlägen schutzlos ausgeliefert sei – immerfort Skandal und Alarm, niemals Entwarnung. Das so entstehende Unheilszenario verdunkelte das politische Klima; in einer Kultur der Empörung und des Zorns zersetzte die Spirale des Misstrauens zunehmend die Institutionen des Moskauer Parteistaats.²⁹



Das 1954 vor dem Zentralen Pavillon Nr. 1 der VDNCh (der Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft) errichtete Lenindenkmal von P. P. Jazyno, Aufnahme aus dem Jahr 2010
Foto: ullstein bild/Elizaveta Becker

Auch Gorbatschows verzweifelter Rückgriff auf Lenin schuf keine neue Legitimationsgrundlage mehr, denn die kritische Geschichtsdiskussion blieb nicht bei den Verbrechen Stalins stehen, sondern thematisierte auch die vielen Verfehlungen Lenins – dem großen politischen Vorbild Gorbatschows – und legte die zahlreichen Geburtsfehler der Sowjetunion offen. Während die Sowjetpropaganda unbeirrt den Mythos der Revolution zelebrierte, sang die populäre Leningrader Rockgruppe DDT in ihrem Hit „Revolution“ schon im April 1987 frustriert davon, dass

21 Swetlana Alexijewitsch: *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus*, Bonn 2013, S. 11 f.

22 In deutscher Übersetzung abgedruckt in Simon (wie Anm. 10), S. 241–246.

23 György Dalos: *Gorbatschow. Mensch und Macht*, München 2011, S. 170–175.

24 Kuhr-Korolev (wie Anm. 9), S. 96; Aron (wie Anm. 11), S. 21.

25 Archie Brown: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Großmacht*, Frankfurt 2000, S. 441–445.

26 Pekka Roisko: *Gralshüter eines untergehenden Systems. Zensur der Massenmedien in der UdSSR 1981–1991*, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 310–336.

27 Huber (wie Anm. 3), S. 98.

28 Michail Gorbatschow: *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1989, S. 81 u. 92 f.

29 Klaus Gestwa: *Sicherheit in der Sowjetunion 1988/89. Perestrojka als missglückter Tanz auf dem zivilisatorischen Vulkan*, in: Matthias Stadelmann/Lilia Antipow (Hg.): *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2011, S. 449–467.

„die Revolution uns gelehrt hat, an die Ungerechtigkeit des Guten zu glauben. Wie viele Welten zünden wir noch im Namen Deines heiligen Feuers an?“³⁰

Dieser Prozess der Entsakralisierung historischer Triumphe machte selbst vor dem Zweiten Weltkrieg nicht Halt. Er verlor als positiver historischer Bezugspunkt an Bedeutung, weil die bitteren Kehrseiten des Sieges und die zahlreichen Kriegsverbrechen Stalins plötzlich im Fokus standen. Die historischen Zeitbomben wurden durch Glasnost demnach keineswegs entschärft; ganz im Gegenteil: Sie explodierten und die davon ausgehenden politischen Druckwellen lösten den ideellen Überbau der sowjetischen Ordnung in seine einzelnen Bestandteile auf.³¹

Der bekannte sowjetische Historiker und Publizist Jurij Afanasjew entlarvte schon im Sommer 1989 Gorbatschows Perestroika als ein nicht eingelöstes Versprechen auf eine bessere Zukunft. Die ohnmächtigen Reformen hätten unter Beibehaltung alter Fundamente eine Generalüberholung des Gebäudes versucht. Infolge von Glasnost stellte sich allerdings heraus, dass sogar die Fundamente ausgewechselt werden müssten, aber niemand wisse, was dabei mit den frustrierten Bewohnern geschehen solle.³²

Als Erfinder von Perestroika und Glasnost rückte Gorbatschow zunehmend in den Fokus der öffentlichen Kritik. Weil seine Politik keine Kehrtwende einzuleiten vermochte, sondern die Lage nur noch verschlimmerte, brachen seine Popularitätswerte ein.³³ Der öffentliche Gegenwind wurde zum Orkan, der Gorbatschows hochgesteckten Visionen fortwehte und am sowjetischen Weltbild irreversible Sturmschäden hinterließ. Während der traditionellen Maiparade 1990 piffen die vorbeiziehenden Menschen Gorbatschow auf dem Roten Platz gnadenlos aus. Die gesellschaftliche Stimmung war umgeschlagen. Der Sozialismus galt vielen immer weniger als Lösung, sondern als das eigentliche Problem. Auf dem Glatteis offener gesellschaftlicher Auseinandersetzung um den richtigen Kurs verlor die politische Perestroika ihre Balance und mutierte in der öffentlichen Meinung zur politischen *Katastroika*.³⁴ Bestehende soziale Formen und

Glaubensgewissheiten lösten sich schneller auf, als neue an ihrer Stelle entstehen konnten.

Genauso wie der Meinungspluralismus und die kritische Medienwelt gehörten darum zertrümmerte kommunistische Traumlandschaften und ein ideologisches Vakuum zur Hinterlassenschaft Gorbatschows. Die Gesellschaft hatte mit Glasnost die „spirituelle Sklaverei“ (Andrej Sacharow) hinter sich gelassen und war endlich politisch mündig geworden; sie hatte dabei aber ihre geistigen Grundlagen und damit an Orientierung verloren. Angesichts der „Desintegration der Seelen“³⁵ begaben sich viele zu Sinn- und Identitätsstiftern berufene politische Akteure auf die verzweifelte Suche nach einer neuen, gesellschaftlich konsensfähigen Idee. Sie machten skurrile, aber politisch brisante Irrlehren wieder hoffähig, die noch heute mit einem hyperpatriotischen Geraune von der „russischen Welt“ den innen- und außenpolitischen Kurs des Kremls mitbestimmen.³⁶

Mehr Demokratie wagen – die Flucht nach vorn

Gorbatschow verglich 1988 die Pressefreiheit mit einer „Rasierklinge in der Hand eines Kindes“.³⁷ Er wusste also um die Gefahren, wenn sich die sowjetische Gesellschaft mit ihrer selbstbewussten Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung zunehmend vom allmächtigen Parteistaat emanzipierte. Die so freigesetzten politischen Energien trieben die Perestroika immer weiter voran und bald auch über die Ziele hinaus, die Gorbatschow eigentlich im Auge gehabt hatte. Mit dem Öffnen der Schleusen für die Artikulation von Kritik und Konflikt führte Glasnost darum nicht nur zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit; es kam auch zu einem „Strukturwandel durch Öffentlichkeit“.³⁸

Neben der Mitsprache drängten die politisch mündig werdenden Sowjetbürger bald zunehmend auf Mitbestimmung und ihre Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen. Gorbatschow stand damit vor der schwierigen Aufgabe, Demokratisierungsprozesse einzuleiten, ohne dadurch die gesellschaftliche Vorrangstellung und Alleinherrschaft der Partei in Frage zu stellen, als deren Generalsekretär er im Kreml Macht ausübte. Mit der Explosion der öffentlichen Kritik stand unweigerlich die Partei zur Disposition, weil sie offensichtlich ihren weitgehenden gesellschaftlichen

30 Ein Video der Uraufführung dieses Liedes im April 1987 findet sich unter <https://www.youtube.com/watch?v=BmYWW8a2bH0> [Stand: 10.03.2016].

31 Aron (wie Anm. 11), S. 151–171; Robert W. Davies: Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie, München 1991.

32 Zit. nach Grotzky (wie Anm. 16), S. 250.

33 Lewada (wie Anm. 13), S. 231 f.

34 David Lane: The Capitalist Transformation of State Socialism. The Making and Breaking of State Socialist Society, and What Followed, London/New York 2014, S. 100 f.

35 Aron (wie Anm. 11), S. 187.

36 Jutta Scherrer: Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47–48/2014, S. 17–27; <http://www.bpb.de/apuz/194818/russland-verstehen> [Stand: 10.03.2016].

37 Dalos (wie Anm. 23), S. 141.

38 Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 25.

Ordnungsanspruch kaum mehr effizient ausübte. Ungeachtet dieses massiven Vertrauensverlusts sah Gorbatschow in der Partei mit ihren weitverzweigten Organisationsstrukturen und ihren vielen Millionen von aktiven Mitgliedern den idealen Transmissionsriemen der Perestroika. Deshalb hatte nach seinem Amtsantritt der erste innenpolitische Kraftakt der Ausarbeitung eines neuen, zeitgemäßen Parteiprogramms gegolten, das sodann auf dem 27. Parteitag im Februar 1986 verabschiedet wurde. Gorbatschow hoffte darauf, dass die Partei „unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsreformen und der Demokratisierung die Funktion der politischen Avantgarde auf echte Art und Weise wahrnehmen“ könne.³⁹ Das Wagnis von mehr Demokratie sollte der Partei zu neuer Stärke und Überzeugungskraft verhelfen.

Das Ende der Einheitslisten und der sowjetische Volksdeputiertenkongress

Die politische Perestroika nahm im Sommer 1987 mit der Neuwahl der Räte auf lokaler und regionaler Ebene weiter Fahrt auf. Räte waren von unten nach oben vermeintlich basisdemokratisch gewählte Vertretungs- und Verwaltungsorgane. Deren Aufgabe war es, die Interessen der Bürger in den politischen Prozess einzubringen. Nachdem es bisher nur von den jeweiligen Parteiorganisationen erstellte Einheitslisten gegeben hatte, mussten sich im Sommer 1987 auf lokaler und regionaler Ebene erstmals mehrere Kandidaten zur Wahl stellen und mit ihren Ideen um Zustimmung ringen. Dabei gewannen vielfach Abgeordnete, die sich offen für den Wandel zeigten und Kritik an den herrschenden Verhältnissen geübt hatten.⁴⁰

Über den Rahmen der Partei hinaus ließ Gorbatschow 1987 sogar die Gründung von neuen Klubs zu. Damit gab er den Unzufriedenen und Vorwärtsdrängenden die Möglichkeit, sich jenseits der schon bestehenden Massenorganisationen zu zivilgesellschaftlichen Foren zusammenzuschließen, um ihre berechtigten Anliegen öffentlich vertreten zu können.⁴¹ Neben dem Komitee der Soldatenmütter, das mit spektakulären Aktionen die Politik dazu zwang, sich mit den unerträglichen Verhältnissen in der Roten Armee auseinanderzusetzen, nahm die regierungsunabhängige Bürger- und Menschenrechtsorganisation MEMORIAL bald erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Gegründet auf

Initiative des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, der Ende 1986 aus seiner Verbannung nach Moskau zurückkehren durfte, setzte MEMORIAL anfänglich vor allem in den bewegenden Geschichtsdebatten wichtige Akzente.⁴²

Im Juni 1988 berief Gorbatschow die 19. Parteikonferenz ein, um die Partei auf sein grandioses Reformprojekt einzuschwören. Knapp 5.000 Delegierte aus allen Teilen des Landes kamen in Moskau zusammen und entschieden, den schon eingeschlagenen Demokratisierungskurs konsequent weiterzuschreiten.⁴³ Auf Initiative von Gorbatschow hin beschloss die Parteikonferenz im März 1989 auf der gesamtstaatlichen Unionsebene ein neues höchstes Vertretungsorgan zu schaffen – den „Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion“. Dessen Befugnisse als gesetzgebendes Organ erinnerten an ein Parlament. Seine 2.250 Mitglieder wurden nach einem komplizierten Verfahren mehrheitlich halbwegs frei gewählt und kamen zu ihrer ersten Sitzungsperiode Ende Mai 1989 in Moskau zusammen. Live im Fernsehen übertragen, schlug der vierzehntägige Debattenmarathon Millionen von Sowjetbürgern in seinen Bann. Er politisierte die Gesellschaft in einem zuvor völlig unbekannten Maße und entwickelte sich zum Wendepunkt der politischen Perestroika. Obwohl die Mehrheit der Deputierten weiter zu Gorbatschow und seiner Reformpolitik stand, machten die kontroversen Diskussionen im Volksdeputiertenkongress doch deutlich, wie sehr sich die politische Landschaft in der Sowjetunion schon ausdifferenziert hatte. Kritik an der Perestroika kam nicht mehr nur von den Parteikonservativen, denen die Reformen zu weit gingen, sondern auch von der sogenannten „Interregionalen Abgeordnetengruppe“. Dazu hatten sich knapp 400 Deputierte zusammengeschlossen, denen die Perestroika als viel zu halbherzig erschien und die lautstark weitergehende Neuerungen einforderten.⁴⁴

Gorbatschow geriet noch weiter in die politische Breddouille, als es im Sommer 1989 in den Gruben der beiden wichtigsten sowjetischen Kohlerevieren des westsibirischen Kuzbass und des ostukrainischen Donbass zu einem Bergarbeiterstreik kam. Ihm schlossen sich bald landesweit viele andere Kumpel an. Sie legten ihre Arbeit keineswegs nur nieder, weil sich ihre wirtschaftliche Lage zunehmend

39 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 36.

40 Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 510.

41 Olga Alexandrova: *Informelle Gruppen und Perestrojka in der Sowjetunion. Eine Bestandaufnahme (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17/1988)*, Köln 1988.

42 Elke Fein: *Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial*, Münster/Hamburg 2000.

43 Sämtliche Beiträge und Reden der 19. Parteikonferenz sind gedruckt in: *Offene Worte. Sowjetunion, Sommer 1988*. Gorbatschow, Ligatschow, Jelzin und 4991 Delegierte diskutieren über den richtigen Weg, Nördlingen 1988.

44 Altrichter (wie Anm. 38), S. 123–204.



Streik der Minenarbeiter im Bergbaugebiet Donbass, Juli 1989
Foto: ullstein bild/Sputnik

verschlechtert hatte. Bei ihrem Arbeitskampf, der die Energiesicherheit der Sowjetunion und damit die gesamte Volkswirtschaft akut bedrohte, erhoben die Streikenden zunehmend auch politische Forderungen. Sie zeigten sich enttäuscht von Gorbatschows Perestroika und forderten den entschiedenen Wandel der bestehenden Strukturen. Zwar gelang es der Moskauer Regierung, mit Zugeständnissen den Streik zu beenden. Doch der Autoritätsverfall des Kremls war auch mit den anschließend neu verfüigten Streikgesetzen kaum mehr aufzuhalten. Schon knapp ein Jahr später kam es erneut zu einem landesweiten Bergarbeiterstreik. Auf dem Gründungskongress ihrer unabhängigen Gewerkschaft warfen die Streikenden Gorbatschow eine verfehlte Politik vor und sprachen ihm ihr Misstrauen aus. Nicht nur in den Machtapparaten und parlamentarischen Gremien, sondern auch auf der Straße formierte sich immer stärkerer Widerstand gegen die erfolglose Reformpolitik von oben, um durch eine „Perestroika von unten“ endlich die lang ersehnte Wende zum Besseren zu erzwingen.⁴⁵

Gorbatschow und Jelzin: Schaukelpolitik und Schraubstock

Die führende Persönlichkeit der radikalreformerischen Fraktion war neben dem Friedensnobelpreisträger Sacharow vor allem Boris Jelzin.⁴⁶ Den hemdsärmeligen Gebietspartei-*chef* hatte Gorbatschow 1985 aus dem Ural nach Moskau geholt, damit dieser den verfilzten Parteiapparat der Hauptstadt wieder auf Vordermann brachte. Von rusti-

kaler Burschikosität und mit einem populistischen Instinkt ausgestattet, gewann Jelzin mit spektakulären Aktionen und Kampfansagen gegen das korrupte Parteiestablishment die Sympathien der Bevölkerung. Als er 1987 in seinen Attacken aber zu weit ging, demütigte Gorbatschow den Nestbeschmutzer vor der versammelten Mannschaft des Kremls und schob ihn auf das politische Abstellgleis. Als Hoffnungsträger einflussreicher Moskauer Intellektueller gelang Jelzin jedoch schon bald ein kaum mehr für möglich gehaltenes politisches Comeback. Bei der Wahl zum Volksdeputiertenkongress siegte er im prominenten ersten Moskauer Wahlkreis mit der grandiosen Stimmenmehrheit von 88 Prozent. Getragen von diesem großen gesellschaftlichen Zuspruch, entwickelte sich der vormalige Parteimann zunehmend zum Parteirebellen, der den Volksdeputiertenkongress erfolgreich zu seiner politischen Bühne machte.⁴⁷

Während Gorbatschow weiter an der Allmacht der Partei festhielt, um sie für seine Perestroika nutzen zu können, drängten Jelzin und seine Mitstreiter darauf, die Partei zu entmachten, um ein Mehrparteiensystem und damit den Übergang zur parlamentarischen Demokratie zu schaffen. Diese Forderung entsprach ganz der gesellschaftlichen Stimmung. Im Dezember 1989 gaben bei einer repräsentativen Umfrage nur noch 19 Prozent der befragten Sowjetbürger an, der Partei weiter zu vertrauen.⁴⁸ Die Befürchtung des konservativen Parteiestablishments, Demokratisierung und Glasnost könnten mit ihren Sturmfluten der öffentlichen Kritik die Fundamente der Parteimacht unterspülen, bewahrheitete sich. Im Laufe des Jahres 1990 folgten Hunderttausende dem Beispiel Jelzins und traten demonstrativ aus der Partei aus, die damit politisch endgültig abgewirtschaftet hatte.⁴⁹

Mit den von ihm eingeleiteten Demokratisierungsprozessen wollte Gorbatschow die verkrusteten Strukturen aufbrechen und so die Partei neu beleben; tatsächlich verschaffte er damit den Parteikritikern einen enormen politischen Auftrieb und beraubte sich selbst der Möglichkeit des „Durchregierens“. Der immer stärkere Gegenwind, der ihm als Parteichef entgegenschlug, zwang Gorbatschow dazu, im Februar 1990 die Führungsrolle der Partei aus der Verfassung der Sowjetunion zu streichen. Einen

.....

47 Huber (wie Anm. 3), S. 173–193.

48 Neutatz (wie Anm. 40), S. 511 f.

49 Jonathan Harris: *Subverting the System. Gorbachev's Reform of the Party Apparatus, 1986–1991*. Lanhan/Boulder/Oxford 2005; Gerhard Simon: Die Entmachtung der KPdSU, in: Martin Malek/Anna Schor-Tschudnowskaja (Hg.): *Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen – Begleiterscheinungen – Hintergründe*, Baden-Baden 2013, S. 169–185.

45 Ebd., S. 264–272.

46 Timothy J. Colton: *Yeltsin. A Life*, New York 2008.

Monat später ließ er sich vom Volksdeputiertenkongress (allerdings nur noch mit 59 Prozent der Stimmen) in das neu geschaffene Amt des Staatspräsidenten der Sowjetunion wählen, um in dieser Funktion weiter das Ruder der Macht in seinen Händen halten zu können.⁵⁰

Zugleich stieg Jelzin immer mehr vom Widersacher zum Herausforderer Gorbatschows auf. Im März 1990 hatte es nach dem Vorbild des gesamtsowjetischen Volksdeputiertenkongress auch in mehreren Sowjetrepubliken Wahlen zu einem neuen, parlamentsähnlichen Obersten Sowjet gegeben. In der bei weitem wichtigsten russischen Teilrepublik, der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik), mussten diejenigen, die zu Gorbatschow standen, empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen. Die Deputierten des neu gewählten russischen Obersten Sowjets bestimmten Jelzin im Mai 1990 zu ihrem Parlamentspräsidenten. Sie übertrugen ihm damit ein wichtiges politisches Amt, von dem aus er Gorbatschow zunehmend in die Defensive drängte.⁵¹ In Moskau etablierte sich eine Doppelherrschaft. Im „Schraubstock“, bei dem auf der einen Seite die Parteikonservativen auf einen autoritären Kurswechsel drängten, auf der anderen Seite die Radikalreformer um Jelzin beständig den Druck erhöhten, versuchte Gorbatschow, mit einer Schaukelpolitik seinen zentralistischen Kurs zu halten, und stellte sich ohne vorzeigbare Ergebnisse bei der Verbesserung der gesellschaftlichen Situation damit immer mehr ins Abseits.⁵²

Explosion des Ethnischen

Glasnost führte zur Entzauberung des Sozialismus und die Demokratisierung zur Erosion der Parteimacht. Dadurch kam es zu einer entscheidenden Schwächung des herrschenden Zentrums. Das stärkte die Fliehkräfte und führte in den Peripherien zu einem nationalen Aufbegehren. Nach dem ideellen Zusammenhalt zerfiel auch die territoriale Integrität des Sowjetimperiums. Die dieser Desintegrationsdynamik zugrundeliegende Problemkonstellation war im strukturellen Kern der Sowjetunion angelegt.

Im Jahr 1989 war nur jeder zweite Sowjetbürger russischer Herkunft. Der sowjetische Parteistaat war mithin kein russischer Nationalstaat, sondern stellte als Vielvölkerimperium eine Union von fünfzehn Sowjetrepubliken dar. Die sowjetische Verfassung von 1977 sprach ihnen „nationale Staatlichkeit“, eigene Parteistrukturen und

sogar das Recht auf Austritt aus dem föderalen Staatswesen zu. Im Rahmen einer ethno-territorialen (Schein-) Föderalisierung erhielten fast alle Nationalitäten meist dort, wo sie die Bevölkerungsmehrheit bildeten, ein eigenes Verwaltungsgebiet zugesprochen (je nach Größe in Form einer autonomen Republik, eines autonomen Gebiets oder Kreises). Hier sollten sie als sozialistische Nation zueinander kommen und ihre Selbstbestimmungsrechte ausüben. Ungeachtet dieser formal föderativen Strukturen stellte die Sowjetunion aber ein zentralstaatlich organisiertes Machtgebilde dar. Die in der Verfassung verbriefte Souveränität kam angesichts der klaren Dominanz der Moskauer Machtvertikalen politisch kaum zum Tragen.⁵³

Von Beginn an litt die sowjetische Nationalitätenpolitik unter einem Zielkonflikt und verstrickte sich in Widersprüche, die in der Breschnew-Ära administrativ verdrängt und von einer verlogenen Völkerfreundschafts-Rhetorik überönt wurden. Einerseits förderte der Kreml in den einzelnen Sowjetrepubliken die Entwicklung der nationalen Kader und Kulturen. Durch die Bildungsreformen der Nachkriegszeit gab es immer mehr qualifizierte, nichtrussische Kader, die zunehmend die Partei- und Staatsapparate in den Republiken dominierten. Andererseits bestand der Kreml auf dem Primat des Russischen, das als sprachlicher und kultureller Kitt das sozialistische Vielvölkerreich zusammenhalten sollte. In den Moskauer Zentralbehörden hatten darum vor allem russische und russifizierte Kader das Sagen. Die Russen galten als „großer Bruder“ und „Reichsvolk“; sie bildeten das Rückgrat des Imperiums und sollten allen anderen Nationalitäten den Weg zum Kommunismus weisen.⁵⁴

Als nationalitätenpolitisches Wunschziel der kommunistischen Heilslehre gab die Parteiführung vor, dass der *Homo Sovieticus* seine beim Aufbau des Sozialismus erworbene und gefestigte ethnische Identität abstreifen sollte, um im postnationalen Zeitalter des „reifen Sozialismus“ nur noch ein Vaterland zu kennen, nämlich den sowjetischen Gesamtstaat. Die Präambel der Sowjetverfassung von 1977 gipfelte darum in der Behauptung, dass im Verlauf der Sowjetgeschichte eine „neue historische Gemeinschaft von Menschen – das Sowjetvolk – entstanden“ sei. Der vom Stolz auf die Weltmachtrolle getragene Sowjetpatriotismus vermittelte die Vorstellung einer gemeinsamen Heimat, Geschichte und

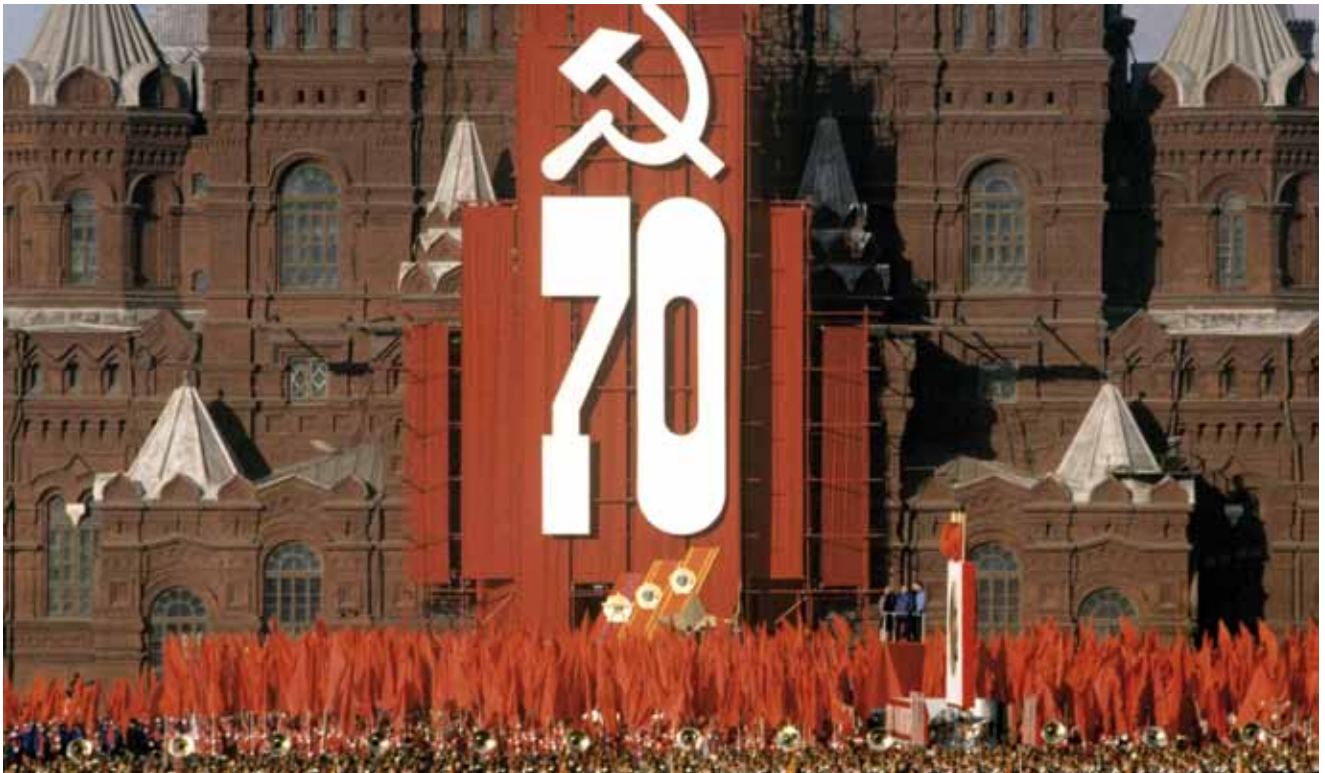
50 Brown (wie Anm. 25), S. 327–339.

51 Huber (wie Anm. 3), S. 193–204.

52 Georgi Schachnasarow: Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, Bonn 1996, S. 177–190.

53 Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986; Terry Martin, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union*, Ithaca 2001.

54 Jeremy Smith: *Red Nations. The Nationalities Experience in and after the UdSSR*, Cambridge 2013, S. 216–255.



Militärparade auf dem Roten Platz zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, November 1987
Foto: ullstein bild/Sputnik

Zukunft, um damit alle nationalen Bezüge zu überwölben und letztlich über kurz oder lang obsolet zu machen.⁵⁵

Allerdings waren in den Sowjetrepubliken nationale Sozialismusinterpretationen und ein nationales Selbstbewusstsein als wirkungsmächtige gesellschaftliche Referenzsysteme entstanden. Die Menschen sahen dort daher nicht ein, warum sie ihre eigene, als eine feste historische Größe wahrgenommene Nation zugunsten der eingeforderten sowjetischen Einheitsideologie aufgeben und sich dem Primat des Russischen fügen sollten. Die Identifikation mit dem eigenen autonomen Territorium als dem vorrangigen identitätspolitischen Spielfeld wuchs; die Verbundenheit mit dem sowjetischen Gesamtstaat verlor dadurch an Bedeutung. Aus der Mitte des Sowjetsystems heraus entwickelte sich so ein ethnischer Aktivismus.⁵⁶

55 Ben Fowkes: The National Question in the Soviet Union under Leonid Brezhnev. Policy and Response, in: Edwin Bacon/Mark Sandle (Hg.): Brezhnev Reconsidered, Basingstoke 2002, S. 68–89.

56 Maike Lehmann: Eine sowjetische Nation. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945, Frankfurt am Main 2012; Malte Rolf: Die Nationalisierung der Sowjetunion. Indigenisierungspolitik, nationale Kader und die Entstehung von Dissens in der Litauischen Sowjetrepublik der Ära Brežnev, in: Boris Belge/Martin Deuerlein (Hg.): Goldenes Zeitalter der Stagnation? Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Breschnew-Ära, Tübingen 2014, S. 203–230.

Nachdem die widersprüchliche Nationalitätenpolitik des Kremls schon zuvor Reibungsflächen geschaffen und die Lunte ausgelegt hatte, fing diese nach 1985 Feuer und führte damit zur „Explosion des Ethnischen“.⁵⁷ Dazu trug vor allem bei, dass die Instrumente der autoritären Einheitsbewahrung zerbrachen, weil die Partei als die das sowjetische Imperium zusammenhaltende Klammer durch Glasnost ihre Legitimität und Autorität verloren hatte. Zudem erwies sich die Idee vom geeinten Sowjetvolk immer mehr als Doktrin ohne Entsprechung in der Wirklichkeit. Die Bindekraft des Sowjetpatriotismus ließ spürbar nach, als sich in den einzelnen Sowjetrepubliken starker sozialer Protest gegen das Moskauer Wirtschaftsdiktat und die durch das zentralisierte Kommandosystem herausgerufenen enormen ökologischen Schäden artikulierten. Die Sowjetrepubliken stellten sich – oftmals einseitig und über Gebühr – als ausgebeutete Kolonien dar, die durch den sozialistischen Imperialismus Moskaus sowohl ihrer Naturschätze und Wirtschaftskräfte als auch ihrer Selbstbestimmung

57 Uwe Halbach: Nationalitätenfrage und Föderation. Die „Explosion des Ethnischen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa 40 (1990), S. 1011–1024.

beraubt würden.⁵⁸ Die ökologischen Dramen, die sich vielerorts abspielten, wurden als hochemotionalisierte Bedrohungsszenarien inszeniert, um den Wunsch nach mehr Souveränitätsrechten wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen.⁵⁹

Ein weiterer permanenter Zankapfel war die einseitige Sprachenpolitik. Während alle Nichtrussen des Russischen mächtig sein sollten, brauchte die russischsprachige Minderheit in den nichtrussischen Republiken die dortige National- und Landessprache nicht zu erlernen. Dadurch wurde die Integration der russischen Minderheit erschwert und das Russische privilegiert. Die Brisanz der Sprachenfrage hatten die Verantwortlichen lange Zeit ignoriert. Typisch dafür sind die arroganten Ausführungen der russischen Redakteure einer Parteizeitung in Usbekistan, die 1987 in ihrem instinktlosen Atheismus konstatierten, dass „man die einprägsamen Worte Puschkins, die vitale Kraft der Worte Gorkijs, die Schärfe und Gewalt der Rede Lenins nicht mit dem unverständlichen Gemurmel und den abstrusen Predigten des Korans vergleichen kann“.⁶⁰ Angesichts derartiger diskriminierender Wertungen begannen die Sowjetrepubliken, immer mehr auf den verfassungsmäßigen Schutz ihrer Nationalsprachen zu pochen, um deren Marginalisierung durch die Hegemonie des Russischen entschlossen entgegen zu treten.⁶¹

Die Rache der Geschichte

Die Perestroika musste auch die nationalitätenpolitische Brutalität des Stalinismus ausbaden, als die Wunden der Geschichte mit Glasnost schmerzhaft aufbrachen. Dadurch gewannen nationale Opfernarrative an Bedeutung. Historischer Brennstoff befeuerte die Kritik an den

gegenwärtigen Missständen, um dem Ruf nach der Befreiung vom Moskauer Diktat weitere Legitimation und Motivation zu geben.

Im Baltikum entwickelte sich die öffentliche Thematisierung des Hitler-Stalin-Pakts zu einem besonderen Politikum.⁶² Mit diesem Teufelspakt hatten die beiden skrupellosen Diktatoren im August 1939 Ostmitteleuropa unter sich aufgeteilt, damit die baltischen Staaten ihrer Eigenständigkeit beraubt und anschließend mit Terror- und Deportationswellen die dort bestehenden sozialen Ordnungen zerstört. Um die gewaltsame Annexion des Baltikums zu betonen und zugleich für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu demonstrieren, bildeten am 23. August 1989 – anlässlich des fünfzigsten Jahrestags des verbrecherischen Hitler-Stalin-Pakts – rund zwei Millionen baltische Sowjetbürger über eine Länge von 600 Kilometern von Tallinn über Riga nach Vilnius eine Menschenkette, die als „Baltischer Weg“ große internationale Aufmerksamkeit fand. Mehrere hunderttausend Balten kamen immer wieder auch zu großen Sängerfesten zusammen, um in bewegenden Liedern der eigenen Geschichte zu gedenken und ihr nationales Aufbegehren mit einer „singenden Revolution“ musikalisch zum Ausdruck zu bringen.⁶³



Der „Baltische Weg“: Menschenkette von Vilnius nach Riga und Tallin, 1989
Foto: ullstein bild/Sputnik

58 Die Regierungen der einzelnen Sowjetrepubliken durften nur maximal zehn Prozent der Produktionstätigkeit auf ihren Territorien selbst verwalten, weil sich die mächtigen Moskauer Zentralministerien durch die Kontrolle über die bedeutendsten Unternehmen in den Sowjetrepubliken eigene unionsweite Wirtschaftsimperien aufgebaut hatten. Vgl. Uwe Halbach: Der Zerfall der Union. Vom nationalen Aufbegehren zur Souveränität, in: Eduard Schewardnadse/Andrej Gurov/Wolfgang Eichwede (Hg.): Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 176–195, hier S. 186; Gerhard Simon: Waren die Republiken der Sowjetunion Kolonien?, in: Guido Hausmann/Angela Rustemeyer (Hg.): Imperienvergleich. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive. Festschrift für Andreas Kappeler, Wiesbaden 2009, S. 105–122.

59 Zu diesem „Öko-Nationalismus“ vgl. Dawson (wie Anm. 4); Klaus Gestwa: Ökologischer Notstand und sozialer Protest. Der umwelthistorische Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 349–384.

60 Halbach (wie Anm. 57), S. 185.

61 Smith (wie Anm. 54), S. 244–251.

62 Aron (wie Anm. 11), S. 151–165; Altrichter (wie Anm. 38), S. 272–290.

63 Egidijus Vareikis: Die baltischen Staaten als Katalysatoren des Zerfalls der UdSSR, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 311–326; Michael Garleff: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 2001, S. 180–186.

In der Ukraine forderten die Menschen endlich Aufklärung über die Umstände der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die sich daran anschließende gigantische Hungerkatastrophe der Jahre 1932/33, während der drei bis vier Millionen Bürger der Sowjetukraine elendig zu Tode gekommen waren. Rücksichtslos hatte Stalin den Hunger in ländlichen Regionen als Waffe eingesetzt, um den Widerstand der ukrainischen Bauern gegen seine brachiale Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik zu brechen. Die öffentliche Hinwendung zum nationalen Trauma dieses Hungergenozids, des sogenannten *Holodomor*, ließ viele Ukrainer auf Distanz zum Sowjetimperium gehen und stärkte den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit.⁶⁴

Als ein geschichts- und ethno politischer Hotspot der besonderen Art erwies sich die Deportation ganzer Ethnien. Sie waren unter dem pauschalen Vorwurf, „Volksfeinde“ zu sein und mit den Feindstaaten zu kollaborieren, von 1937 bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durch willkürliche Beschlüsse Stalins ihrer Heimat beraubt und nach Sibirien sowie Zentralasien verschleppt worden. Diese großflächigen ethnischen Säuberungen führten zu einem Massensterben ungeheuren Ausmaßes. Zu der langen Liste der deportierten Völker gehörten unter anderem die Russlanddeutschen und die Tschetschenen.

Politisch besonders aktiv wurden mit der Perestroika die Krimtataren. Deren Autonome Sowjetrepublik auf der Halbinsel Krim hatte Stalin 1944 auflösen und die Krimtataren zusammen mit anderen dort lebenden nichtrussischen Ethnien zwangsverschleppen lassen. Nach Jahrzehnten der Verbannung nutzten die Krimtataren im Sommer 1987 die neu entstehende Öffentlichkeit, um mit einer von 350.000 Personen unterschriebenen Petition, tagelangen Massenprotesten auf dem Roten Platz und der Androhung eines kollektiven Hungerstreiks für die Rückkehr in ihre Heimat zu kämpfen.

Von diesem heftigen Ausbruch ethnischer Leidenschaften überrascht, gewährte Gorbatschow den Krimtataren zusätzliche finanzielle Unterstützung, damit sie sich in ihren zentralasiatischen Deportationsorten bessere Lebensbedingungen schaffen könnten. Doch sein Plan ging nicht auf. Die Krimtataren praktizierten vielmehr eine „Nationalitätenpolitik der Füße“. Entgegen der Moskauer Weisungen kehrten sie eigenmächtig auf die Krim

zurück. 1990 lebten dort schon wieder 20.000 Krimtataren. Sie stellten die sowjetischen Behörden vor vollendete Tatsachen und machten so deutlich, dass dem Moskauer Parteistaat das politische Management interethnischer Konfliktlagen zunehmend entglitt.⁶⁵

Bergkarabach und der Flächenbrand horizontaler interethnischer Konflikte

Neben den vertikalen Konfliktbeziehungen zwischen der Moskauer Zentralmacht und den auf mehr Selbstbestimmung drängenden Sowjetrepubliken gab es auch zwischen einzelnen Nationalitäten zahlreiche horizontale Probleme, die sich zu politischen Minenfeldern entwickelten, auf denen der Kreml zunehmend an Gestaltungskraft, Autorität und Ansehen verlor. Im Zuge der Territorialisierung des Ethnischen hatten die Moskauer Nationalitätenpolitiker viele Sowjetvölker mit dem wirksamsten Potential für emotionale Bindung und nationale Identifikation ausgestattet: mit autonomen nationalen Territorien. Bei der Abgrenzung ethnisch gemischter Bevölkerungen in separate Gebietskörperschaften kam es in den 1920er und 1930er Jahren aber zu willkürlichen Grenzziehungen. Sie trennten oftmals zusammenhängende Siedlungsgebiete und schufen ethnische Enklaven. Um deren umstrittene administrative Zugehörigkeiten entbrannten unter Gorbatschow zahlreiche gewaltsam ausgetragene Kämpfe.

Zur ersten Eskalation kam es im Verlauf des Jahres 1988 in einem entlegenen Winkel des Kaukasus. Die armenische Bevölkerungsmehrheit der dortigen Region Bergkarabach erklärte, nicht mehr der Sowjetrepublik Aserbaidshan angehören zu wollen. Mit explizitem Bezug auf die politische Perestroika forderte sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ein. Daraus entwickelte sich zwischen Armenien und Aserbaidshan ein heftiger Konflikt mit wiederholten Pogromen und ethnischen Säuberungen. Bei der Eingrenzung dieser bürgerkriegsähnlichen Gewaltexplosion versagte das Moskauer Unionszentrum. Als im Januar 1990 der Kreml schließlich versuchte, durch nach Baku entsandte Armeeeinheiten wieder für Ruhe und Ordnung im Kaukasus zu sorgen, gab es bei den blutigen Ausschreitungen mehrere hundert Tote. Dieser begrenzte Waffeneinsatz erwies sich als kontraproduktiv; er heizte den Konflikt nur noch weiter an.

64 Manfred Sapper u.a. (Hg.): Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR (= Themenheft von OSTEUEUROPA, 12/2004), Berlin 2004; Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2012, S. 246–254.

65 Zur Geschichte der Krimtataren vgl. Grotzky (wie Anm. 16), S. 185–188; Brian Glyn Williams: The Crimean Tatars, The Diaspora Experience and the Forging of a Nation, Leiden/Boston/Köln 2001; Paul Robert Magocsi: The Blessed Land. Crimea and the Crimean Tatars, Toronto 2014.

Sowohl Armenier als auch Aserbaidzchaner fühlten sich von Moskau verraten.⁶⁶



Sowjetische Panzer an der Grenze Armeniens und Nachitschewans, Januar 1990
Foto: picture alliance/dpa

Vom Bergkarabach aus sprang der Funke in der Folgezeit über und entfachte in weiten Teilen der Sowjetunion einen nationalitätenpolitischen Flächenbrand. Er griff besonders im Kaukasus und in Zentralasien um sich. Dort war es infolge von Zwangsmigration und brisanten Grenzbeziehungen zu einer Vielzahl von horizontalen Problemen gekommen. Nachdem diese nicht gelöst, sondern nur eingefroren worden waren, tauten sie 1989 im Klima von Glasnost auf und eskalierten oftmals in Form massiver Gewaltausbrüche, weil der sowjetische Parteistaat wegen der Zerfallserscheinungen bei den Streitkräften und den Truppen des Innenministeriums sein Waffenmonopol kaum mehr aufrechterhalten konnte.⁶⁷ Aus den ethno-territorialen Konfliktfeldern speisten sich xenophobe Verfeindungsenergien, die das gesellschaftliche Zusammenle-

ben vergifteten. Die nationalen Milieus polarisierten und radikalisierten sich. Die so entfesselten Gewaltpotentiale schwächten die Kohäsionskräfte und unterstrichen die zunehmende Ohnmacht der Moskauer Zentrale, die den interethnischen Zerwürfnissen nicht die Sprengkraft zu nehmen vermochte.⁶⁸

Die „Souveränitätsparade“ 1988 und 1989

Als im Februar 1986 der neue Kremlchef seine Perestroika verkündete und Glasnost versprach, war er noch ganz dem Sirengesang vom harmonischen Zusammenleben der sowjetischen Völkerfamilie erlegen. Für die Sowjetunion nahm er voller Stolz in Anspruch, sie hätte das Nationalitätenproblem gelöst.⁶⁹ Zwei Jahre später, im Juli 1988, musste Gorbatschow seinen Vertrauten dann eingestehen, dass er sich von der Propaganda der Völkerfreundschaft hätte einlullen lassen. Er erklärte nun das „Anfachen des Nationalismus“ als eines der „explosivsten Probleme“ und bemängelte „die tiefe Verwahrlosung dieser bestehenden Problematik und das Fehlen einer realistischen Nationalitätenpolitik der Partei im Verlauf der Jahrzehnte“. Zugleich machte er „korrupte Elemente in der Führung einiger Republiken“ für die „sich verbreitende Praxis der künstlichen Entfachtung nationaler Gefühle“ verantwortlich. Auch dem Westen warf Gorbatschow vor, mit vielerlei Aktionen dazu beizutragen, „nationale Leidenschaften und Differenzen“ zu entflammen.⁷⁰

Diese politischen Schuldzuweisungen zeugen davon, dass Gorbatschow die wahren Ursachen für die sich zuspitzenden Spannungen zwischen den Sowjetrepubliken und dem Moskauer Unionszentrum nicht verstanden hatte. Die nationalitätenpolitische Situation stellte sich damals als kompliziert und schwierig, aber keineswegs als hoffnungslos dar. Statt vorausschauend die Initiative zu ergreifen und den erforderlichen Wandel auf den Weg zu bringen, entfaltete Gorbatschow auf diesem zentralen Problemfeld des sowjetischen Scheinföderalismus zu wenig politische Gestaltungskraft und verpasste später mit seinen zögerlichen Reaktionen die geeigneten Momente, um durch mutige Entscheidungen wieder die Kontrolle über den Reformprozess zurückzugewinnen. Zudem beging er den fatalen Denkfehler, weiterhin zu meinen, dass der

66 Thomas de Waal: Black Garden. Armenia and Azerbaijan through Peace and War, New York 2004; Tessa Hofmann: Armenien und der Zerfall der UdSSR, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 381–401; Aser Babajew: Aserbaidzchan, der Berg-Karabach-Konflikt und der sowjetische Zerfallsprozess, in: ebd., S. 403–418.

67 Zu dieser „Kühlschranktheorie“ vgl. Ther (wie Anm. 20), S. 72 f.

68 Smith (wie Anm. 54), S. 269–271; Rudolf A. Mark: Ist die UdSSR an ihren Nationalitätenkonflikten gescheitert?, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 269–286.

69 Gorbatschow (wie Anm. 28), S. 148–153.

70 Zit. n. Stefan Karner u.a. (Hg.): Der Kreml und die Wende 1989, Wien 2014, S. 189 f.

Kreml bei der Lösung der nationalen Frage als eigentlicher Hauptakteur frei handeln könnte und bei seiner Reformpolitik auf die Anliegen der Sowjetrepubliken keine größere Rücksicht nehmen. Als Estland im November 1988 als erste Sowjetrepublik seine Souveränität erklärte und den Vorrang der Republiks- vor den Unionsgesetzen verkündete, reagierte Gorbatschow darum barsch und ungehalten. Er sprach den Verantwortlichen in Estland jegliches Verantwortungsgefühl ab und bezeichnete sie als nationalistische und asoziale Heckenschützen, die „an der Umgestaltung schmarotzen“.⁷¹

Mit dieser brüskten Ablehnung stieß Gorbatschow die moderaten politischen Kräfte in den Sowjetrepubliken vor den Kopf und versperrte sich damit den Weg, gemeinsam mit ihnen das Verhältnis zwischen den Sowjetrepubliken und dem Moskauer Unionszentrum durch den Aufbau realföderativer oder sogar konföderativer Strukturen neu zu regeln. Das Vertrauen in die nationalitätenpolitische Reformkompetenz des Moskauer Zentrums sank weiter, als bewaffnete Verbände des Innenministeriums im April 1989 eine friedliche Demonstration für die Unabhängigkeit Georgiens in Tiflis gewaltsam auflösten und dabei 20 Menschen töteten. Obwohl Gorbatschow zur Zeit der Ausschreitungen zu politischen Gesprächen in London gewesen war, hatte er nun Blut an den Händen.⁷²

Seine Popularität in den nichtrussischen Peripherien litt ferner unter dem miserablen Katastrophenmanagement, nachdem im Dezember 1988 ein schweres Erdbeben große Landstriche Armeniens verwüstet hatte. Durch landesweite Solidaritätsaktionen wollte Gorbatschow noch einmal den Zusammenhalt der Union betonen. Doch die mangelhaft koordinierten Hilfsaktionen demonstrierten nur die vielen Organisationsdefizite des sowjetischen Parteistaats und die politische Ohnmacht des Moskauer Zentrums.⁷³

Dadurch gewannen die Desintegrationsprozesse weiter an Dynamik; die „Souveränitätsparade“ schritt voran. Bis Mitte 1990 waren fast alle Sowjetrepubliken dem Beispiel Estland gefolgt und hatten die Moskauer Verfügungs- und Entscheidungsrechte massiv eingeschränkt. Es kam zu einem rasanten Wandel der politischen Landschaften in



Staats- und Parteichef Gorbatschow besucht mit seiner Frau Raissa die Stadt Leninakan (Gjumri), um sich ein Bild der schweren Erdbebenfolgen zu machen, Dezember 1988.

Foto: ullstein bild/Sputnik

den nichtrussischen Peripherien, zumal es oftmals die dortigen Partei- und Staatsbehörden waren, die immer souveränitätsbewusster auftraten. Die nationalen Sammelbewegungen integrierten alles, was sich an Unmut, Protest und Verbitterung gegen die Sowjetordnung angestaut hatte, und wurden damit zur Speerspitze der antisowjetischen Mobilisierung, die rasant an gesellschaftlicher Tiefe und politischer Dynamik gewann.

Erste Abspaltungen und letzte Rettungsversuche, 1990 und 1991

Als der Kreml im Verlauf des Jahres 1989 den Ostblock als sozialistisches Zwangsbündnis auflöste und seinen Bündnispartner zubilligte, fortan ihren eigenen Weg zu gehen, hatte das auch massive Folgen für die innersowjetischen Entwicklungen. Bei der nationalen Interessenbehauptung in den baltischen Sowjetrepubliken sowie in Moldawien, Armenien und Georgien ging es nun nicht mehr nur um den Zugewinn an Autonomie- und Selbstbestimmungsrechten. Die separatistischen Kräfte gewannen die Überhand. Sie drängten auf die Abspaltung vom sowjetischen Unionsstaat, um die vollständige staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Aus den im Frühjahr 1990 in den Sowjet-

⁷¹ Gorbatschow, Glasnost (wie Anm. 2), S. 75–81, Zitat S. 76. Die ethnische Souveränitätsdeklaration findet sich in deutscher Übersetzung in Simon (wie Anm. 10), S. 275 f.

⁷² Zu den Ereignissen in Tiflis vgl. die neuen interessanten Dokumente in Karner (wie Anm. 70), S. 320–332; Brown (wie Anm. 25), S. 434–437; Alexander Rondeli: Georgien und der Zerfall der UdSSR, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 365–379.

⁷³ Altrichter (wie Anm. 38), S. 54–59.



Litauische Sowjetbürger demonstrieren für die Unabhängigkeit ihres Landes von der Sowjetunion.
Foto: picture alliance/dpa

republikan stattfindenden freien Parlamentswahlen gingen daraus entweder die Protagonisten der nationalen Bewegungen – der sogenannten Volksfronten – als Sieger hervor oder kommunistische Parteifunktionäre, die sich zu Vorkämpfern des Nationalen umgefärbt hatten und gleichfalls für die Sezession eintraten. Das machte die Situation für die Moskauer Zentralmacht immer verfahrenere.⁷⁴

Ohne Billigung Gorbatschows, aber mit Unterstützung aus der Moskauer Unionszentrale versuchten am 13. Januar 1991 in Vilnius moskautreue Kräfte gewaltsam die Macht in Litauen zu übernehmen. Der imperial-kommunistische Umsturz scheiterte jedoch am starken Widerstandswillen der litauischen Bevölkerung. Viele andere Sowjetrepubliken erklärten sich solidarisch mit den Litauern. Selbst in Moskau gingen am 20. Januar 1991 über 200.000 Menschen auf die Straße, um gegen den Gewalteininsatz zu demonstrieren. Als Antwort auf die blutigen Ereignisse ließ die litauische Führung am 9. Februar 1991 ein Referendum abhalten. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent stimmten 90 Prozent der Wähler für ein unabhängiges Litauen, das

schon bald internationale Anerkennung fand. Damit war der erste Dominostein gefallen. Im Frühjahr 1991 erklärten dann Estland, Lettland und Georgien nach ähnlich eindeutigen Referenden gleichfalls den Austritt aus der Sowjetunion und ihre Unabhängigkeit.⁷⁵

Diese dramatischen Entwicklungen machten aus dem Reformator Gorbatschow bald einen unglücklichen Reichsverweser. Als sowjetischer Präsident ließ er am 17. März 1991 noch einmal die gesamte Sowjetbevölkerung über den Erhalt eines demokratischen sowjetischen Gesamtstaats abstimmen. Zwar sprach sich eine Mehrheit für eine grundlegend reformierte Union aus; viele Sowjetrepubliken hatten aber die Volksabstimmung boykottiert oder zusätzliche Fragen in das Referendum aufgenommen, um die Gegner Gorbatschows zu stärken.⁷⁶

In seinem verzweiferten Kampf um den Erhalt der Union und damit um sein politisches Überleben startete Gorbatschow im April 1991 seinen letzten Rettungsversuch, die noch verbliebenen Sowjetrepubliken auf neuer vertraglicher

74 Gerhard Simon: List der Geschichte. Die Perestrojka, der Mauerfall und das Ende der Sowjetunion, in: Osteuropa 59 (2009), H. 2–3, S. 119–132.

75 Huber (wie Anm. 3), S. 150–172; Brown (wie Anm. 25), 457–464.

76 Ignaz Lozo: Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion, Köln 2014, S. 61–64.



Am 13. Januar 1991 besetzen sowjetische Truppen mit Gewalt das Rundfunk- und Fernsehzentrum in Vilnius. Straßensperren sollen den Vormarsch der Truppen verhindern.

Foto: picture alliance/dpa

Grundlage vom Fortbestand der Sowjetföderation zu überzeugen. Bei diesen nach dem bei Moskau gelegenen präsidentialen Landsitz Nowo Ogarewo benannten Verhandlungen machte Gorbatschow den neun noch föderationswilligen Sowjetrepubliken und der russische Teilrepublik (deshalb die Formel „9 plus 1“) jetzt Zugeständnisse, die er zuvor rigoros abgelehnt hatte. Er stimmte der weitgehenden Föderalisierung der Machtstrukturen zu, um zumindest ein Mindestmaß an Unionsgewalt gegenüber der Verselbständigung der Sowjetrepubliken zu bewahren. Aber auf diesem explosiven Problemfeld sollte sich Gorbatschows berühmter Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ bewahrheiten. Der letzte, verzweifelte Konsolidierungsversuch brachte die Kritiker keineswegs zum Verstummen. Die Vertreter einzelner Sowjetrepubliken witterten hinter dem Kompromiss nur ein weiteres Moskauer Machtmannöver. Auch gingen ihnen die neuen Unionsstrukturen oftmals nicht weit genug, nachdem sich seit den Souveränitätswellen die politischen Gewichte doch zunehmend zu Gunsten der Sowjetrepubliken verschoben hatten.⁷⁷

⁷⁷ Lozo (wie Anm. 76), S. 65–112; Brown (wie Anm. 25), S. 467–479.

Der August-Putsch 1991 und der bereitwillige Abschied vom Sowjetimperium

Besonders unzufrieden mit dem neuen Föderationsentwurf zeigten sich die zentralistischen Unionsbewahrer, die dem konservativen Flügel der Kommunistischen Partei angehörten und die Interessen bedeutender Moskauer Zentralbehörden vertraten. Wegen der geplanten Verschiebung der politischen Kraftfelder fürchteten sie um ihre Machtbefugnisse. Am 19. August 1991, wenige Tage vor der abgesprochenen Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags, ließ ein selbsternanntes „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ Gorbatschow in seinem Feriendomizil auf der Halbinsel Krim unter Hausarrest stellen, um in Moskau die Macht zu übernehmen. Dieser dilettantische Putschversuch der Verlierer der Perestroika scheiterte nach drei Tagen. Unter der Führung von Jelzin, der im Juni 1991 vom russischen Volk zum russischen Präsidenten gewählt worden war, hatte sich breiter gesellschaftlicher Widerstand organisiert und verhindert, dass die Putschisten das Rad der sowjetischen Geschichte zurückdrehten.⁷⁸

Der missglückte restaurative Staatsstreich bedeutete den endgültigen politischen Bankrott Gorbatschows. Er war es gewesen, der mit der „Wende nach rechts“ im Winter 1990 seine bisherigen Mitstreiter Ryschkow und Schewardnadse vor den Kopf gestoßen und anschließend seine Politik der Perestroika in die Hände der späteren Putschisten gegeben hatte, denen der neue sowjetische Ministerpräsident Valentin Pawlow und der sowjetische Vizepräsident Genadi Janajew vorstanden. Mit seinem lavierenden Doppelspiel hatte sich Gorbatschow in eine Sackgasse manövriert und war damit als Staatspräsident der Sowjetunion in eine selbst verschuldete politische Paralyse geraten.

Als Gorbatschow von der Krim wieder nach Moskau zurückkehrte, musste er auf Druck Jelzins zum einen ein Dekret unterschreiben, das die Kommunistische Partei verbot. Zum anderen erlebte er, wie eine Sowjetrepublik nach der anderen ihre Unabhängigkeit erklärte und diese Abspaltung vom sowjetischen Unionsstaat bei Volksabstimmungen stets mit großer Mehrheit sanktioniert wurde. Sowohl die politische Elite als auch der überwiegende Teil der Bevölkerung nahm Ende des Jahres 1991 bereitwillig Abschied vom Sowjetimperium. Sie glaubten damals, als unabhängige Staaten auf sich allein gestellt den anstehenden Epochenumbruch besser bewältigen zu können.⁷⁹

⁷⁸ Die beste historische Untersuchung des August-Putsches bietet Lozo (wie Anm. 76).

⁷⁹ Huber (wie Anm. 3), S. 246–251.



Boris Jelzin spricht, auf einem Panzer stehend, zur Moskauer Bevölkerung gegen das „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“, während Gorbatschow auf der Krim unter „Hausarrest“ steht.
Foto: picture alliance/dpa

Weil mit Perestroika und Glasnost der sozialistische Unionsstaat bei seinen Bürgern zunehmend an Ansehen verloren hatte, war seine Auflösung weder ein plötzlich hereinbrechende Katastrophe noch ein Vernichtungsakt einer Verschwörergruppe, sondern das Ergebnis politischer Selbstbestimmungsakte. Niemand brauchte die Sowjetunion am Ende mehr.⁸⁰ Selbst bei den Russen, dem sowjetischen „Reichsvolk“, hatte sich die Meinung durchgesetzt, dass es angesichts der gegen Moskau gerichteten Ressentiments unter dem Aspekt der nationalen Selbstfindung besser sei, auf das nunmehr als Last empfundene Sowjetimperium zu verzichten und sich auf sich selbst zu konzentrieren.⁸¹ Die Zukunft Russlands sahen darum viele Ende 1991 in der neuen Russischen Föderation, zu der drei Viertel des Territoriums und knapp die Hälfte der Bevölkerung der vormaligen Sowjetunion gehörten.⁸²

Am 21. Dezember 1991 unterzeichneten die Führer der vormaligen Sowjetrepubliken in der kasachischen Haupt-

stadt Alma Ata eine Auflösungserklärung. Sie traf wichtige Nachfolgeregelungen und schrieb auf der Grundlage der bestehenden Grenzziehungen die territoriale Integrität der neu gegründeten Staaten fest.⁸³ Am Abend des 25. Dezember 1991 holte man im Moskauer Kreml schließlich die rote Flagge mit Hammer und Sichel ein und hisste an ihrer Stelle die weiß-blau-rote Flagge Russlands.⁸⁴

Als neuer Machthaber im Kreml brachte Jelzin den damaligen antiimperialen Zeitgeist auf den Punkt, als er Anfang 1992 der Weltöffentlichkeit erklärte, Russland werde „niemals mehr ein Imperium“ sein, sondern begnüge sich als demokratischer Staat fortan mit dem Status einer seinen europäischen Nachbarn gegenüber „freundlichen Großmacht“. Diese „romantische Phase“ der russischen Außenpolitik dauerte allerdings nur bis zur Mitte der 1990er Jahre. Enttäuscht von den westlichen Demokratie- und Wohlstandsversprechen, die sich in Russland einfach nicht einstellen wollten, bildete sich auf der Suche nach nationaler Identität und neuer weltpolitischer Geltung ein „patriotischer Konsens“ heraus. Großmachtideen kehrten damit in den Kreml zurück und riefen grassierende imperiale Phantomschmerzen hervor, deren Linderung die russische Politik auch heute noch beschäftigt und sie immer wieder zu hochriskanten außenpolitischen Manövern verleitet.⁸⁵ Schon Mitte der 1990er Jahre merkte der damalige ukrainische Parlamentspräsident Alexandr Moroz zur um sich greifenden Sowjetnostalgie kritisch an: „Wer den Zerfall der ehemaligen Sowjetunion nicht bedauert, hat kein Herz, wer aber die Meinung vertritt, sie könne wiederhergestellt werden, hat kein Hirn.“⁸⁶

Der Deutungsstreit um das Gorbatschow-Paradox

Auch mit dem Nachwissen von heute und trotz einer mittlerweile 25-jährigen intensiven Forschungsdiskussion bleibt das Mysterium des rasanten Kollapses des Sowjetimperiums weiterhin ungeklärt. Je nach ideologischem Standpunkt entnehmen Historiker, Journalisten und Politiker der sowjetischen Zerfallsgeschichte jeweils

80 Aron (wie Anm. 11), S. 32 f.

81 In seinem letzten Werk wies Gorbatschow darauf hin, dass im Dezember 1991 auch diejenigen, die später der Sowjetunion nachtrauern sollten, damals im russischen Parlament „stehend und mit Hurra-Rufen für das Auseinanderbrechen der Sowjetunion gestimmt haben.“ Vgl. Michail Gorbatschow: Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin, Köln 2015, S. 182.

82 Franz Preissler: Die russischen Nationalisten und die Auflösung der Sowjetunion, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 99–113; John B. Dunlop: The Rise of Russia and the Fall of the Soviet Empire, Princeton 1993.

83 Carmen Schmidt: Juristische Aspekte des Auflösungsprozesses der UdSSR, in: Malek/Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 287–307, hier S. 302–307.

84 Zu den letzten Monaten der Sowjetunion vgl. Brown (wie Anm. 25), S. 480–498; Martin Malek: Von der Reform zum Zerfall – Anmerkungen zu den Ursachen des Endes der UdSSR, in: ders./Schor-Tschudnowskaja (wie Anm. 49), S. 27–68, hier S. 63–68.

85 Margarete Mommsen: Wer herrscht in Russland. Der Kreml und die Schatten der Macht, München 2003, S. 136–196, Zitate auf S. 142 f.

86 Zit. n. György Dalos: Lebt wohl, Genossen! Der Untergang des sowjetischen Imperiums, Bonn 2011, S. 156.



Jelzin diktiert Gorbatschow das Dekret zum Verbot der KPdSU, 23. August 1991.
Foto: ullstein bild/Saremba

andere Argumente für ihre Weltsicht. Antikommunisten betonen, dass Gorbatschow als bedeutendster sozialistischer Reformers die prinzipielle Reformunfähigkeit des überkommenen Sowjetsystems offenbart hätte. Ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz sei schlichtweg unmöglich. Entschiedene Verfechter von Demokratie und Marktwirtschaft werfen Gorbatschow ein „Zu wenig“ an Reform und sein langes Festhalten an überkommenen ökonomischen sowie politischen Ordnungsvorstellungen vor. Den Befürwortern einer starken Staatlichkeit gingen die Reformen Gorbatschows hingegen viel zu weit. Perestroika und Glasnost hätten die Säulen der Moskauer Machtvertikalen geschwächt und damit ein Durchregieren nach chinesischem Vorbild verhindert.⁸⁷ In Umbruchssituationen würden Demokratisierung und Offenheit zwar neue Freiheitsrechte, aber auch erhebliche Ordnungsverluste und damit Chaos heraufbeschwören. Diese Interpreten eines autoritären Zeitgeists – ob sie in Moskau oder an westlichen Universitäten auf Lehrstühlen sitzen – stimmen nolens volens nicht nur in das Klagelied über die angeblich destabilisierenden Folgen der liberalen Weltordnung ein. Sie müssen sich darüber hinaus vorhalten lassen, die Gestaltungspotentiale demokratischer Systeme zu verkennen und außer Acht zu lassen, dass die ehema-

ligen Ostblockländer und die baltischen Staaten, die ganz entschieden auf Demokratie und Marktwirtschaft gesetzt haben, heute eine deutlich bessere Transformationsbilanz vorweisen können als diejenigen Länder, die wieder zu autoritären Regimen zurückgekehrt sind.⁸⁸ Gerade das heutige Russland, das sich unter Putin offensichtlich am chinesischen Weg orientiert, zeigt, dass ein neoimperiales Staatswesen mit einer gelenkten Demokratie und einer staatlich wieder stärker bevormundeten Wirtschaft es nicht vermag, Modernisierungsblockaden zu lösen und auf nachhaltige Weise Wachstum, Fortschritt und Freiheit zu garantieren.

So unterschiedlich die Interpretationen zum Zusammenbruch der Sowjetunion auch sein mögen, einig sind sie sich in zwei Punkten: Zum einen lässt sich die Zerfallsgeschichte nur stichhaltig erklären, wenn die unterschiedlichen desintegrativen Prozesse – der ökonomische Absturz, der ideelle Kollaps, die politische Paralyse und der territoriale Zerfall – in ihrem Wechselspiel untersucht und ihre jeweilige, sich verändernde Relevanz sorgsam abgewogen werden. Zum anderen scheiden sich an Gorbatschow zwar die Geister, aber niemand stellt seine zentrale Rolle für die Zeit nach 1985 in Frage. Als Vertreter einer neuen, aufgeschlossenen Generation sowjetischer Parteifunktionäre ging er bewusst das Wagnis ein, die Sowjetunion mit einem Reformkreuzzug auf neue Grundlagen zu stellen, um den Sozialismus für das 21. Jahrhundert wieder konkurrenzfähig zu machen.

Das „Gorbatschow-Paradox“⁸⁹ – nämlich die Vergötterung im Ausland und die Verteufelung im Inland – erklärt sich daraus, dass die Rhetorik der sozialistischen Menschheitsbeglückung, die der dynamisch auftretende Kremlchef im Übermaß von sich gab, bald zu gesellschaftlichen Überdruß führte, weil seine Perestroika einfach nicht in die Erfolgsspur kam. Je schneller Gorbatschow und sein Team am Reformrad drehten, desto evidenter wurde, dass sie zwar schöne Visionen, aber weder einen Masterplan noch ausgearbeitete Konzepte für die von ihnen gewollte Umgestaltung parat hatten. Gorbatschows viel bemühte politische Phrase „Der Prozess ist in Gang gekommen“⁹⁰ unterstrich, dass es ihm vor allem darum

.....

⁸⁷ Zum Vergleich zwischen den sowjetischen und chinesischen Reformen vgl. Shping Hu: The Deng Reforms (1978–1992) and the Gorbachev Reforms (1985–1991), in: Problems of Post-Communism 53 (2006), Nr. 3, S. 3–16.

⁸⁸ Vgl. Ther (wie Anm. 20); Günther Heydemann/Karel Vodička (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich, Bonn 2013.

⁸⁹ Dmitri Wolkogonow: Die sieben Führer. Aufstieg und Untergang des Sowjetreichs, Frankfurt am Main 2001, S. 456.

⁹⁰ Vgl. z.B. Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 37.



Das Ende: Gorbatschow gibt in einer Live-Fernsehansprache seinen Rücktritt bekannt, 25. Dezember 1991.

Foto: picture alliance/dpa-Bildarchiv

ging, Veränderungen einzuleiten, er aber keine klaren Vorstellungen davon hatte, wohin sie führen würden. Die Reformer vertrauten ganz auf ein „Learning by Doing“. Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen Perestroika, Glasnost und Demokratisierung weniger als zielgerichtete Reformprogramme, sondern vielmehr als politische Experimente mit unklarem Ausgang.

Kollaps statt Reform: Das Sich-Selbst-Belügen im Kreml und die antisowjetische Massenmobilisierung

Als Gorbatschow in den Kreml einzog, befand sich die Sowjetunion zwar in einer schwierigen Lage, sie war aber keineswegs zum Auseinanderbrechen verdammt.⁹¹ Das neue Reformteam im Kreml ging von einer stagnativen Stabilität aus und musste dank Glasnost erst auf bittere Weise lernen, dass hinter jeder Absurdität des sowjetischen Alltagslebens eine ernste Geschichte steckte und schwere systemische Probleme standen. Angesichts der

vielen offengelegten Konflikte und Mängel gestand Gorbatschow schon 1988 ein, dass es bei der Perestroika „mehr Fragen als Antworten gibt“. Sibyllinisch sprach er von der „Dynamik komplizierter Prozesse“.⁹² Im Rückblick gab Gorbatschow – ohne an der Richtigkeit seines damaligen politischen Handelns grundsätzlich zu zweifeln – selbstkritisch zu, keinen Ausweg aus der Wirtschaftsmisere gefunden und die Beharrungskräfte der verschlissenen Parteistaatsmaschinerie sowie die Sprengkräfte des Ethnischen fahrlässig unterschätzt zu haben. Deshalb hätte er in der zweiten turbulenten Phase der Perestroika zunehmend den Zugriff auf die gesellschaftlichen Entwicklungen verloren. In der Druckkammer öffentlicher Empörung ließe sich nur schwer Politik gestalten.⁹³ Dem folgend beschrieb der vormalige ungarische Dissident György Dalos den Kreml zur Zeit Gorbatschows als ein Machtlabyrinth, „in dem der Machthaber ein potenzieller

91 Malek (wie Anm. 84).

92 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 18.

93 Gorbatschow (wie Anm. 81), S. 509 f.

Gefangener wird, ohne den berühmten Ariadnefaden, den Wegweiser ins Freie zu besitzen“.⁹⁴

In der Chronologie des Zusammenbruchs stellte das turbulente Jahr 1989 auch in der Sowjetunion einen Wendepunkt dar. Der Moskauer Parteistaat geriet damals immer tiefer in seine Finalitätskrise. Gorbatschow entwickelte sich vom mutigen Antreiber und vorpreschenden Reformierender immer mehr zum Getriebenen und zum unglücklich agierenden Krisenmanager. Längst erwiesen sich der Kremlchef und die in sich zerspaltenen Partei- und Staatskader nicht mehr als die einzigen Akteure der Umgestaltung. Viele Menschen nutzten die ihnen zugestandenen politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten immer aktiver, um „von unten“ auf die „von oben“ eingeleiteten politischen Wandlungsprozesse massiven Einfluss zu nehmen und ihnen damit oftmals eine andere Richtung oder eine andere Dynamik zu geben. Die Tiefe und die Dynamik der antisowjetischen Massenmobilisierung beschworen zunehmend die Unaufhaltsamkeit des Zerfalls herauf.⁹⁵ Rückblickend sprach Gorbatschows enger Vertrauter Alexander Jakowlew von einem schmerzvollen Prozess der Entzauberung und Entmachtung, weil „wir uns gegenseitig belogen haben, als wir sagten, dass die Freiheit den Sozialismus nicht nur zerstören, sondern ihm zugutekommen wird“.⁹⁶ Es waren die vom Kreml ermöglichten, aber bald nicht mehr kontrollierbaren gesellschaftlichen Selbstläufe und Kettenreaktionen, die mit ihrer atemberaubenden Geschwindigkeit maßgeblich zum „kurzen Weg von der Krise zum Kollaps“⁹⁷ beitrugen.

Bei seinem wagemutigen, aber auch wenig durchdachtem Versuch, die Sowjetunion zu liberalisieren und zu demokratisieren, ist Gorbatschow an sich selbst auf tragische und zugleich auf glanzvolle Weise gescheitert. Statt sich zu reformieren, kollabierte die sowjetische Ordnung, weil es ihr offensichtlich an Reforminstrumenten mangelte, um die auseinanderdriftenden Kräfte zusammenzuhalten. Die ehrgeizige Perestroika hatte ihr Erfinder im Kreml als einmalige Chance beschrieben, um die Gesellschaft für eine „demokratische Atmosphäre zu kultivieren“ und für die dazu notwendige Umgestaltung zu begeistern. „Ein zweites Mal werden wir unser Volk

für ein Unternehmen dieses Ausmaßes einfach nicht mehr mobilisieren können.“⁹⁸ Bislang hat Gorbatschow mit dieser Prognose leider Recht behalten. Die antisowjetische Mobilisierung bildete vielerorts keine tragfähige Basis für den Aufbau einer Demokratie. Im Gegenteil: In den Wirren der Transformation der 1990er Jahre kam vielen Russen die Lust auf Demokratie abhanden. Selbst der einflussreiche Chefredakteur einer führenden Literaturzeitschrift, Jurij Poljakow, meint mittlerweile, dass die dank Glasnost ermöglichte „Freiheit des Wortes die Zerschlagung des Landes nicht wert gewesen war“.⁹⁹ Diese Deutung verspielt leider fahrlässig das demokratische Erbe der Perestroika, das auch darin besteht, den Menschen bewusst zu machen, dass sie ihr Leben selbst bestimmen können und sich nicht vom Kreml zu Gefangenen der eigenen Ängste und Phantomschmerzen machen lassen müssen.¹⁰⁰

94 Dalos (wie Anm. 23), S. 22.

95 Simon (wie Anm. 74), List der Geschichte (wie Anm. 10), S. 122–126 u. 131; Ther (wie Anm. 20), S. 63 ff.

96 Zit. nach Martin Malek/Anna Schor-Tschudnowskaja: Das Ende des großen Experiments, in: dies. (wie Anm. 49), S. 15–25, hier S. 18.

97 Huber (wie Anm. 3), S. 57.

98 Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 40.

99 Malek (wie Anm. 84), S. 52.

100 Zur Wirksamkeit der heutigen Kreml-Propaganda vgl. das aufschlussreiche Interview mit dem russischen Soziologen Lew Gudkow, der das renommierte Moskauer Lewada-Zentrum leitet, unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/219422/interview-ueber-die-wirksamkeit-der-propaganda-in-russland> [Stand: 04.03.2016].

Das britische EU-Referendum

Hintergründe und Rahmenbedingungen

von Christian Schweiger



Leider knapp verloren: Demonstrantinnen in London zeigen nach dem Referendum ihre Solidarität zur EU.
Foto: ullstein bild – Reuters/DYLAN MARTINEZ

„See EU later“, titelte die Boulevardzeitung *The Sun* am Tag nach der Entscheidung des historischen Referendums zur EU-Mitgliedschaft, das Großbritannien am 23. Juni dieses Jahres abgehalten hat. Es war bereits das zweite Mal seit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1973, dass die Briten über die Mitgliedschaft abgestimmt haben. Die Vorgeschichte und die Rahmenbedingungen dieses nicht nur für das Land selbst epochalen Ereignisses gestalteten sich allerdings komplexer als beim ersten Referendum am 5. Juni 1975. Eine Mischung außen- und innenpolitischer Faktoren spielte dabei eine Rolle. Beim ersten Referendum zur EG-Mitgliedschaft im Juni 1975 hatten 67,5 Prozent der Wahlberechtigten für den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft gestimmt, nachdem sich mehrheitlich die Meinung durchgesetzt hatte, dass der Verbleib Großbritanniens im europäischen Binnenmarkt für die britische Wirtschaft von Vorteil sei. Schon allein die Tatsache, dass bereits zwei Jahre nach dem offiziellen Beitritt ein Referendum über die Zukunft der Mitgliedschaft abgehalten wurde, zeigt deutlich, wie schwer sich die Briten stets mit der Integration in die institutionalisierte europäische Zusammenarbeit getan haben.

Das schwierige europapolitische Erbe Großbritanniens

Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedstaaten der EU hat sich in Großbritannien nie ein umfassender pro-europäischer politischer Konsens entwickelt. Winston Churchill propagierte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in seiner berühmten Züricher Rede am 19. September 1946 noch die „Vereinigten Staaten von Europa“ – doch Großbritannien sollte nicht Teil dieses Konstrukts sein.¹ Für Churchill selbst hatten die Beziehungen zu Kontinentaleuropa keineswegs Priorität. Im Rahmen der von ihm definierten drei konzentrischen Kreise der britischen Außenpolitik stand Europa an letzter Stelle. Stattdessen wurde den transatlantischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten (der „*special relationship*“) und den Beziehungen mit den Staaten des Britischen Commonwealth, Priorität eingeräumt. Das Engagement in Europa wurde in Blick auf die weltpolitischen Interessen Großbritanniens als nicht förderlich erachtet.² Die politische Elite Großbritanniens, so wie auch die Öffentlichkeit, war in der Frage der Mitgliedschaft in der EG/EU stets gespalten. Man war nicht nur geographisch vom Kontinent getrennt, was durch den oft benutzten Slogan in den Medien und im

Wetterbericht „*fog in the channel – continent cut off*“ deutlich wurde und sich seit dem Zweiten Weltkrieg im britischen Selbstbewusstsein eingepreßt hat. Für die Briten hatte das Engagement in Europa nie Priorität, weil sie stets davon überzeugt waren, dass Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht seine globalen Beziehungen ausbauen sollte, anstatt sich auf Europa zu beschränken. In der Folge fiel die Zustimmung zur europäischen Integration in Großbritannien seit dem Beitritt 1973 permanent geringer aus als in anderen Mitgliedstaaten. Besonders seit dem in der britischen Innenpolitik äußerst kontrovers diskutierten Maastrichter Vertrag zeichnete sich eine weitere, deutliche Abwendung von der europäischen Idee ab. Der Maastrichter Vertrag – am 7. Februar 1992 von den EG-Mitgliedsstaaten unterzeichnet und erst am 1. November 1993 ratifiziert – bedeutete einen deutlichen Schritt in Richtung tiefere Integration und kann durchaus als Wendepunkt in Richtung der zunehmenden Europaskepsis in Großbritannien bewertet werden.³ Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages gestaltete sich in Großbritannien äußerst schwierig, da sie die unversöhnliche europapolitische Spaltung in der Konservativen Partei offenbarte und beinahe zum Sturz der konservativen Regierung von Premierminister John Major geführt hätte. Die Europaskeptiker in der Konservativen Partei lehnten den Vertrag wegen der Schaffung der Drei-Säulen-Struktur der Europäischen Union ab, die sie als deutlichen Schritt in Richtung politische Union bewerteten. Zudem gab es fundamentale Bedenken bezüglich der Konkretisierung der europäischen Währungsunion und der Perspektive der Abschaffung des britischen *Pound Sterling*. Bereits zuvor wurde unter der Führung von Majors Vorgängerin Margaret Thatcher nicht nur die Skepsis gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, sondern sogar ihre offene Ablehnung salonfähig. Dabei war eigentlich die Labour-Partei bis in die späten 1980er Jahre die europaskeptische Kraft in der britischen Innenpolitik gewesen. Labour stand unter dem starken Einfluss der Gewerkschaften und des radikalen linken Flügels der Partei, der hauptsächlich durch den Europaskeptiker Tony Benn vertreten wurde. Die Labour-Regierungen unter dem Premierministern Wilson und Callaghan (1974–79) mussten sich deshalb mit der Opposition des von den Gewerkschaften dominierten linken Parteiflügels gegenüber der Mitgliedschaft in der EG auseinandersetzen. Der linke Labour-Flügel betrachtete die Mitgliedschaft äußerst skeptisch, da die EG als von kapitalistischen Prinzipien bestimmte Orga-

1 Winston Churchill: Rede in Zürich, 19.09.1946, <http://www.churchill-society-london.org.uk/astonish.html> [Stand: 06.07.2016]

2 Wolfram Kaiser: *Using Europe, Abusing the Europeans: Britain and European Integration, 1945–63*, Basingstoke/London 1998 (1996), S. 2.

3 David Sanders: *The Reluctant Europeans. Britain and the EU, 1952–2014*, in: *Drifting towards the exit? Taking Stock of Britain's EU Membership after 40 years*, hg. v. Christian Schweiger, Augsburg 2015, S. 9–36, hier: S. 10.

nisation betrachtet wurde, die fundamental im Gegensatz zu den Werten einer sozialistisch geprägten Innenpolitik stünde.⁴ Die innerparteiliche Opposition gegenüber der EG zwang die Regierung Wilson letztendlich dazu, bereits zwei Jahre nach dem Beitritt ein öffentliches Referendum über die Mitgliedschaft abzuhalten. Nach der Wahlniederlage James Callaghans und der Regierungsübernahme Margaret Thatchers 1979 rückte Labour politisch stark nach links. Die neue Parteiführung unter Michael Foot positionierte die Partei in deutlicher Opposition zur weiteren Mitgliedschaft in der EG. Labour argumentierte nun, dass die Mitgliedschaft im EG-Binnenmarkt mit der Ausübung souveräner nationaler Wirtschafts- und Industriepolitik unvereinbar sei.⁵ Bei der Unterhauswahl 1983 präsentierte die Labour-Partei ein entschieden linksorientiertes Wahlprogramm, das unter anderem auch das Versprechen enthielt, bei einem Wahlsieg unmittelbar Austrittsverhandlungen mit der EG zu initiieren. Als Begründung dafür wurde die Unvereinbarkeit radikaler sozialistischer Wirtschafts- und Industriepolitik mit den Grundsätzen des EG-Binnenmarktes genannt.⁶

Im Gegensatz zu Labours Position befürwortete die Konservative Partei vor Beginn der Ära Thatcher die Mitgliedschaft in der EG. Besonders Edward Heath, Thatchers Vorgänger als Parteiführer, war deutlich pro-europäisch eingestellt und führte Großbritannien als Premierminister am 1. Januar 1973 in die Europäische Gemeinschaft. Heath war sich der Skepsis der Briten gegenüber den politischen Rahmenbedingungen der EG, die bereits stark durch Frankreich und Deutschland geprägt waren, durchaus bewusst. Der konservative Premier war jedoch davon überzeugt, dass letztendlich die ökonomischen Vorteile des Beitritts überwiegen würden.⁷ Zudem war Heath persönlich ein leidenschaftlicher Europäer, der weit über den europäischen Kontinent gereist und für den Großbritannien eng mit den europäischen Nachbarn verbunden war: „Wir sind Teil Europas durch unsere geographische Lage, unsere Geschichte und unsere Zivilisation.“⁸ Der relativ späte Beitritt Großbri-

tanniens im Jahre 1973 begründete sich hauptsächlich mit dem zweimaligen Veto des französischen Präsidenten De Gaulle in den 1960er Jahren. De Gaulle wollte Großbritannien nicht als Mitglied der europäischen Gemeinschaft akzeptieren, weil er zum einen um die schwindende französische Vormachtstellung in der EG durch einen wachsenden anglo-amerikanischen Einfluss nach dem britischen Beitritt besorgt war. Zum anderen befürchtete De Gaulle, dass Großbritannien nach dem Beitritt auf eine fundamentale Veränderung der institutionellen und politischen Architektur der EG in Richtung einer Freihandelszone hinwirken würde. Der Zeitpunkt des Beitritts war jedoch sowohl aus politischer, wie auch aus wirtschaftlicher Sicht ungünstig. Politisch gestaltete sich der Führungsanspruch der Briten äußerst schwierig, da sich Frankreich und Deutschland bereits als Führungsduo etabliert hatten.⁹ Zudem musste die Regierung Heath auch ungünstige finanzielle Konstellationen, wie die Nettozahlerrolle Großbritanniens und die für die britische Landwirtschaft nicht vorteilhafte gemeinsame Agrarpolitik, akzeptieren.¹⁰ Doch der Beitritt brachte auch wirtschaftlich nicht die erwartete positive Wirkung. Zum Zeitpunkt des britischen Beitritts rutschten die Mitgliedstaaten des EG-Binnenmarktes in der Folge der durch die politische Instabilität im Nahen Osten entstandenen Ölkrise in die Rezession.¹¹ Die britische Wirtschaft, die bereits vor dem Beitritt deutlich hinter den Wachstumsraten ihrer kontinentalen Nachbarn lag, geriet innerhalb des Binnenmarktes folglich in eine negative Sogwirkung, da die rasche Belebung der Handelsbeziehungen mit den kontinentalen Nachbarn nicht eintrat. Die durch die Ölkrise verursachte tiefe Rezession in Großbritannien führte bereits ein Jahr nach dem Beitritt zur EG zu einem massiven Budgetdefizit auf der Insel. Der Labour-Schatzkanzler Denis Healy wurde deshalb praktisch dazu gezwungen, den Internationalen Währungsfond um einen Milliardenkredit zu bitten, um die mögliche Insolvenz Großbritanniens abzuwenden.¹² Diese Entwicklung trug maßgeblich dazu bei, dass der Premierminister Heath bei den Unterhauswahlen im März 1974 keine erneute Mehrheit erringen konnte.

4 Dennis Kavanagh: *British Politics. Continuities and Change*, Oxford 3. 1996c, S. 74.

5 Richard Heffernan: *Beyond Euro-Scepticism? Labour and the European Union since 1945*, in: *The Labour Party: A Centenary History*, hg. v. Brian Brivati/Richard Heffernan, 2000, S. 383–401, hier: S. 391.

6 *The Labour Party: New Hope for Britain. 1983 General Election Manifesto*, <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab83.htm#Common> [Stand: 06.06.2016].

7 David Gowland and Arthur Turner: *Britain and European integration 1945–1998. A documentary history*, London/New York 2000, S. 271.

8 Zit. nach Hugo Young: *This blessed plot: Britain and Europe from Churchill to Blair*, London/Basingstoke 1999, S. 220.

9 Stephen George: *An awkward partner. Britain in the European Community*, Oxford 3. 1998, S. 5.

10 Wolfram Kaiser: *Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration 1945–63*, Basingstoke 1999, S. 214.

11 David Sanders: *Losing an Empire, Finding a Role: British Foreign Policy since 1945*, Hampshire 1990, S. 145.

12 Christian Schweiger: *The British Liberal Market Economy: Persistent Path-Dependency under Crisis Conditions*, in: *Drifting towards the Exit? Taking Stock of Britain's EU Membership after 40 years*, hg. v. Christian Schweiger, Augsburg 2015, S. 126–150, hier S. 129.



Margret Thatcher, die Parteiführerin der Tories, bei einer Rede im Vorfeld des Referendums 1975; rechts Edward Heath

Foto: ullstein bild – Heritage Images/Keystone Archives

Sein Widersacher Harold Wilson (Labour), der das Land bereits von 1964 bis 1970 regiert hatte, übernahm erneut das Amt des Premierministers auf der Basis einer Minderheitsregierung. Labour hatte im Wahlkampf versprochen, nach der Regierungsübernahme die EG-Mitgliedschaft Großbritanniens neu zu verhandeln. Bereits im Oktober 1974 wurde eine weitere Unterhauswahl abgehalten, da weder Labour noch die Konservativen eine Regierung mit den Liberalen und den schottischen Nationalisten bilden konnten. Labour gewann die Wahl knapp mit einer Mehrheit von drei Sitzen im Unterhaus. In ihrem Wahlprogramm hatte die Partei angekündigt, nach dem Wahlsieg eine Volksabstimmung zur Zukunft der EG-Mitgliedschaft Großbritanniens abzuhalten. Dies führte zum ersten Referendum im Juni 1975, vor dem die Regierung Wilson noch die Bedingungen der EG-Mitgliedschaft neu verhandelte. Erzielt wurde dabei unter anderem eine flexiblere Handhabung der gemeinsamen Agrarpolitik, geringere britische Beiträge zum EG-Haushalt, keine automatische Teilnahme an einer europäischen Währungsunion, die Öffnung der EG-Außenhandelsbeziehung gegenüber den Commonwealth-Staaten. Die Regierung Wilson betonte auch die Notwendigkeit enger Handels- und Sicherheitsbeziehungen zwischen der EG und den Vereinigten Staaten. Großbritanniens Partner in der EG gingen unter Druck auf diese britischen Forderungen ein: Die britische Regierung beabsichtigte nämlich, im Falle des Scheiterns der Neuverhandlungen der britischen Öffentlichkeit zu empfehlen, im Referendum für den Austritt aus der EG zu

stimmen. Auf Druck des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt wurden Großbritannien gegen anfänglichen französischen Widerstand schließlich die Konzessionen im Bereich der EG-Haushaltsbeiträge und der Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen der EG gewährt.¹³ Auf dieser Basis warb die Regierung bei den Wählern für den Verbleib in der EG. Die deutliche öffentliche Unterstützung für die Fortsetzung der Mitgliedschaft konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundlegende Skepsis gegenüber der institutionellen politischen Zusammenarbeit innerhalb der EG bestehen blieb. Das Referendum zog keine führungsorientierte Europapolitik Großbritanniens nach sich. Stattdessen blieb das Land ein zögerlicher und schwieriger Partner, der sich stets am Rande der Gemeinschaft positionierte und nicht nur jeglichen Idealismus gegenüber der Vertiefung der politischen Zusammenarbeit vermissen ließ, sondern diese auch häufig zu blockieren versuchte.¹⁴ Dies zeigte sich nicht nur in der zunehmenden Europaskepsis der Labour-Partei unter den Regierungen Wilson und Callaghan, sondern vor allem im grundlegenden Wandel der britischen Europapolitik unter der konservativen Premierministerin Margaret Thatcher ab 1979. Als konservative Parteivorsitzende und Oppositionsführerin zwischen 1975 und 1979 hatte sich Thatcher noch als Verfechterin der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG eingesetzt, wie auch im Referendum 1975. Als Premierministerin wuchs ihre Skepsis gegenüber der Europäischen Gemeinschaft zunehmend, die sie jetzt hauptsächlich als das Projekt einer vor allem von Deutschland und Frankreich vorangetriebenen kontinentaleuropäischen Föderation betrachtete. Noch 1986 hatte Thatcher gemeinsam mit Kommissionspräsident Jacques Delors, dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Kohl an der Vorbereitung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) gearbeitet. Die EEA trieb zwar einerseits deutlich die von Thatcher favorisierten Marktliberalisierung voran, andererseits bereitete das Abkommen auch den Weg für die deutliche politische Vertiefung der Gemeinschaft im Rahmen des nachfolgenden Maastrichter Vertrages und der Gründung der Europäischen Union. Thatcher lehnte letztere deutlich ab und machte aus ihrer Enttäuschung über

.....
13 Vagane Miller: The 1974–75 UK Renegotiation of EEC Membership and Referendum, 13.07.2015, London: House of Commons, S. 19, <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-7253/CBP-7253.pdf> [Stand: 06.07.2016].

14 John W. Young: Britain and European Unity 1945–1999, Basingstoke 2000, S. 198.

die Entwicklung der EG nach Verabschiedung der EEA keinen Hehl. In ihrer Rede am Europakolleg in Brügge am 20. September 1988 forderte Thatcher ein Europa der souveränen Zentralstaaten und warnte vor der politischen Zentralisierung Europas, die Gefahr laufe in einen zentralisierten europäischen Superstaat unter der Dominanz der Europäischen Kommission zu münden. In diesem Zusammenhang machte Thatcher deutlich, dass sie sich dieser Zentralisierung vehement widersetzen würde: „Wir haben die staatlichen Schranken in Großbritannien nicht mit Erfolg zurückgedrängt, um mitanzusehen, dass sie jetzt auf der europäischen Ebene wieder eingeführt werden, in Verbindung mit einem europäischen Superstaat, der von Brüssel aus eine neue Vormachtstellung ausübt.“¹⁵ Thatchers Position verlieh damit der Ansicht der Mehrheit der Briten Ausdruck, die als positiven Zweck der Europäischen Gemeinschaft stets die Schaffung einer liberalisierten Freihandelszone gesehen haben.¹⁶ Die von den Kontinental-europäern parallel betriebene politische Integration wurde weitgehend abgelehnt.

Thatcher definierte mit ihrer auf nationalstaatliche Interessen ausgerichteten europäischen Diplomatie die bis heute gültigen Prinzipien der britischen Europapolitik. Sie definiert sich vor allem in Abgrenzung zu den multilateralen Entscheidungsprozessen im politischen Mehrebenensystem, die im deutlichen Kontrast zu den auf dem „first-past-the-post“ Mehrheitswahlrecht basierenden schnellen Entscheidungsprozessen einer im Normalfall bestehenden Einparteienregierung stehen. Die zentralen Elemente der britischen Westminster-Demokratie bilden die Parlamentssouveränität („*crown in parliament*“), die ungeschriebene und auf Konventionen beruhende Verfassung und die trotz der teilweisen Dezentralisierung („*Devolution*“) von Entscheidungsprozessen in die Regionen Schottland, Wales und Nordirland noch immer stark zentralisierte Exekutivregierung in Westminster.¹⁷ Diese Prinzipien stehen in starkem Kontrast zur EU, deren rechtlicher Rahmen auf einem komplexen und schriftlichen fixierten Vertragsgefüge basiert und deren Entscheidungsprozesse aufgrund der Einbeziehung multipler Akteure generell langwierig und auf Konsens angewiesen sind.

Die eng definierten Rahmenbedingungen der britischen Europapolitik

Aus britischer Sicht geht es bei der Europapolitik deshalb vor allem um die Verteidigung nationaler Souveränität und nicht maßgeblich um multilaterale Kooperation. Die britischen Europaskeptiker sind hauptsächlich in der Konservativen Partei, der *United Kingdom Independence Party* (UKIP), vertreten. Sie werden tatkräftig von den im Besitz des australischen Medienmoguls Rupert Murdoch befindlichen Printmedien und Nachrichtensendern unterstützt und sehen es als ihre Aufgabe, das europapolitische Vermächtnis Margaret Thatchers im Sinne des Mottos „Wir gegen die Anderen!“ weiterzutragen. Teil dieses Erbes ist auch die Glorifizierung der angeblich privilegierten Partnerschaft (*special relationship*) der Briten mit den Vereinigten Staaten von Amerika und die nostalgische Fokussierung auf die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten des Commonwealth, des ehemaligen britischen Empires.¹⁸ Zudem assoziieren vor allem die Europaskeptiker in England die Europäische Union mit der Dominanz Deutschlands. Diese Furcht vor einem „deutschen Europa“ wurde bereits von Thatcher häufig artikuliert. Thatcher nannte in ihren nach dem Ende ihrer Amtszeit als Premierministerin veröffentlichten politischen Memoiren Deutschland eine „destabilisierende Kraft“ in Europa, die zwischen „Aggression und Selbstzweifeln“ schwanken und letztendlich immer zur Dominanz tendieren würde.¹⁹ Thatcher ließ es noch als Premierministerin zu, dass Nicholas Ridley, ihr damaliger Minister für Handel und Industrie, im Juli 1990 in einem Interview mit der Zeitschrift *Spectator* die Europäische Gemeinschaft als deutsches Mittel zum Zweck der Unterwerfung Europas brandmarkte. Ridley rief durch seine Äußerung, dass der Transfer von Souveränität an die EG der Unterwerfung unter Hitlers Nazi-Deutschland gleichkomme, nicht nur bei Großbritanniens europäischen Partnern Wellen der Empörung hervor.²⁰ Doch anti-deutsche Ressentiments ziehen sich seit Thatcher wie ein roter Faden durch die Positionen der Europaskeptiker. Prominente konservative Europaskeptiker wie John Redwood werden nicht müde, vor der Gefahr der Unterdrückung Großbritanniens durch ein zunehmend hegemoni-

15 Margaret Thatcher: Speech to the College of Europe. „The Bruges Speech“, 20.09.1988, <http://www.margaretthatcher.org/document/107332> [Stand: 09.06.2016]

16 Margaret Thatcher: *Statecraft*, London 2002, S. 372.

17 David Sanders: *The Reluctant Europeans. Britain and the EU, 1952–2014*, Augsburg 2015, S. 29 ff.

18 Reginald Hibbert: Britain in search of a role, 1957–73: A role in Europe, European integration and Britain: a witness account, in *From Reconstruction to Integration: Britain and Europe since 1945*, hg. v. Brian Brivati und Harriet Jones 1993, S. 114–122, hier S. 115; Christian Schweiger: *Britain, Germany and the Future of the European Union*, Basingstoke 2007, S. 31–37.

19 Margaret Thatcher: *The Downing Street Years*, Glasgow 1993, S. 791.

20 Britain and European Integration 1945–1998. A Documentary History, hg. v. David Gowlan und Arthur Turner 2000, S. 178.

ales Deutschland in der EU zu warnen. Hierbei wird vor allem die gemeinsame europäische Währung als Versuch Deutschlands gewertet, die EU schrittweise in Richtung eines föderalen Zentralstaates zu entwickeln.²¹ Sogar Boris Johnson verglich die EU erneut mit Nazi-Deutschland. In einem Interview mit der britischen Tageszeitung *The Telegraph* am 15. Mai 2016 betonte Johnson, dass er davon überzeugt sei, dass die „Bürokraten in Brüssel“ genau wie Adolf Hitler „Europa unter eine Autorität vereinen“ wollten.²² Die Konservative Partei hat sich in der Nachfolge Thatchers seit den 1990er Jahren weitgehend in Richtung einer zutiefst europaskeptischen Partei entwickelt. John Major war der letzte Parteiführer der Konservativen, der noch einen pragmatisch pro-europäischen Kurs vertrat. Nachdem Majors Regierung zunehmend unter dem Druck der internen Machtkämpfe zwischen Europaskeptikern und Pragmatikern zerbrach und im Mai 1997 eine historische Wahlniederlage erlitten hatte, übernahmen die Europaskeptiker das Ruder in der Partei. Seit 1997 waren alle Parteivorsitzenden der Konservativen mehr oder weniger Europaskeptiker, was auch den ehemaligen Vorsitzenden und Premierminister David Cameron einschloss. Cameron konnte den Parteivorsitz nach wiederholten Wahlniederlagen seiner Partei 2005 nur dadurch erringen, dass er deutliche Zugeständnisse gegenüber den kompromisslosen Europaskeptikern in der Partei machte.

Dazu gehörte das Versprechen, die britische EU-Mitgliedschaft wiederum neu zu verhandeln und die britischen Wähler in einem Referendum über die Verhandlungsergebnisse abstimmen zu lassen. Cameron verfolgte auch nach seiner Wahl als Premierminister 2010 einen sehr defensiven europapolitischen Kurs, bei dem er den von Thatcher propagierten „Souveränitätsfetisch“²³ weiterverfolgte. In der Folge gingen von der Regierung Cameron kaum europapolitische Initiativen aus. Stattdessen hat Cameron, der unmittelbar nach dem Brexit zurückgetretene Premier, sich darauf beschränkt, Großbritannien aus jeglicher Vertiefung der politischen Kooperation in der EU herauszuhalten, wie durch sein Veto gegen den europäischen Fiskalpakt im Dezember 2011 deutlich geworden war.

.....
21 John Redwood: *Our Currency, our Country: The Dangers of European Monetary Union*, London 1997, S. 33; John Redwood: *Thank you, Mrs Merkel*, <http://johnredwooddiary.com/> [Stand: 11.06.2016].

22 Tim Ross: *The EU wants a superstate, just as Hitler did*, *Daily Telegraph* 15.06.2016, <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/05/14/boris-johnson-the-eu-wants-a-superstate-just-as-hitler-did/> [Stand: 11.06.2016].

23 William E. Paterson: *Britain and German Leadership: Drifting towards the Exit? Taking Stock of Britain's EU Membership after 40 years*, hg. v. Christian Schweiger, Augsburg 2015, S. 126–150, hier S. 42.



Die Achse Paris – Berlin – London: Während der Regierung Premierminister Tony Blairs (r., hier bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2004) rückte Großbritannien näher an die EU heran.

Foto: ullstein bild – Boness/IPON

Mit der Ausnahme der ersten Amtszeit der *New-Labour*-Regierung von Premierminister Tony Blair vor dem Ausbruch des Irak-Krieges (1997 bis 2001), während der Blair eine sehr engagierte pragmatische und konstruktive Europapolitik verfolgt hatte, hat sich die britische Europapolitik parteiübergreifend beständig an Thatchers isolationistischer Einstellung orientiert. Blair vollendete den Wandel der Labour-Partei hin zu einer pragmatisch pro-europäischen Partei, den er als Teil der Modernisierung der Partei und ihrer politischen Ausrichtung in Richtung der politischen Mitte verstand. Das erste Kabinett Blair positionierte sich durchgehend pro-europäisch. Der Premier konnte den europäischen Partnern deshalb überzeugend vermitteln, dass er einen Wandel der britischen Europapolitik in Richtung kooperativem Pragmatismus anstrebe. Er vertrat dabei die Position, dass Großbritannien in der EU eine führende Rolle übernehmen müsse und begründete dies nicht nur mit der Notwendigkeit, institutionelle Reformen der EU voranzutreiben, sondern auch damit, eine führende Rolle Großbritanniens in der EU würde deren internationales Ansehen stärken. Damit positionierte er sich in deutlichem Gegensatz zur passiven und überwiegend defensiven Europapolitik der konservativen Vorgängerregierung Major, deren Isolationismus aus seiner Perspektive britischen Interessen geschadet hätte.²⁴

.....
24 Hugo Young: *This blessed plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London 1998, S. 485.

In seiner ersten Amtszeit suchte Blair den Schulterschluss mit Deutschland und Frankreich, um gemeinsam zentrale Politikbereiche der EU voranzutreiben. Mit dem deutschen Bundeskanzler Schröder verfasste Blair ein gemeinsames Strategiepapier für die Modernisierung des europäischen Sozialmodells auf der Basis des von New Labour propagierten „Dritten Weges“ zwischen traditionellem sozialdemokratischem Keynesianismus und Thatchers Marktfundamentalismus in der Wirtschaftspolitik.²⁵ Der „Dritte Weg“ akzeptierte einerseits die Notwendigkeit, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen durch die Begrenzung unnötiger staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft zu schaffen. Andererseits lehnte er den neoliberalen Marktfundamentalismus der 1980er Jahre ab und betonte die Notwendigkeit staatlicher Aktivitäten im Hinblick auf die Investition in Bildung und Ausbildung im Rahmen aktivierender Arbeitsmarktprogramme. Auf der Grundlage solider Wachstumsraten und einer deutlichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit unter seiner Regierung in Großbritannien wurde Blair mit Unterstützung des deutschen Bundeskanzlers Schröder die treibende Kraft bei der Entwicklung der Lissabon-Strategie, die von der EU im Jahr 2000 zur Grundlage der Reform des europäischen Sozialmodells gemacht wurde. Lissabon beinhaltete die zentralen Elemente des „Dritten Weges“, vor allem in der Forderung nach der Reform nationaler Sozialstaatsstrategien in Richtung aktivierender Arbeitsmarktpolitik durch Investitionen in Bildung und Kürzungen der staatlichen Unterstützungen für nicht aktive Arbeitslose.²⁶

Blair und Schröder übernahmen gemeinsam auch eine führende Rolle in der Vorbereitung der EU-Osterweiterung, die im Mai 2004 acht osteuropäische Staaten (plus Malta und Zypern) in die EU brachte. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Chirac arbeitete der Premierminister Ende der 1990er Jahre an der Entwicklung der gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik in der Folge der Kosovo-Krise im Frühsommer 1999, durch die die fehlende militärische Krisenbewältigungskapazität der EU offensichtlich wurde. Blair, Schröder und Chirac hatten gemeinsam Luftschläge der NATO gegen Serbien unterstützt, um den vom serbischen Präsidenten Milosevic begonnenen Völkermord an der albanischen Minderheit in der Provinz Kosovo zu stoppen. Es war jedoch vor allem Blair, der die EU ermahnte,

eine militärische Eingreiftruppe zu entwickeln, um die Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU ohne die Unterstützung von NATO und vor allem von amerikanischen Streitkräften bewältigen zu können. Dies war durchaus beachtlich, da Blair damit die britische Verteidigungspolitik, die sich traditionell an NATO und der transatlantischen Partnerschaft orientiert, deutlich mehr in Richtung Europa zu orientieren schien. Blair selbst sprach stets von der Brückenfunktion Großbritanniens zwischen europäischen und amerikanischen Sicherheitsinteressen.²⁷

Blairs Unterstützung für die vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush initiierte militärische Intervention im Irak 2003 machte es allerdings für seine Regierung fortan unmöglich, diese Ambition in die Realität umzusetzen. Der Premier hatte durch seine uneingeschränkte Unterstützung der amerikanischen Intervention im Irak maßgeblich zur Spaltung der EU beigetragen: Während Italien, Spanien und die osteuropäischen Staaten Blairs Kurs unterstützten, stellten sich Frankreich und Deutschland fundamental gegen die Intervention, die sie als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg brandmarkten. Durch die außenpolitische Spaltung der EU verlor Blair substantiell an Einfluss. In der Folge schwand sein europapolitisches Engagement und Großbritanniens Rolle in der EU wurde wieder zunehmend passiv. Dies änderte sich auch nicht, als Blair 2007 vom Amt des Premierministers zurücktrat und von seinem innerparteilichen Rivalen Gordon Brown beerbt wurde. Brown hatte sich ohnehin als Labour-Schatzkanzler den Ruf erworben, eher europaskeptische Positionen zu vertreten. Brown verhinderte den Eintritt Großbritanniens in die Eurozone und war generell mehr an globaler politischer Kooperation als an der Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit interessiert. Mit Ausnahme seines Engagements für eine gemeinsame europäische Initiative zur Stabilisierung und besseren Koordinierung der europäischen Finanzindustrie blieb Browns kurze Amtszeit ohne nennenswerte europapolitische Initiativen. Bis zu seiner Niederlage gegen David Cameron bei der Unterhauswahl im Mai 2010 beschränkte sich Brown auf die Erhaltung des europapolitischen Status Quo. Dies wurde vor allem durch seine Forderung deutlich, nach dem Scheitern der Ratifizierung der Europäischen Konstitution durch Irland im Jahre 2008 keine weiteren Vertragsänderungen durchzuführen.²⁸ Brown beteiligte sich nur sehr widerwillig an der Verhandlung des Lissabon-Vertrages und blieb symbolisch sogar der Ratifizierung fern.

25 Gerhard Schröder und Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, 08.06.1999, <http://www.albanknecht.de/materialien/Schroeder-Blair-Paper.pdf> [Stand: 12.06.2016].

26 Christian Schweiger: Towards convergence? New Labour's Third Way and the SPD's Agenda 2010 in comparative perspective', in: Sozialer Fortschritt 59 (2010), H. 9, S. 244–253.

27 Tony Blair: Rede beim Parteitag der Labour Party, 28.09.1999.

28 Clara Marina O'Donnell und Richard G. Whitman: European policy under Gordon Brown: Perspectives on a future prime minister, in: International Affairs 83 (2007), H. 2, S. 253–272, hier S. 262.

Der Weg zum zweiten Referendum: Die Regierung Cameron im Spannungsfeld zwischen wachsender Europaskepsis und EU-Krisensymptomen

Die Veränderungen in der internen politischen Dynamik der EU unter den Bedingungen der globalen Finanzkrise und der nachfolgenden Krise in der Eurozone trug maßgeblich dazu bei, dass Großbritannien unter der Regierung Cameron zunehmend in den Sog wachsender Europaskepsis geriet. David Cameron selbst und die Mitglieder seiner Regierung verfielen in ihrer Europapolitik wieder in den traditionellen Reflex der Forderung nach Abgrenzung gegenüber der sich unter Führung Deutschlands vertiefenden politischen Koordination in der Eurozone. Cameron nahm im Wahlkampf 2010 eine deutliche europaskeptische Haltung ein. Das Wahlprogramm der Konservativen kritisierte die Regierung Brown dafür, dass sie den Vertrag von Lissabon ratifiziert habe, ohne zuvor die britische Öffentlichkeit in einem Referendum zu konsultieren. Auf der Basis des Wahlprogramms führte die Regierung Cameron folglich ein sogenanntes „Referendum Lock“ ein. Hierbei wurde das Gesetz zum *European Communities Act* aus dem Jahre 1972 so geändert, dass es alle zukünftigen Regierungen dazu verpflichtet, bei grundlegenden EU-Vertragsänderungen ein Referendum abzuhalten.²⁹ Cameron kam nach der Regierungsübernahme in der Koalition mit den Liberaldemokraten zunehmend unter Druck aus seiner eigenen Partei und den Medien, ein öffentliches Referendum zur EU-Mitgliedschaft abzuhalten. Offiziell wurden die Forderungen mit der Vertiefung der politischen Zusammenarbeit im Rahmen neuer Koordinationsmechanismen in der Eurozone und in der Steuerung des EU-Binnenmarktes begründet. Nachdem Cameron 2011 durch sein Veto verhindert hatte, dass der europäische Fiskalpakt, der die Einführung einer Schuldenbremse und die verstärkte Kontrolle nationaler Budgets durch die Europäische Kommission beinhaltet, bindend in die Vertragsstruktur der EU integriert werden konnte, forderten konservative Europaskeptiker und vor allem die UKIP die Neuverhandlung der Bedingungen für die britische EU-Mitgliedschaft. Cameron reagierte auf die innerparteiliche und öffentliche Kritik, wie auch die wachsende Zustimmung für UKIP in den Wahlumfragen, mit der Ankündigung der Neuverhandlung der britischen Mitgliedschaft und der Abhaltung eines Referendums nach der Unterhauswahl 2015. In seiner mit Spannung



We want our country back!–Großkampagne der UKIP gegen den Verbleib Großbritanniens in der EU

Foto: ullstein bild – Reuters/NEIL HALL

erwarteten *Bloomberg*-Rede am 23. Januar 2013 wurde Cameron wenig konkret bezüglich der Forderungen nach der Neuverhandlung der britischen Mitgliedschaft. Der Hauptgrund, sich auf die Durchführung des Referendums nach der Unterhauswahl 2015 festzulegen, lag im zunehmenden innenpolitischen Druck, vor allem der wachsenden Zustimmung für die politischen Positionen von UKIP. Die von Nigel Farage geführte Partei hat sich seit der globalen Finanzkrise vom politischen Außenseiter zu einer zentralen politischen Kraft entwickelt, die die öffentliche Debatte über die Europäische Union in Großbritannien medienwirksam negativ beeinflusst.

Der Parteivorsitzende Farage, der kurz nach der Brexit-Entscheidung den Vorsitz der UKIP-Partei niederlegte, favorisierte den kompromisslosen Austritt Großbritanniens aus der EU. Er betonte dabei den Verlust der britischen Souveränität in der EU, vor allem im Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die es seiner Ansicht nach dem Land auch außerhalb des Schengen-Raums unmöglich macht, Zuwanderung effektiv zu begrenzen. Farage thematisierte seit der Ankündigung des Referendums vor allem die Auswirkungen der Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die er vornehmlich als „Sozialstaatstourismus“ klassifizierte. Cameron griff dieses Schlüsselthema ebenfalls offensiv auf, um UKIP den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er machte die Begrenzung der Möglichkeit für Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten deshalb auch zu einer der zentralen Forderungen seiner Neuverhandlung der Mitgliedschaft. Insgesamt hatte der Premier die Festlegung konkreter Forderungen

²⁹ Conservative Party: Invitation to join the government of Britain. The Conservative Manifesto 2010, S. 113, <https://www.conservatives.com/~media/Files/Manifesto2010> [Stand: 13.06.2016].



Der Londoner Bürgermeister Boris Johnson bei einer *Vote-Leave*-Kampagne in Selby. Johnson trat wie Farage kurz nach der Brexit-Entscheidung zurück.
Foto: ullstein bild – Reuters/ED SYKES

bezüglich der Neuverhandlung der Mitgliedschaftskriterien allerdings ziemlich lange hinausgezögert. Im November 2015 äußerte er in einer Rede am Royal Institute of International Affairs in London erste konkrete Forderungen. Diese umfassten die Nichtdiskriminierung der EU-Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone, eine schnelle Deregulierung des Binnenmarktes, mehr demokratische Mitbestimmung in der EU, Maßnahmen zur Eindämmung des Missbrauchs der Arbeitnehmerfreizügigkeit und ein dauerhaftes britisches *opt out* vom Prinzip der „ständig enger zusammenwachsenden Union“. ³⁰ Am selben Tag übermittelte Cameron diese Forderungen offiziell in einem Brief an den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. ³¹

Premier Cameron gelang es dabei immerhin, seine generellen Forderungen in den Neuverhandlungen der britischen Mitgliedschaft weitgehend durchzusetzen. Entscheidend war für ihn, dass es im Falle des Verbleibs Großbritanniens ermöglicht werden würde die sozialstaatlichen Leistungen für Arbeitnehmer aus anderen EU-Mitgliedstaaten in Großbritannien auf bis zu sieben Jahre zu begrenzen. Zudem hätte die britische Regierung in Zukunft die Höhe des Kindergeldes für EU-Migranten auf das Lebensstandardniveau des jeweiligen Herkunftslandes absenken können.

30 David Cameron: Prime Minister's speech on Europe at Chatham House, 10.11.2015, <https://www.gov.uk/government/speeches/prime-ministers-speech-on-europe> [Stand: 14.06.2016].

31 David Cameron: A New Settlement for the United Kingdom in a Reformed European Union. Letter to EU Council President Donald Tusk, 10.11.2015, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/475679/Donald_Tusk_letter.pdf [Stand: 14.06.2016].

Im Februar 2016 kündigte die Regierung Cameron schließlich den Termin des Referendums an: den 23. Juni 2016. Im offiziellen Bericht zu den Verhandlungsergebnissen an das britische Parlament betonte der Premier, dass die Verhandlungen Großbritannien einen neuen und sehr vorteilhaften Mitgliedsstatus in der EU ermöglichen würden, bei dem das Land nicht an der politischen Vertiefung in Bereichen teilnehmen werde, die nicht im britischen Interesse seien. Cameron unterstrich zugleich, dass die EU in Zukunft noch grundlegender reformiert werden müsse. ³²

Die schwierige Referendumskampagne: Großbritannien als „Schlafwandler“ ³³ in Richtung Brexit

Obwohl es durch die relativ späte Ankündigung konkreter Forderungen versäumt worden war, unter den EU-Mitgliedstaaten Partner für ein weitreichenderes Programm für die Reform der EU zu gewinnen, kam es Cameron wohl vor allem darauf an, eine langwierige innenpolitische Auseinandersetzung zu vermeiden. Seine Strategie zielte darauf ab, durch eine kurze und effektive Referendumskampagne die britische Öffentlichkeit vom Verbleib in der EU zu überzeugen und stabil weiterregieren zu können. Die Referendumskampagne gestaltete sich jedoch schwieriger als erwartet. Innenpolitisch war der Premierminister durch die Spaltung seines Kabinetts geschwächt. Er machte den entscheidenden strategischen Fehler, in der Referendumsfrage nicht auf Kabinettsdisziplin zu bestehen.

Führende Kabinettsmitglieder wie Michael Gove, Ian Duncan Smith und vor allem Camerons innerparteilicher Rivale Boris Johnson versagten dem Premier daraufhin die Gefolgschaft und entschieden sich dafür, die pro-Brexit *Vote-Leave*-Kampagne anzuführen. Johnson wurde zunächst als wahrscheinlichster Nachfolger Camerons im Amt des Premierministers angesehen, falls die Mehrheit der Briten für den Austritt stimmen würden. Die Referendumskampagne wurde deshalb von dem innerparteilichen Machtkampf zwischen den Anhängern Johnsons und den Vertrauten Camerons, wie zum Beispiel Schatzkanzler George Osborne, überschattet. Europapolitische Fachthemen rückten in den Hintergrund; stattdessen gelang es den Brexit-Anhängern, die Bedrohung der nationalen Souveränität Großbritanniens in den Vordergrund zu rücken. In diesem Zusammen-

32 HM Government: Best of both worlds. The United Kingdom's special status in a reformed European Union, London 2016, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/502291/54284_EU_Series_No1_Web_Accessible.pdf [Stand: 14.06.2016].

33 Vgl. den gleichnamigen Titel von Christopher Clark zu den politischen Entscheidungsträgern, die Europa gleichsam „schlafwandlerisch“ in den Ersten Weltkrieg geführt hätten.

hang zog die *Vote-Leave*-Kampagne das bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Boris Johnson und Nigel Farage warnten die britische Öffentlichkeit, der Verbleib in der EU würde die effektive Kontrolle der britischen Grenzen unmöglich machen. Zudem betonten Johnson, Farage und weitere führende Vertreter von *Vote Leave*, dass Großbritannien letztendlich den Beitritt der Türkei zur EU nicht verhindern könne, obwohl dieser natürlich nur durch einen einstimmigen Beschluss aller 28 Mitgliedsstaaten im Rat möglich würde. Die europaskeptischen Medien nutzten dieses Thema im Rahmen ihrer Brexit-Kampagne gegen die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ein Paradebeispiel war das europaskeptische Massenblatt *Express*, das am 24. Mai mit der Ankündigung aufmachte, dass beim Verbleib in der EU zwölf Millionen Türken nach Großbritannien einwandern würden.³⁴ Die von Cameron angeführte Pro-EU-Kampagne *Stronger In* beschränkte sich bis zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich darauf, vor den negativen Folgen des Brexit für die britische Wirtschaft und die Lebenshaltungskosten zu warnen. *Stronger In* wurden von den Medien deshalb hauptsächlich als Angstkampagne gebrandmarkt. Camerons Warnung vor dem „Schritt ins Ungewisse“ fand bei den Wählern dagegen nur in begrenztem Maß Zuspruch. Die von Teilen der Medien und der *Vote Leave* Kampagne geförderte Konzentration auf das Thema Zuwanderung führte letztendlich dazu, dass die öffentliche Debatte sich deutlich polarisierte.

Bis zu der tragischen Ermordung der Labour-Abgeordneten Jo Cox nur eine Woche vor der Abstimmung am 16. Juni durch einen rechtsradikalen Aktivisten zeigte sich in den Umfragen ein deutlich wachsender Zuspruch für die Argumente von *Vote Leave*. Der Einfluss von *Stronger In* wurde darüber hinaus dadurch geschwächt, dass weder die Labour-Partei noch die Liberaldemokraten über führende charismatische Persönlichkeiten verfügten.

Die Umfragen zum Referendum deuteten schon im Vorfeld auf ein Kopf-an-Kopf Rennen zwischen Gegnern und Befürwortern des Brexit hin, beim dem das Zünglein an der Waage letztendlich die Wahlbeteiligung jüngerer Wähler sein würde.

Die knappe Entscheidung für den Brexit mit 51,9 Prozent der Stimmen der teilnehmenden Wahlberechtigten gegenüber 48,1 Prozent, die für den Verbleib in der EU stimmten, kam letztendlich durch die geringe Wahlbeteiligung bei jüngeren Wählern und die überraschend starke

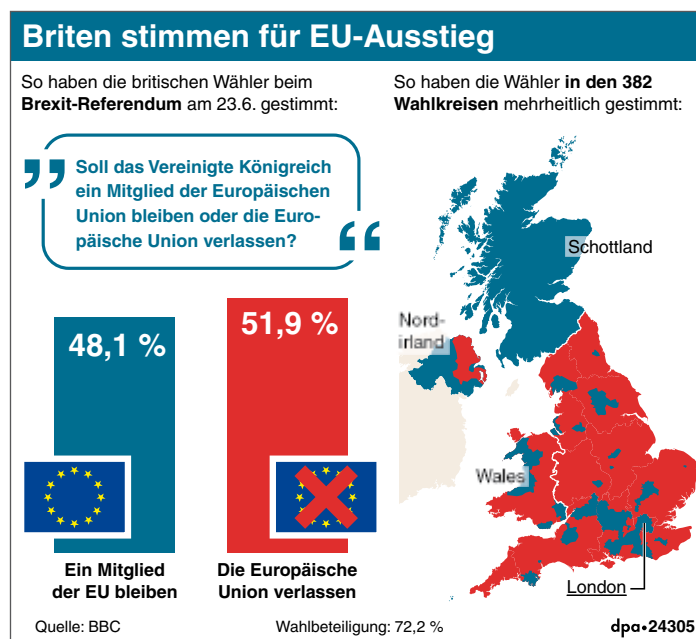
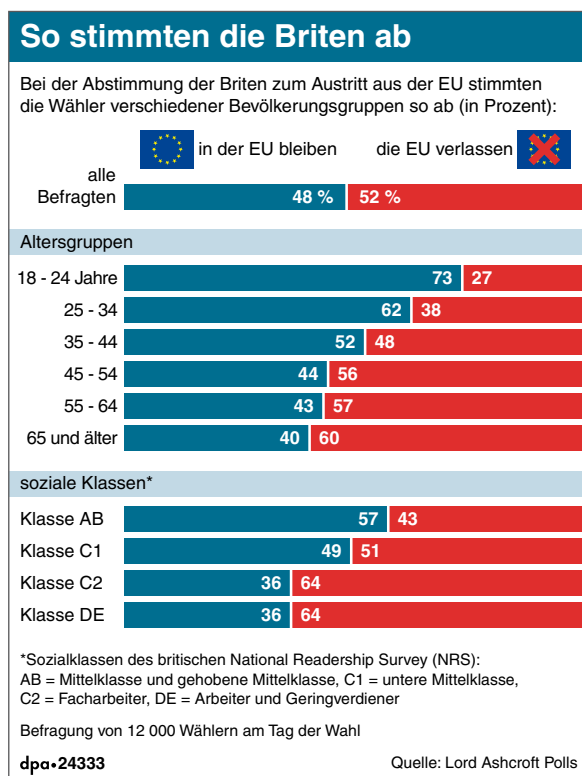
Unterstützung für den Brexit in Nordengland und Wales zustande. Offizielle Wahlanalysen des Referendums zeigen, dass jüngere Wähler unter 45 Jahren mehrheitlich für den Verbleib in der EU votierten. Die Zustimmung zur EU war besonders stark bei den 18- bis 24-Jährigen, die mit 73 Prozent für den Verbleib in der EU waren. Im Gegensatz dazu stimmten 60 Prozent der über 65-Jährigen für den Brexit. Die Wahlbeteiligung in Wahlbezirken mit mehrheitlich jüngeren Einwohnern war jedoch deutlich geringer als in denen mit einer älteren Bevölkerung. Zudem stimmten nur London (59,9 Prozent), Schottland (62 Prozent) und Nordirland (55,8 Prozent) mehrheitlich für den Verbleib in der EU. Alle anderen Regionen Großbritanniens votierten für den Brexit, besonders deutlich in den englischen Regionen West Midlands (59,3 Prozent), Yorkshire (57,7 Prozent), East Midlands (58,8 Prozent) und im Nordosten Englands (58 Prozent). Wales stimmte mit 52,5 Prozent für den Brexit.³⁵ Die Werte in den englischen Regionen erklären sich damit, dass vor allem die wirtschaftlich ärmeren Regionen den Argumenten von *Vote Leave* gefolgt sind, die im Falle des Brexit den deutlichen Rückgang von Zuwanderung aus der EU und dadurch bedingt bessere Arbeitsmarktbedingungen für gering qualifizierte englische Arbeitnehmer versprochen hatten.

Welche Folgen die Entscheidung für den Brexit auf lange Sicht für die Zukunft Großbritanniens und der EU insgesamt haben wird, ist heute noch kaum absehbar. Mit Sicherheit werden die Austrittsverhandlungen schwierig und potentiell auch langwierig, vor allem falls die britische Regierung beabsichtigt, auch nach dem Austritt den Zugang zum EU-Binnenmarkt sicherzustellen. Nach Artikel 50 des Vertrages von Lissabon muss Großbritannien nach dem Referendum offiziell den Antrag auf den Austritt aus der EU stellen. Die Bedingungen für den Austritt werden dann innerhalb von zwei Jahren von den 27 verbleibenden Mitgliedstaaten in Kooperation mit dem Europäischen Parlament mit qualifizierter Mehrheit entschieden.³⁶ Die britische Regierung kann dabei versuchen, in bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission einen Sonderstatus außerhalb der EU zu erhalten. Die Entscheidung liegt letztendlich bei den verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten. Der von der *Vote-Leave*-Kampagne auch nach dem Austritt in Aussicht gestellte fortbestehende

34 Caroline Wheeler und Nick Gutteridge: Exclusive Poll. 12 million Turks say they'll come to the UK once EU deal is signed, Daily Express v. 24.05.2016, <http://www.express.co.uk/news/uk/672563/Turkey-EU-Britain-exclusive-poll-crime-figures-Turks> [Stand: 14.06.2016].

35 BBC News: EU referendum: The results in maps and charts, 24.06.2016, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-36616028> [Stand: 07.07.2016].

36 Europäische Union: Vertrag von Lissabon unterzeichnet am 13.12.2007, Artikel 50, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2007:306:FULL&from=DE> [Stand: 14.06.2016].



Verteilung britischer Wähler für und gegen den EU-Austritt nach Altersgruppen;
 Ergebnis des Brexit-Referendums
 Grafiken: picture-alliance/dpa-infografik

unbegrenzter Zugang zum EU-Binnenmarkt ist nur dann realistisch, falls die britische Regierung sich dazu bereit erklärt, weiterhin die rechtlichen Rahmenbedingungen des Binnenmarktes zu akzeptieren.³⁷ Die völlige politische Autonomie Großbritanniens, die die *Vote-Leave*-Kampagne nach dem Brexit anscheinend anstreben wollte, gibt es weder für die Nicht-EU-Mitglieder im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) Norwegen, Island und Lichtenstein, noch für die Schweiz, die nur bilateral mit der EU assoziiert ist. Die EWR-Staaten haben sich im Gegenzug zur vollen Teilnahme am EU-Binnenmarkt dazu verpflichtet, die geltenden Verordnungen vollständig zu beachten. Dazu gehört auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Selbst die Schweiz, die nicht im EWR ist, musste in mühsamen bilateralen Verhandlungen mit der EU viele der Verordnungen des Binnenmarktes implementieren. Dazu gehört auch die Personenfreizügigkeit mit der EU und das Schengen-Abkommen.³⁸

Auch innenpolitisch stellt der Austritt aus der EU die britische Regierung vor zahlreiche Herausforderungen.

37 Jean-Claude Piris: If the UK votes to leave: The seven alternatives to EU membership, London 12.01.2016, <https://www.cer.org.uk/publications/archive/policy-brief/2016/if-uk-votes-leave-seven-alternatives-eu-membership> [Stand: 14.06.2016].

38 Europäische Union: Die Schweiz und die EU. Eine enge Partnerschaft, http://eeas.europa.eu/delegations/switzerland/eu_switzerland/political_relations/index_de.htm [Stand: 14.06.2016].

Camerons Nachfolgerin, Theresa May, wird nicht nur über den Austritt ihres Landes aus der EU verhandeln müssen, sondern sich sehr wahrscheinlich früher oder später mit einem zweiten schottischen Unabhängigkeitsreferendum konfrontiert sehen. Dies ist äußerst wahrscheinlich, da der Brexit gegen die deutliche Mehrheit der schottischen Wähler entschieden wurde. Nicola Sturgeon, die Parteivorsitzende und erste Ministerin Schottlands, hatte unmittelbar nach Verkündung der Brexit-Entscheidung ein erneutes schottisches Unabhängigkeitsreferendum in Aussicht gestellt. Sturgeon betonte dabei, dass die Brexit-Entscheidung nicht von den schottischen Wählern getragen werde, die die Zukunft ihrer Region weiterhin in der EU sehen.³⁹ Die Schotten sind traditionell weitgehend pro-europäisch eingestellt, da das Land von der EU substantielle finanzielle Unterstützung für seine Infrastruktur erhält und zudem befürchtet, außerhalb der EU zu stark von dem Rivalen England abhängig zu sein. Großbritanniens Austritt aus der EU könnte folglich mit einiger Wahrscheinlichkeit zur schottischen Unabhängigkeit und damit zum beginnenden Zerfall des Vereinten Königreiches führen.

39 The Guardian: Nicola Sturgeon: second Scottish referendum poll highly likely, 24.06.2016, <http://www.theguardian.com/politics/2016/jun/24/alex-salmond-second-scottish-independence-referendum-is-certain> [Stand: 07.07.2016].

Sowohl für Großbritannien als auch für die EU stand beim britischen Referendum viel auf dem Spiel. Die EU wird es in ihrem andauernden kritischen Zustand nur schwer verkraften können, den drittgrößten Mitgliedstaat und einen substantiellen Beitragszahler zum EU-Haushalt zu verlieren. Zwar könnte man argumentieren, dass ohne den oftmals schwierigen britischen Partner die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit zwischen den verbleibenden Mitgliedstaaten eventuell erleichtert werden könnte. Diese Sicht verkennt jedoch die zentrale Rolle Großbritanniens für die außen- und sicherheitspolitischen Stellung der EU und als Verfechter der Dezentralisierung und der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU. Vor allem die Mitgliedstaaten in Osteuropa, denen diese Politikbereiche sehr am Herzen liegen, appellieren deshalb an die britische Öffentlichkeit, sich weiterhin in der EU zu engagieren. Die Staaten in der Visegrád-Gruppe (Polen, Ungarn, die Tschechien und die Slowakei) sehen die fortdauernde britische Mitgliedschaft als essentiell für die Bewältigung der vielen schwierigen Herausforderungen, vor denen die EU steht, an.⁴⁰ Auch Deutschland hat ein grundlegendes Interesse am Verbleib Großbritanniens in der EU, da es dringend starke Partner braucht, um die internen und externen Herausforderungen der EU zu bewältigen. Weder Polen, Italien Spanien sind derzeit aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in der Lage, einen substantiellen Beitrag zur Führung der EU zu leisten. Dies trifft in gewissem Maße auch auf das deutlich wirtschaftlich geschwächte Frankreich zu.

Trotz dieser Umstände wird Großbritannien bei den Verhandlungen über den Austritt auf wenig Konzessionsbereitschaft stoßen, vor allem falls die Forderungen der Brexit-Befürworter in vollem Maße umgesetzt werden sollen. Führende *Vote-Leave*-Vertreter haben angekündigt, dass sie im Zuge der Neuverhandlungen die Personenfreizügigkeit zwischen Großbritannien und der EU zur Disposition stellen zu wollen. In diesem Fall kann die britische Regierung keinerlei Entgegenkommen bezüglich des freien Handels mit dem EU-Binnenmarkt erwarten. Vor allem die osteuropäischen Mitgliedstaaten, deren in Großbritannien lebenden Bürger von der Einschränkungen der Personenfreizügigkeit in großer Zahl betroffen wären, werden sich in diesem Fall gegen jegliche Konzessionen für Großbritanniens Status gegenüber der EU nach dem Austritt stellen.

Der 23. Juni 2016 war eine historische Zäsur, bei der die britischen Wähler nicht nur über die Rolle Großbritanni-



Der Britische Premierminister David Cameron kündigt am Tag nach dem Referendum vor Number 10 Downing Street in London seinen Rücktritt an.

Foto: ullstein bild – Reuters/STEFAN WERMUTH

ens in Europa, sondern auch über die zukünftige Verfassung der EU insgesamt abstimmt haben. Die britischen Wähler haben sich mit knapper Mehrheit dafür entschieden den europapolitischen Status Quo hinter sich zu lassen und, um mit David Camerons Worten zu sprechen, den „Schritt ins Ungewisse“ zu wagen. Diese Entscheidung hat bereits wenige Tage danach zu einem bisher nicht dagewesenen innenpolitischen Chaos im Land geführt, bei dem sowohl die regierende Konservative Partei als auch die oppositionelle Labour Partei in tiefe innerparteiliche Führungskämpfe gestürzt wurden. Nach der Wahl des neuen Parteivorsitzenden der Konservativen im Oktober wird es zudem höchstwahrscheinlich Neuwahlen geben. Großbritannien wird folglich noch viele Monate brauchen, um sich innenpolitisch zu konsolidieren und eine tragfähigen Verhandlungsposition für den Austritt aus der EU zu finden. Aufgrund der knappen Entscheidung für den Brexit und der bereits nach wenigen Tagen gravierenden wirtschaftlichen Folgen mit starkem Kursverlust des britischen *Pound Sterling* gegenüber dem Dollar und Euro sowie der Wahrscheinlichkeit einer baldigen wirtschaftlichen Rezession im Land kann es auch nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die neue Regierung sich unter wachsendem öffentlichen Druck dazu entscheidet, ein neuerliches Referendum über die offizielle Verhandlungsposition oder letztendlich über die Verhandlungsergebnisse mit der EU abzuhalten. Ob der Brexit letztendlich kommt und welche langfristigen Folgen er haben wird, kann zum heutigen Zeitpunkt niemand sagen. Mit Gewissheit hat die Entscheidung der Briten jedoch das Vereinigte Königreich und die EU grundlegend und dauerhaft verändert.

40 Visegrád Group: Joint Declaration of the Visegrád Group Prime Ministers, Prag 08.06.2016, <http://www.visegradgroup.eu/documents/official-statements/joint-declaration-of-the-160609> [Stand: 14.06.2016].

Brexit-Online oder die trügerische Hoffnung der Jugend

Ein Projekt bayerischer und britischer Schüler

von Philipp Rabl



Henry VIII School Coventry/Das Theresien-Gymnasium in München

Im Vorfeld des Referendums über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU beschlossen zwei europäische Schulen, eine in Coventry, eine in München, die geographische Distanz medial zu überwinden und sich online über das Thema auseinanderzusetzen. Nachdem nun das Ergebnis bekannt ist, ist es interessant zu sehen, welche Hoffnungen, Ängste und Anliegen die Jugendlichen vor dem 23. Juni 2016 hatten – und welche danach.

Das Projekt:	Eine Online-Diskussion am 21.03.2016 zwischen einer Public School in Coventry und dem Münchner Theresien-Gymnasium
Die Teilnehmer:	20 britische Schüler des Wirtschaftskurses der Oberstufe der Henry VIII School in Coventry und 20 Schüler der Q11 des Münchner Theresien-Gymnasiums. Nick Meynell und Sabine Schmidt-Freisberg als Diskussionsleiter.
Die Schulen:	Henry VIII School Coventry, vor beinahe 500 Jahren von Heinrich VIII. gegründet, heute eine Privatschule mit über 500 Schülern. Theresien-Gymnasium München: durch den Prinzregenten Luitpold im Jahr 1895 als fünftes Münchener Gymnasium auf humanistischer Grundlage gegründet, heute mit über 600 Schülern.

**Interview mit dem Leiter der Fachschaft Wirtschaft
(Business Studies and Economics) der Henry VIII
School, Nick Meynell am 20. Juni 2016**

Landeszentrale: Has the discussion about Britain leaving the EU changed the country?

Nick Meynell: Opinions are quite strong, and from a personal perspective I find it difficult to find much common ground with people who support 'Leave'. There are many Facebook posts that I find very annoying. I hope we can all get on after the referendum, whatever the result! The Jo Cox murder has perhaps brought some solidarity and togetherness in the last couple of days.

Please describe the general atmosphere at your school a few days before the referendum.

Quite normal really. There is a fair bit of interest in the referendum. Students are generally positive towards the EU, so I imagine the 'mock' referendum result¹ will be to remain. Some students perhaps fear that supporting 'leave' might label them a 'racist' or 'xenophobe', which is of course unfair. Perhaps it is a reflection of the diversity and inclusiveness within the school.

What significance does the term "Europe" have for your students in a geographical and a political sense?

Probably mainly geographical, and increasingly political amongst the older students who understand more. There is some misunderstanding between Europe, EU and Eurozone ... and Schengen would confuse many still further. That is perhaps a reflection of being on the periphery of Europe.

.....
¹ Die Henry VIII School führte ein eigenes „Referendum“ bei allen Schülern und Lehrern durch, das Ergebnis ist im Hauptartikel nachzulesen.

Which are the most important arguments for or against leaving the EU mentioned by your students?

Probably the economy, although there are some concerns (perhaps fueled by parents/tabloid newspapers) on immigration.

What are the key factors for your students when it comes to forming an opinion on the issue of a Brexit?

Probably the above two factors. Few perhaps appreciate the important historical benefits of the EU (peace, democratization of Spain, Portugal, Eastern Europe etc.!) Perhaps they are just too young, and my own teenage years were dominated by the threat of the Cold War! I think parental views are a very important influence amongst our younger students. My Year 12/13 students tend to form their own views.

Does a potential breakup of Great Britain after a Brexit affect your students?

Yes, from the economic perspective. Possibly in terms of student exchange programmes at university, and the value of the pound! I suppose it all depends on the deal that is eventually secured ... if the worst happens! [Zu diesem Zeitpunkt war der Ausgang des Referendums noch völlig offen, Anm. d. Red.]

Can you detect a new nationalism or isolationism amongst your students?

Nationalism only as far as Euro 2016, and even then I have had a student in my class supporting Italy (due to his parents), and therefore supporting Wales vs England! In many respects I think that our students think in a less nationalist (and isolationist) manner than most people in the UK. Many of our British Asian students will support MUFC, Chelsea, Liverpool and England at football – but are equally devoted to India/Pakistan when it comes to cricket!

Interview mit StDin Sabine Schmidt-Freisberg, Seminarlehrerin für das Fach Englisch und Kursleiterin des 1e2 Kurses am Theresien-Gymnasium am 22.03.2016

Landeszentrale: In welchem Rahmen wurden Ihre Schüler an das Thema Brexit herangeführt?

Sabine Schmidt-Freisberg: Im Rahmen des Englischunterrichts der Q11 am Gymnasium im Fach Englisch, in der auch das britische Regierung- und Wahlsystem behandelt werden sowie Besonderheiten in der britischen Gesellschaft und die grundsätzliche Haltung zu Europa. (All diese Inhalte werden vom Lehrplan gefordert und lassen sich direkt mit dem Brexit in Verbindung bringen.)



Der Englischkurs von Sabine Schmidt-Freisberg (im Bild unten rechts) während der Diskussion
Foto: Philipp Rabl

Wie bewerten die Schüler die Diskussion um einen Ausstieg aus der Europäischen Union?

Zunächst zurückhaltend, zumal sie sich nicht als direkt Betroffene sehen. Erst durch die Beschäftigung mit dem Brexit im Englischunterricht und durch den unmittelbaren Kontakt mit der englischen Schule in der Videokonferenz entwickelten sie deutlich mehr Interesse und sind sich nun auch der möglichen Folgen für ihr eigenes Leben, für Deutschland und die gesamte EU bewusst. Grundsätzlich stehen die Schüler Großbritannien als europäischem Land sehr positiv gegenüber und fänden einen Austritt unpassend bzw. bedauernswert.

Haben Ihre Schüler Verständnis für die Argumente der Brexit-Befürworter?

Zum Teil, aber sie sind davon überzeugt, dass die negativen wirtschaftlichen Folgen eines Brexit weit schwerer wiegen als die Argumente der LEAVE-Campaign.

Wodurch werden Ihre Schüler am meisten in ihrer Meinungsbildung beeinflusst?

Vor allem durch die im Unterricht behandelten Inhalte (Zeitungsartikel, Ausschnitte aus Nachrichtensendungen) sowie durch Nachrichtensendungen im deutschen Radio und Fernsehen und in der Zeitung. Auch die Meinung der eigenen Eltern spielt hier eine Rolle.

Welchen Stellenwert hat ein Austritt Großbritanniens aus der EU für Ihre Schüler?

Da sie sich eher als Zuschauer denn als Betroffene sehen, haben sie zwar durchaus ein Interesse am Brexit und dessen Folgen, aber eben aus sicherer Entfernung. Sie sind sich jedoch im Klaren darüber, dass es sich beim Brexit um ein historisches Ereignis von potentiell enormer Tragweite handelt, dessen Folgen noch viele Jahre zu spüren sein werden. Schüler mit persönlichen/familiären Kontakten nach Großbritannien sind deutlich besorgter und fürchten eine Beeinträchtigung ihrer Möglichkeiten in Großbritannien zu studieren, zu arbeiten oder Freunde/Familie zu besuchen.

Was waren für Ihre Schüler die wichtigsten Argumente für und gegen ein Verbleiben in der EU?

Die negativen wirtschaftlichen Folgen für Großbritannien und die EU sowie ein möglicher Zusammenbruch der EU selbst sind die wichtigsten Argumente für einen Verbleib in der EU. Die Idee, selbstbestimmt zu regieren und sich von EU-Bestimmungen frei machen zu können sowie die Möglichkeit, die Einwanderung besser zu kontrollieren/beschränken zu können, sind die Hauptargumente für einen Austritt aus der EU.

Die Online-Diskussion um den Brexit²

„We would be really sorry if you left the EU as the consequences for both parties would be disastrous. Both of us benefit from this partnership, so why put it at risk?“

Dieser emotionale Appell, vorgetragen von einer 17-jährigen Münchner Gymnasiastin im Rahmen einer Diskussion zum Brexit klingt gar nicht nach der häufig beschworenen Generation Z, der Altersgruppe angeblich politisch-desinteressierter Jugendlicher, die als sogenannte *Digital Natives* der zweiten Generation nur nach Aufmerksamkeit in den sozialen Medien giert. Und auf die Frage, ob man nicht in Sorge darüber sei, dass die zahlreichen Migranten zu einem starken Rechtsruck in der deutschen Bevölkerung führen könnten, antwortet ihr Nachbar: „We Germans had some very bad experiences with an extreme right government some years ago, I don't think we will want to repeat that mistake again.“ Hier sprechen junge Menschen, die die Vergangenheit des eigenen Landes reflektieren, dabei aber nicht schuldgebeugt sind.

Es handelt sich dabei um einen ganz normalen Oberstufen-Englischkurs des Theresien-Gymnasiums München. Allerdings ist der Rahmen, in dem diese Diskussion stattfindet, nicht ganz alltäglich. Vielleicht noch nicht. Denn die Diskussion findet online mit einem Wirtschaftskurs der Henry VIII School in Coventry statt. Die Münchner Schüler sitzen im Konferenzsaal des Telekom Innovation Centers im Münchner Norden und blicken gebannt auf ein großes Tablet, das auf einem leicht schwankendem Segway montiert ist. Dieses zweirädrige Gefährt lässt sich nach Belieben in Richtung einzelner Diskussionsteilnehmer steuern. Die Briten sitzen dagegen in einem Klassenzimmer und verfügen ebenfalls über eine steuerbare Webcam. Moderne Kommunikationstechnik im Dienste der Völkerverständigung.

Entgegen aller Erwartungen liegt man in der Sache aber scheinbar absolut nicht so weit auseinander, wie es die Berichterstattung über die *Leave-* und *Remain-*Kampagnen vermuten lassen würde. Von den versammelten etwa zwanzig britischen Schülern bekennt sich nur einer offen zu dem Wunsch die EU so schnell wie möglich verlassen zu wollen. Alle anderen Schüler sind für einen Verbleib in der EU. Trotzdem gibt es beim genaueren Hinhören doch unverkennbar Unterschiede zwischen deutscher und britischer Seite, vor allem wenn es um die Motive für einen Verbleib geht. Die deutschen Schüler



Ein Schüler des THG begrüßt den Kurs aus Coventry via Kommunikationscomputer.

Foto: Philipp Rabl

thematisieren natürlich die möglichen wirtschaftlichen Folgen, betonen aber immer wieder die Wichtigkeit der Einheit und Solidarität der europäischen Staaten und argumentieren, dass Probleme wie Migrationsströme und Terrorismus gemeinsam besser lösen zu sind. Auch die Möglichkeit, ohne große bürokratische Barrieren in anderen europäischen Staaten studieren und arbeiten zu können wird immer wieder hervorgehoben. Die Münchner Schüler empfinden das Wegbrechen Großbritanniens aus dem europäischen Verbund auch als herben kulturellen Verlust. Diese Bedenken werden sehr aufrichtig und zum Teil leidenschaftlich vorgetragen. Dagegen gibt sich die britische Seite in dieser Hinsicht reservierter, man fürchtet vor allem die möglichen negativen Konsequenzen für die britische Wirtschaft. Dies ist vielleicht der Tatsache geschuldet, dass es sich bei den Diskutanten auf der anderen Seite des Kanals um Teilnehmer eines Wirtschaftskurses handelt. Trotzdem ist die Haltung doch insofern bezeichnend, als einige der britischen Schüler, die für ein Verbleiben in der EU stimmen, das

² Danksagung: Vielen Dank an Markus Killer und Patrick Köhler vom Innovation-Center München ohne die die Online-Diskussion wohl an technischen Problemen gescheitert wäre!

Bestreben nach einer politischen Union unumwunden kritisieren. So scheinen sich traditionell britische Ängste vor einer übermächtigen EU auch in der jüngeren Generation erhalten zu haben und weiter zu wirken. Es wird aber ebenfalls deutlich, dass die Spaltung, die vor allem durch England und Wales durch die Gesellschaft in der Frage des Brexits geht, einerseits eine geographische, aber vor allem auch eine demographische Verwerfungslinie darstellt. Auch Bildung spielt eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten. Eine Studie von *YouGov* hat im Vorfeld ergeben, dass junge Briten zwischen 18 und 29 mit überwältigender Mehrheit (73 %) proeuropäisch eingestellt sind.³ Sieben von zehn Universitätsabsolventen wollen gemäß der Studie den Verbleib Großbritanniens in der EU. Eine von der Henry VIII School durchgeführte Befragung (siehe Interview mit Mr Meynell) von über 535 Schülern und Lehrern bildet diese Tendenz fast spiegelbildlich ab: 75 Prozent sehen Großbritannien in der EU besser aufgehoben als außerhalb.

Die Diskussion geht weiter, die Schüler tauschen sich über die unterschiedlichen Aspekte des Referendums und möglicher Szenarien nach einem Austritt aus. Nach etwa einer Stunde der von Mr Meynell geleiteten Diskussion müssen die englischen Schüler zurück in den regulären Unterricht. Briten und Deutsche applaudieren und in einem Schlusswort verleihen beide Seiten ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es nicht zu einem Austritt Großbritanniens kommen wird. Eine Hoffnung, die sich drei Tage später als trügerisch erweisen wird.

Die Auswirkungen der Entscheidung vom 23. Juni 2016 sind noch längst nicht abzusehen, aber eine inzwischen vielzitierte Ironie der Politik wird bereits offenkundig: Die Generation, die am längsten mit den Folgen des Brexit leben muss, hat ihn mit großer Mehrheit abgelehnt. Darunter sind auch die meisten Schüler der Henry VIII School in Coventry. In einem Interview vom 6. Juli 2016 schildert Nick Meynell die Reaktionen auf die Brexit-Entscheidung bei seinen Schülern und Kollegen:

Interview mit dem Leiter der Fachschaft Wirtschaft der Henry VIII School, Nick Meynell am 06.07.2016:

What were the immediate reactions of your students and the staff the morning after the referendum?

Our staff room resembled a funeral service! Typically teachers tend to have centre left leanings, and the last two election results (Conservative coalition and Conservative majority government) have not been popular. The 2015 result was a bit of a surprise, as polls were predicting a dead heat, and a coalition government. I suppose staff can accept five years of a government that they did not vote for, but Brexit seems a much longer term and final than that. Some media commentators have suggested that the '48 %' are in a 'sense of denial' similar to when Princess Diana died in 1997!

How do your students feel about the resignation of the two figureheads of the Brexit-Campaign Boris Johnson and Nigel Farage?

Most students would regard Farage as a closet racist, which is perhaps a little harsh – so little sympathy. Boris is more popular. Some might feel that he has been 'stabbed in the back'. Others (like me) feel that he did not expect to 'win'

and has no strategy for Brexit. Some feel that he has created the problem, and then run away!

What are their expectations about Britain's short-, mid-, and long-term future?

This very much depends on your view and the way you voted. Short term does not look good for the pound, or the stock market. Some are worried about the value of houses (we are obsessed with property prices in the UK!) I am worried about how much my two week holiday in France, Germany and Denmark (starting 14 July) will cost. We might even come back a little earlier if things are too expensive.

Long term – who knows. I still think that the EU will play 'hard ball' and give the UK little leeway. The Brexit Deal might be a 'Norway plus' one (single market – vital for our financial services, all rules and regulations, payment to the EU and free movement), but without Schengen. The 'deal' will be like the status quo – but with no influence, power, veto or money back! Assuming Theresa May becomes PM (and she is pragmatic not unlike Merkel) she might offer a new referendum. Stay in the EU or leave and accept a poor Brexit deal. I imagine a vote in that case will go for Remain.

³ http://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/640yx5m0rx/On_the_Day_FINAL_poll_forwebsite.pdf [Stand: 12.07.2016].

How do the staff and your students feel about the reactions from continental Europe?

I imagine my views are fairly typical amongst staff, although I am perhaps more interested than most. Students are clearly 75 % in favour of the EU, with the older students being more in favour. Interestingly some of my British Asian students have spoken about their parents voting 'leave'! Despite being immigrants or children of immigrants, they might perceive that there is threat from more recent immigrants (Romanian and Bulgarian). They might also feel that UK immigration policy should favour commonwealth citizens over EU ones. The former Empire is clearly a more significant factor in the UK than in Germany.

Will the British withdrawal from Europe have any effect on Henry VIII School as such?

Difficult to say! The Canada tour that left today, will have less spending money due to the pound/dollar exchange rate. Future school trips could be affected too. We do get some students coming to us from EU countries and even China/South Korea. The school becomes better value with a weaker pound. Despite these negatives and the UK seeking more distance with the EU, I strongly believe that the school will continue to develop its links with the European and wider global community. We are an inclusive and cosmopolitan body, and nothing will change that!



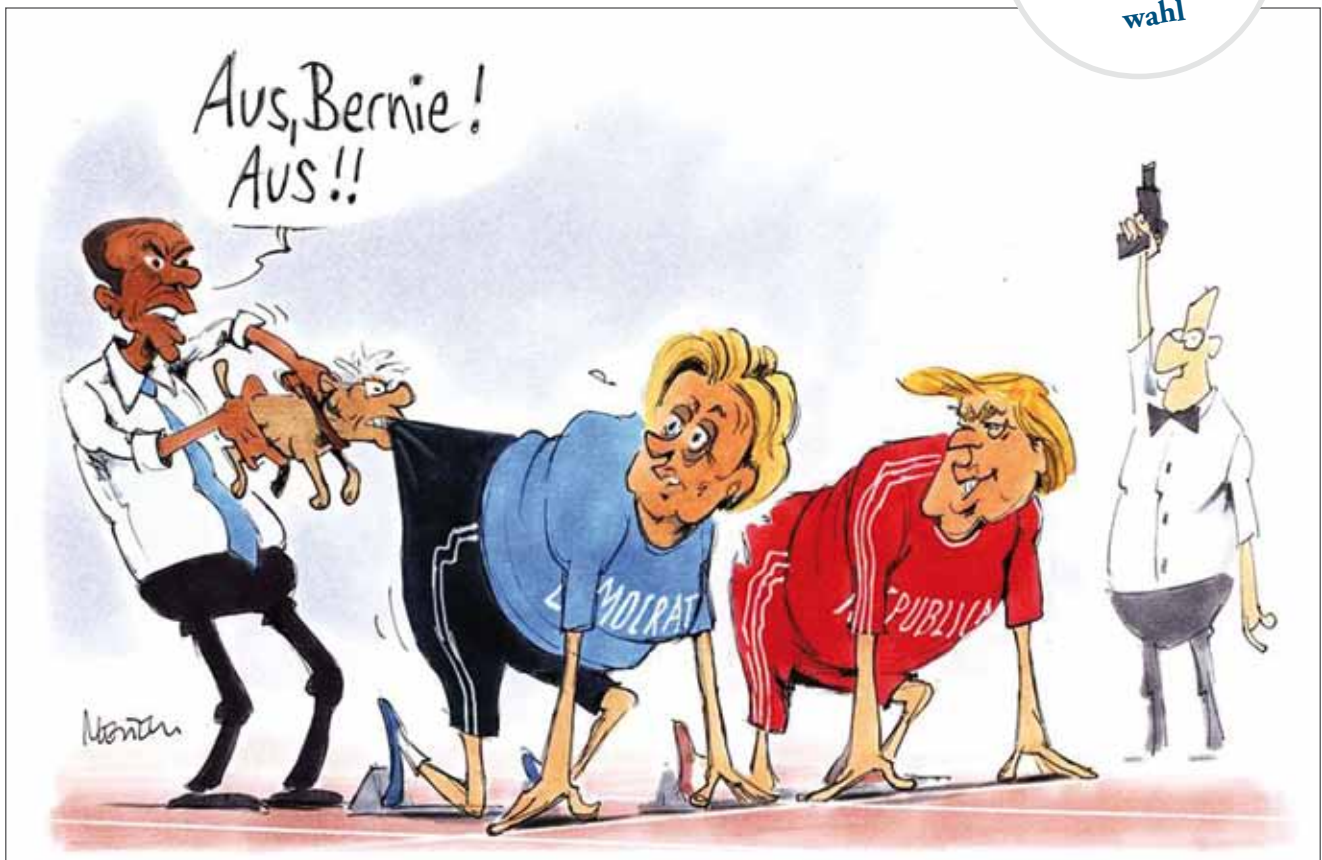
Nick Meynell, Head of Business Studies and Economics, Henry VIII School Coventry

Der Kampf ums Weiße Haus 2016

Folge 1: Wahlsystem, Parteien und Hintergründe

von Markus Hünemörder

Neue Serie:
Die amerikanische
Präsidenschafts-
wahl



Karikatur: Gerhard Mester

Am 8. November 2016 wählen die US-Amerikaner einen neuen Präsidenten oder eine neue Präsidentin. Der Wahlkampf für dieses auch für die internationale Politik bedeutsame Ereignis läuft aufgrund des komplexen innerparteilichen Systems der Kandidatenkür über Vorwahlen bereits seit April 2015. Als erster Beitrag in einer Serie über die amerikanische Präsidentschaftswahl 2016 erläutert dieser Artikel die Parteienlandschaft der USA, das System der Vorwahlen und der eigentlichen Präsidentschaftswahl sowie Hintergründe der Wahlkampfgestaltung.¹

Vom Pragmatismus zur Polarisierung: Die Parteienlandschaft der USA

Hintergründe des Zweiparteiensystems

Die politische Landschaft der USA ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts von zwei großen Parteien, den Demokraten und den Republikanern, geprägt.² Zwar existieren zahlreiche kleine Drittparteien, wie z.B. die *Libertarian Party* oder die *Green Party*, diese besitzen jedoch nur geringe politische Bedeutung. Dies liegt vor allem an dem bei den meisten Wahlen herrschenden relativen Mehrheitswahlrecht. Bei einer Wahl für das Repräsentantenhaus z.B. gewinnt derjenige Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen hat, alle anderen Kandidaten gehen leer aus („*the-winner-takes-it-all-Prinzip*“). In einer solchen Situation verzerren Drittparteien das Ergebnis in der Regel nur, denn meist ziehen sie mehr Stimmen von derjenigen großen Partei weg, der sie eigentlich näherstehen.³

Das Zweiparteiensystem ist allerdings intern stark ausdifferenziert. Die Demokraten und Republikaner sind echte Volksparteien. Sie bestehen aus vielen verschiedenen Flügeln und Wählergruppen, deren Positionen und

Interessen auch parteiintern oft weit auseinanderliegen. Für eine neue politische Bewegung ist es strategisch meist zielführender, Einfluss innerhalb der großen Parteien zu suchen, als eine Drittpartei zu gründen. Die informellen und basisdemokratischen Strukturen der Parteien begünstigen diese Durchlässigkeit für neue Strömungen. Besonders gut sichtbar war dies in den letzten Jahren bei der ultrakonservativen *Tea-Party*-Bewegung, die großen Einfluss bei den Republikanern gewinnen konnte.

Conservatives gegen Liberals: Ideologische Grundfragen

So vielschichtig die beiden großen Parteien auch sind, gibt es doch jeweils einen ideologischen Markenkern, der in letzter Zeit auch immer stärker sichtbar wurde. Die große Streitfrage der amerikanischen Politik ist seit jeher, über wieviel Macht und Geld die zentrale Bundesregierung in Washington, D.C. verfügen soll – im Kontrast zu den Einzelstaaten, den Kommunen und den individuellen Bürgern und Unternehmen.

In diesem Zusammenhang sehen sich die Republikaner als die Partei des *limited government*, die für niedrigere Steuern und Staatsausgaben sowie Deregulierung der Wirtschaft steht. Diese Grundhaltung nennt man in den USA *conservative*. Lediglich im Bereich der nationalen Sicherheit wollen die Republikaner den starken Staat in Form eines hohen Verteidigungshaushalts. Seit den 1970er Jahren wurden die Republikaner auch zur Partei der religiös-konservativen Werte und sind mehrheitlich gegen Abtreibung, gleichgeschlechtliche Eheschließung und striktere Waffengesetze. In der Einwanderungsfrage ist die Partei gespalten, es hat sich jedoch eine Mehrheit für einen strikten Umgang mit den illegalen Immigranten aus Mexiko und Zentralamerika herausgebildet.

Die Demokraten hingegen befürworten einen umfassenderen Sozialstaat, aktiven Schutz der Bürger-, Frauen-

1 Zum Zeitpunkt der Artikelerstellung stand der Sieg von Donald Trump und Hillary Clinton bei den Vorwahlen fest, sie waren allerdings noch nicht offiziell die Präsidentschaftskandidaten ihrer Parteien [Stand: 15.07.2016].

2 Zur Geschichte der amerikanischen Parteien s. L. Sandy Maisel: *American Political Parties and Elections. A Very Short Introduction*, New York 2016, S. 28–55.

3 Mit teils dramatischen Folgen: Der Umwelt- und Verbraucherschutzaktivist Ralph Nader holte als Kandidat der *Green Party* bei der Präsidentschaftswahl 2000 in Florida ca. 1,6 Prozent der Stimmen. Wäre Nader nicht angetreten, hätte mutmaßlich zumindest ein Teil dieser Wähler für den ebenfalls als Umweltpolitiker renommierten Demokraten Al Gore gestimmt und das extrem knappe Wahlergebnis in Florida wäre zugunsten von Gore gekippt. Damit hätte Gore, anstatt des Republikaners George W. Bush, die insgesamt sehr knappe Präsidentschaftswahl gewonnen.

und Minderheitenrechte durch die Bundesregierung sowie eine stärkere Regulierung der Wirtschaft. In den USA wird diese politische Haltung als *liberal* oder *progressive* bezeichnet. In gesellschaftspolitischen Fragen stehen die Demokraten für das Recht auf Abtreibung, das Recht auf gleichgeschlechtliche Eheschließung und mehrheitlich für strengere Waffengesetze.



US-Präsident Barack Obama und Vizepräsident Joe Biden am Ort des Massakers in einem Nachtclub der LGBT-Community in Orlando, Florida
Foto: ullstein bild – Reuters/CARLOS BARRIA

Seit jeher sind die Demokraten die Partei der Einwanderung; heute setzen sie sich für die Legalisierung der meisten illegalen Einwanderer ein, was ihnen die wachsende Unterstützung der wichtigen Wählergruppe der *Hispanics* eingebracht hat. Gespalten sind die Demokraten vor allen in Fragen der Außenpolitik, der wirtschaftlichen Umverteilung und der Besteuerung und Regulierung von Banken und Unternehmen.

Wachsende Polarisierung

Diese politischen bzw. ideologischen Gegensätze haben sich in den letzten Jahrzehnten stärker herauskristallisiert, denn die politische Landschaft ist von zunehmender Polarisierung gekennzeichnet. Das war nicht immer so. Bis in die 1980er und sogar 1990er Jahre gab es einen starken moderaten Flügel bei den Republikanern und einen starken konservativen Flügel bei den Demokraten.⁴ Überhaupt war die Parteidisziplin vergleichsweise gering und zumindest in einigen Sachfragen gab es pragmatische

⁴ Diese Flügel gibt es zwar immer noch, aber ihr Einfluss ist drastisch gesunken.

Zusammenarbeit unter Politikern beider Parteien im Kongress und teils auch zwischen einer Kongressmehrheit der einen und einem Präsidenten der anderen Partei.⁵

Seit der Präsidentschaft von George W. Bush hingegen ist die Polarisierung zwischen den Parteien gewachsen. Die unmittelbare Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 basierte noch auf einem überparteilichen Konsens, doch der Irakkrieg von 2003 und die Steuersenkungen der Regierung Bush vertieften die parteipolitischen Konflikte. Unter Barack Obama, der eigentlich angetreten war die politischen und gesellschaftlichen Gräben zuzuschütten, beschleunigte sich die Polarisierung weiter. Der Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, erklärte es 2010 zum wichtigsten Ziel seiner Partei, Obama eine zweite Amtszeit zu verwehren.⁶ Die Wiederwahl gewann Obama zwar 2012, doch dank einer Mehrheit im Repräsentantenhaus seit 2011 und im Senat seit 2015 blockierten die Republikaner Obamas legislative Agenda nahezu vollständig.

Heutzutage steht der konservativste Demokrat immer noch deutlich „links“ des moderatesten Republikaners. Dies ist der Abschluss einer langfristigen Entwicklung: Ursprünglich waren die Demokraten noch die konservative, die Republikaner die progressive Partei; dies wandelte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts. Außerdem ist diese Entwicklung einem deutlichen Rechtsruck der Republikaner geschuldet. Seit den 1960er Jahren mehrt sich bei den Republikanern der Einfluss der radikal Konservativen, die der Bundesregierung als Reforminstanz stark feindlich eingestellt sind und politische Kompromisse als Ausverkauf von Prinzipien verstehen. Der Erfolg des *Tea-Party-movement* seit 2009 ist der Höhepunkt dieser Tendenz und hat auch vormals moderatere Republikaner weiter nach rechts getrieben.⁷

Wählergruppen

Die beiden Parteien unterscheiden sich auch stark bezüglich der Bevölkerungsgruppen, bei denen sie Unterstützung finden. Die Republikaner sind vor allem bei wei-

⁵ Als Beispiele können hier die Reform der Sozialhilfe unter Bill Clinton bei einer Kongressmehrheit der Republikaner gelten oder auch die Reform der Wahlkampffinanzierung durch die Initiative des Republikaners John McCain und des Demokraten Russ Feingold.

⁶ Vgl. https://www.washingtonpost.com/blogs/fact-checker/post/when-did-mcconnell-say-he-wanted-to-make-obama-a-one-term-president/2012/09/24/79fd5cd8-0696-11e2-afff-d6c7f20a83bf_blog.html [Stand: 20.06.2016].

⁷ Auch bei den Demokraten lässt sich ein Linksruck feststellen, wenngleich nicht so ausgeprägt wie der Rechtsruck bei den Republikanern.

ßen, nicht eingewanderten Wählern populär, insbesondere bei Männern und älteren Wählern. Religiös konservative Amerikaner (also konservative Evangelikale, konservative Katholiken und Mormonen) haben ihre politische Heimat ebenfalls in der republikanischen Partei. Auch die regionalen Unterschiede sind erheblich: Wähler in ländlichen und suburbanen Gebieten tendieren zu den Republikanern, die ihre Hochburgen im Süden sowie im Westen (außer der Westküste) der USA haben.

Die Demokraten hingegen erhalten viel Unterstützung von ethnischen Minderheiten, vor allem den Afro-Amerikanern und zunehmend den *Hispanics*, aber auch den *Asian Americans* und Einwanderern insgesamt. Sie haben einen merklichen Vorsprung bei Frauen, jüngeren sowie sehr hoch gebildeten Wählern und solchen ohne explizite Religionszugehörigkeit. Auch LGBT⁸-Amerikaner unterstützen die Partei mehrheitlich. Die Hochburgen der Demokraten liegen in den Großstädten und den Staaten des Nordostens, der Westküste und Teilen des mittleren Westens.

Angesichts der demographischen Entwicklung der USA haben die Demokraten somit einen mittel- bis langfristigen Vorteil, denn die Gesellschaft wird ethnisch und gesellschaftlich immer vielfältiger. Der Tag, an dem die weißen, nicht eingewanderten Amerikaner nicht mehr die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellen, ist nicht mehr fern. Bislang konnten die Republikaner diese Entwicklung jedoch ausgleichen, indem sie ihren Anteil an genau dieser Wählergruppe immer weiter ausbauten.

Basisdemokratie trifft auf Parteipolitik: Der Vorwahlkampf

Informelle Parteimitgliedschaft, schwache Parteiführung

Die US-amerikanischen Parteien funktionieren gänzlich anders als die Parteien Europas, sie gleichen mehr politischen Massenbewegungen als durchorganisierten Kaderparteien.⁹ Politische Parteien in der US-Verfassung (anders als in Deutschland) nicht verankert; die stark föderale Natur der USA wiederum führt zu mehr als 50 verschiedenen Wahl- und Parteiengesetzen.¹⁰

Die großen Parteien haben Gremien auf nationaler, einzelstaatlicher und lokaler Ebene, die auch von Vorsitzenden geführt werden. Diese Amtsträger sind jedoch

keinesfalls mit den Vorsitzenden und Vorständen deutscher Parteien vergleichbar. Eine starke, einflussreiche Parteiführung im deutschen Sinne, welche die Personal- und Sachpolitik der Partei entscheidend prägt, gibt es in den USA nicht. Die Vorsitzenden des *Republican National Committee* (derzeit Reince Priebus) und des *Democratic National Committee* (Debbie Wasserman-Schultz) sind keinesfalls die Spitzenpolitiker ihrer Parteien. Ihre Rolle ist vor allem organisatorischer Natur.

Eine formale Parteimitgliedschaft im deutschen Sinne mit Parteibüchern eine Mitgliedsbeiträgen gibt es nicht – Zugehörigkeit zu einer Partei ist weitgehend eine Frage der politischen Selbstidentifikation. In vielen Bundesstaaten können sich Bürger, die sich ins Wahlregister eintragen,¹¹ gleichzeitig als Demokraten oder Republikaner registrieren, andere Staaten sehen diese Möglichkeit gar nicht erst vor und es bleibt den Bürgern völlig freigestellt, bei welcher Partei sie sich an der politischen Willensbildung beteiligen wollen.

Primaries, Caucuses, Parteitage

Diese politische Willensbildung erfolgt vor allem über *primary elections*, also Vorwahlen. Die Kandidaten für nahezu alle politischen Ämter werden nicht über parteiinterne Prozesse, sondern basisdemokratisch über Abstimmungen der parteiorientierten Wähler bestimmt. Am meisten Aufsehen erregt dieser Prozess in Europa bei der Kandidatenkür für die Präsidentschaftswahl, aber ähnliche Prozesse gibt es für nahezu alle anderen politischen Ämter. Der genaue Prozess unterscheidet sich dabei je nach Bundesstaat, politischem Amt und Partei. Im Folgenden geht es um die Nominierung von Präsidentschaftskandidaten.¹²

Die Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur der großen Parteien finden in der Regel zwischen Februar und Juni des Wahljahres statt, wobei traditionell Iowa und New Hampshire den Anfang machen. Auch wenn die Vorwahlen in jedem Staat und Territorium anders funktionieren, kann man grob zwischen vier Arten unterscheiden:

- *open primary*: Es können alle registrierten Wähler frei entscheiden, ob sie bei der Vorwahl der Demokraten oder der Republikaner teilnehmen wollen (aber nicht an beiden).
- *closed primary*: Nur diejenigen Wähler können an den Vorwahlen teilnehmen, die bereits seit einer bestimm-

8 LGBT: *lesbian, gay, bisexual, transgender*.

9 Zu Parteimitgliedschaft und -organisation s. Maisel (wie Anm. 2), S. 77–90.

10 Mehr als 50 deshalb, weil auch der Bundesdistrikt Washington D.C. sowie Überseeterritorien wie Puerto Rico, Guam, Samoa u.a. bei manchen Vorwahlen und Wahlen eine Rolle spielen.

11 US-Amerikaner müssen sich eigeninitiativ als Wähler registrieren lassen, denn es gibt kein Einwohnermeldewesen.

12 Zum Prozess der Vorwahlen s. Maisel (wie Anm. 2), S. 91–104.



Die Präsidentschaftsbewerber der Republikaner im Vorfeld der Fox Business network Republican Debate, North Charleston, 14. Januar 2016 (v.l.: Gouverneur John Kasich, Gouverneur Christ Christie, Senator Marco Rubio, Donald Trump, Senator Ted Cruz, Dr. Ben Carson und der ehemalige Gouverneur Jeb Bush)
Foto: ullstein bild – Reuters/CHRIS KEANE

ten Zeit als Demokraten oder Republikaner registriert sind – dies kommt einer formalen Parteimitgliedschaft am nächsten.

- *mixed primary*: verschiedene Mischformen. Meist können z.B. registrierte Demokraten und Unabhängige an der Demokratischen Vorwahl teilnehmen, nicht aber registrierte Republikaner.
- *caucus*: Dies sind Treffen von parteiorientierten Wählern auf lokaler Ebene, oft in Schulen oder Bibliotheken, bei denen diskutiert und dann abgestimmt wird – teils mit Wahlzettel, teils mit Handzeichen oder durch Verteilung der Wähler im Abstimmungsraum.¹³

Bei den Vorwahlen geben die Wähler zwar ihre Stimme für einen der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur ab, tatsächlich wählen sie allerdings Delegierte für die nationalen Parteitage, die meist im Juli oder August stattfinden. Da die allermeisten Delegierten an das Ergebnis der Vorwahlen gebunden sind, steht der Präsidentschaftskandidat jedoch in aller Regel schon vor dem Parteitag fest – dies war seit der Etablierung des aktuellen Systems in den

1970er Jahren stets der Fall.¹⁴ So konnte Donald Trump sich bereits im Mai die Nominierung der Republikaner effektiv sichern, weil alle Konkurrenten aufgegeben hatten. Bei den Demokraten zeigte Hillary Clintons Widersacher Bernie Sanders zwar mehr Durchhaltevermögen, aber Anfang Juni hatte Clinton die notwendige Mehrheit der Delegierten um sich geschart und kann damit als die effektive Kandidatin ihrer Partei gelten.

Wahlbeteiligung und Polarisierung

Die Wahlbeteiligung bei Vorwahlen ist erheblich niedriger als bei den tatsächlichen Präsidentschaftswahlen im November – dies gilt noch stärker für die *caucuses*, wo es konzeptbedingt keine Briefwahl o.ä. gibt.¹⁵ Es sind vor allem die engagiertesten Wähler, die sich an den Vorwahlen beteiligen. Das hat Auswirkungen auf die ameri-

13 *Primary elections* werden durch Parteien- und Wahlgesetze der Einzelstaaten geregelt, *caucuses* durch die Statuten der jeweiligen Partei im Einzelstaat.

14 Zur Reform des Nominierungsprozesses s. Marty Cohen, et. al.: *The Party Decides. Presidential Nominations Before and After Reform*, Chicago/London 2008, S. 157–170.

15 Das gilt selbst bei dem vielbeachteten ersten *caucus* in Iowa (2016: ca. 16%) und der ersten *primary* in New Hampshire (2016: ca. 52%) – in beiden Staaten lag die Wahlbeteiligung bei der eigentlichen Präsidentschaftswahl von 2012 bei soliden 70%. Die ganze Frage der Wahlbeteiligung in den USA ist kompliziert, weil es zur Anzahl der Wahlberechtigten systembedingt nur Schätzwerte geben kann. Eine gute Übersicht bietet das *United States Election Project*, <http://www.electproject.org/> [Stand 20.06.2016].

kanische Politik, denn damit sind überproportional jene beteiligt, die besonders starke und damit meist ideologischere politische Ansichten haben. Die Wählerschaft bei den Vorwahlen ist bei den Demokraten deutlich linker als der Durchschnitt – was auch den beachtlichen Erfolg des demokratischen Sozialisten Bernie Sanders erklärt. Bei den Republikanern sind streng konservative und rechtspopulistische Wähler bei den Vorwahlen stärker als in der Gesamtpartei; dies erklärt die Erfolge des erzkonservativen *Tea Party movement* und auch den von Donald Trump. Der basisdemokratische Charakter der amerikanischen Parteien trägt somit entscheidend zur politischen Polarisierung bei.



Donald Trump bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur für den US-Präsidentenwahlkampf im Trump Tower, New York City, 16. Juni 2015
Foto: ullstein bild – snapshot-photography/Future Image/Van Tine

Die Präsidentschaftskandidaten stellt das vor ein schwieriges Dilemma: Um nominiert zu werden, müssen sie die radikaleren Ansprüche der Parteibasis bei den Vorwahlen bedienen, aber die eigentliche Präsidentschaftswahl wird meist in der politischen Mitte gewonnen. So mancher Kandidat scheitert letztlich an dieser Verrenkung: 2012 rückte der eigentlich moderate Republikaner Mitt Romney bei den Vorwahlen so weit nach rechts, dass er keinen glaubwürdigen Weg zurück in die politische Mitte fand und letztlich unterlag.

Running Mate: Die Auswahl von Vizepräsidentschaftskandidaten

Eine der wichtigsten Aufgaben der Präsidentschaftskandidaten ist die Auswahl eines *running mate*, eines Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Offiziell liegt die Entscheidung beim Parteitag, de facto suchen die voraussichtlichen

Präsidentschaftskandidaten sich einen Partner aus. Der *running mate* muss den Präsidentschaftskandidaten politisch abrunden, also Eigenschaften haben, die der Kandidat selbst nicht hat. Hier spielen Zugehörigkeit zu einem anderen Parteiflügel, regionale Herkunft, Geschlecht und Ethnizität eine Rolle, aber auch persönliche Sympathie. So wählte Obama als *running mate* Joe Biden, einen älteren, politisch moderaten und außenpolitisch erfahrenen weißen Mann von der Ostküste aus, der sein enger Verbündeter und politisch schlagkräftiger Vertreter wurde.

Wichtig ist bei der Auswahl auch das *vetting*, also die genaue Überprüfung von Vergangenheit und Charakter der potentiellen *running mates*, denn kein Präsidentschaftskandidat möchte böse Überraschungen erleben. Das funktioniert manchmal besser, manchmal schlechter. 2008 war Sarah Palin eigentlich eine gute Ergänzung für den Republikaner John McCain: weiblich, konservativ, populistisch, religiös. Doch Palins loses Mundwerk und mangelnde Sachkenntnis stellten sich eher als Nachteil für McCain heraus. In der jüngeren Vergangenheit war der *running mate* auch nie der schärfste Mitbewerber um die Nominierung – zu groß ist die Gefahr, dass der Vizepräsident sich dann als den eigentlichen Wahlsieger präsentiert. Obama machte Hillary Clinton zu seiner Außenministerin, nicht zu seiner Vizepräsidentin. Ebenso wird Clinton wohl kaum Bernie Sanders zum *running mate* küren.

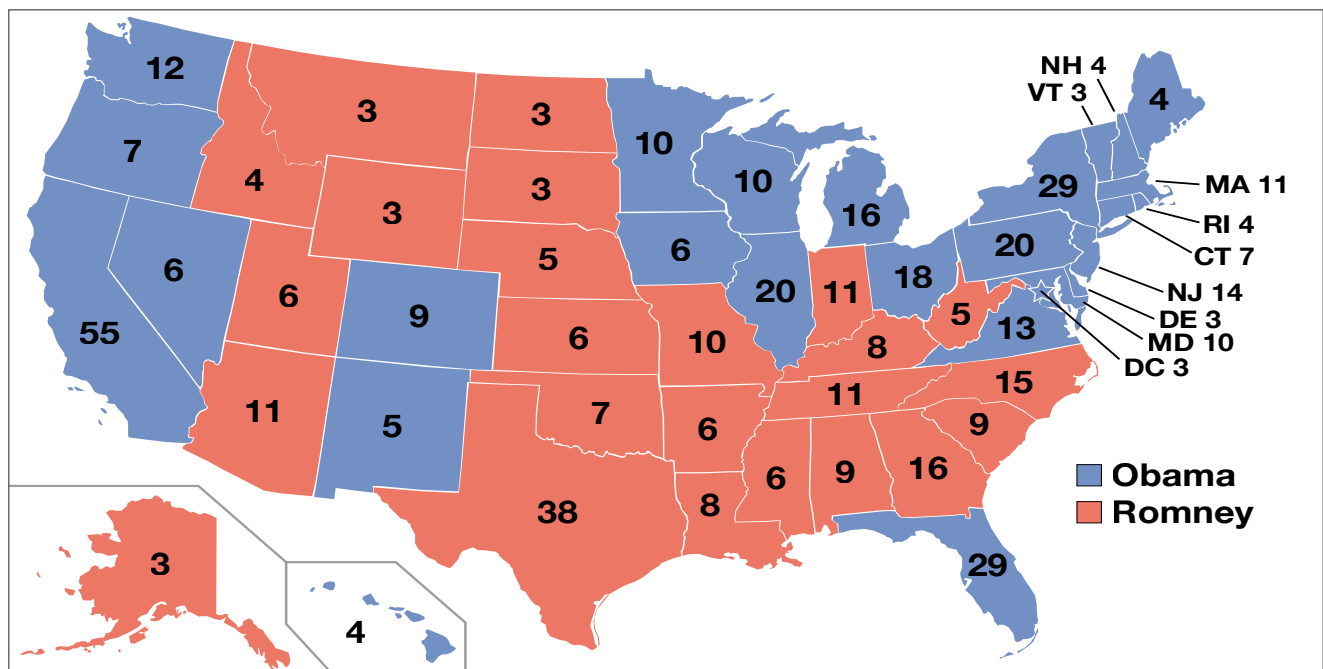
51 Wahlen: Das System der Präsidentschaftswahl in den USA

Das Vorwahlsystem ist der wohl komplizierteste Aspekt der Präsidentschaftswahlen in den USA. Aber auch die *general election*, also die eigentliche Präsidentschaftswahl, hat einige ungewohnte Aspekte.

Das Electoral College

Der amerikanische Präsident wird vom Volk gewählt, jedoch nicht direkt, sondern über den Umweg eines „Wahlmännerkollegiums“, des *electoral college*.¹⁶ Der Grund dafür ist der zutiefst föderale Charakter der Vereinigten Staaten. Effektiv gibt es nicht eine gesamtstaatliche Präsidentschaftswahl, sondern 51 einzelne Präsidentschaftswahlen: jeweils eine in den 50 Bundesstaaten und eine in der Bundeshauptstadt Washington, D.C. Der Wahltag ist allerdings zentral in der Verfassung geregelt und fällt 2016 auf den 8. November.

.....
¹⁶ Zum electoral college mit seinen Funktionen und Eigenheiten s. Maisel (wie Anm. 2), S. 10–16.



Die Präsidentschaftswahl 2012 mit Anzahl der *electoral votes* der Bundesstaaten und Gewinner: Insgesamt gewann Barack Obama mit 332 Stimmen, der Gegenkandidat Mitt Romney erreichte 206 Stimmen.

Quelle: <https://en.wikipedia.org/wiki/File:ElectoralCollege2012.svg> [Stand: 08.07.2016]

Im *electoral college* erhält jeder Bundesstaat eine Anzahl von Stimmen, die grob proportional zur Bevölkerungszahl ist. Der bevölkerungsreichste Bundesstaat Kalifornien hat 55 *electoral votes*, gefolgt von Texas mit 38 und New York und Florida mit jeweils 29. Das Minimum liegt bei drei, wie z.B. im Falle von Alaska, Wyoming, Vermont und Washington D.C. Die bevölkerungsschwächsten Staaten sind damit leicht überrepräsentiert; ginge es streng nach Bevölkerungszahl, hätten einige von ihnen nur zwei oder eine Stimme im *electoral college*. Die Verteilung des Stimmengewichtes wird alle zehn Jahre nach der Volkszählung angepasst.

Auf den Wahlzetteln stehen die Namen der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten mit Parteizugehörigkeit. Dahinter verbergen sich von den Parteien und Präsidentschaftskandidaten festgelegte Listen von Wahlmännern (und -frauen); die Wähler selbst müssen also keinen Überblick darüber behalten, welcher *elector* hinter welchem Präsidentschaftskandidaten steht.

Insgesamt gibt es 538 Stimmen im *electoral college*. Um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen benötigt ein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit, also 270 Stimmen oder mehr.¹⁷ Das *electoral college* tritt allerdings

nie zusammen – anders als die Bundesversammlung bei der Wahl zum deutschen Bundespräsidenten. Vielmehr treffen sich die *electors* im Dezember in den jeweiligen Staatshauptstädten und geben dort ihre Stimme für den Präsidenten und Vizepräsidenten ab. Dann werden die Ergebnisse nach Washington D.C. übermittelt, zusammengezählt und der Gewinner offiziell verkündet, auch wenn sie oder er schon seit der Wahl im November längst feststeht.

Die Wahlmänner sind an das Ergebnis der Präsidentschaftswahl faktisch gebunden. Gelegentlich gibt es einzelne *faithless electors*, die fehlerhafte Stimmen abgeben oder tatsächlich für einen anderen Kandidaten stimmen, als sie sollen, doch diese Fälle sind selten und haben noch nie einen Wahlausgang geändert. Welche Konsequenzen solchen Abweichlern drohen unterscheidet sich wie in den USA üblich von Bundesstaat zu Bundesstaat.

The Winner takes it all

Bei der Verteilung der *electoral votes* folgen fast alle Staaten dem einfachen Mehrheitswahlrecht. Das heißt der Kandidat mit den meisten Stimmen bei der Präsidentschaftswahl (den sog. *popular votes*) in diesem Staat erhält alle *electoral votes* dieses Staates: *the winner takes it all*. Es findet keine prozentuale Verteilung statt. Aus diesem Grund sind die Mehrheiten im *electoral college* meist viel deutlicher als bei den *popular votes*. Ausnahmen sind nur die Bundes-

¹⁷ Wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, gibt es einen alternativen Modus der Präsidentschaftswahl durch das Repräsentantenhaus geordnet nach Einzelstaaten. Dieser Modus kam allerdings seit 1825 nicht mehr zum Tragen.

staaten Maine und Nebraska, doch deren vier bzw. fünf *electoral votes* fallen kaum ins Gewicht.¹⁸

Die Kombination aus leichter Überrepräsentierung der bevölkerungsarmen Staaten und *winner-takes-it-all*-Prinzip kann in seltenen Fällen zu einer Verzerrung des Wahlergebnisses führen. Manchmal gewinnt ein Kandidat viele bevölkerungsarme Staaten und das Ergebnis ist insgesamt sehr knapp. Dann kann es geschehen, dass ein Kandidat das *electoral college* gewinnt, obwohl er in den gesamten USA zusammengerechnet weniger *popular votes* hatte. So geschehen im Jahre 2000: George W. Bush hatte nur 47,9 Prozent der *popular votes*, jedoch 271 *electoral votes*; Al Gore gewann 48,4 % der *popular votes*, jedoch nur 266 *electoral votes*.

Das erscheint nun ungerecht und ist es vielleicht auch, es gilt jedoch zu bedenken, dass solche Ergebnisse selten sind (nur 1876, 1888 und 2000) und vor allem, dass die Gesamtzahl der *popular votes* im US-Wahlrecht nun mal keine Rolle spielt. Es gibt keine Gesamtwahl, sondern wie oben beschrieben 51 Präsidentschaftswahlen, die alle separat ausgezählt werden.

Swing States

Das *winner-takes-it-all*-Prinzip führt zu einem weiteren seltsam anmutenden Phänomen. Man sollte meinen, dass die Staaten mit den meisten *electoral votes* im Zentrum des Wahlkampfes stehen, also Kalifornien und Texas. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn in Kalifornien (und auch New York) gewinnt der Kandidat der Demokraten stets mit großem Vorsprung, in Texas der Republikaner – dies ist der demographischen Struktur und der politischen Kultur dieser Staaten geschuldet. Nun macht es z.B. für den Republikaner aber keinen Sinn, in Kalifornien viel Wahlkampf zu betreiben, wenn er realistisch gesehen bestenfalls 40 Prozent der *popular votes* holt, und damit keine einzige *electoral vote* gewinnt.¹⁹

Der eigentliche Wahlkampf findet also vor allem in solchen Staaten statt, wo die Ergebnisse in den letzten Jahrzehnten meist knapp waren, also realistisch gesehen von beiden Parteien gewonnen werden können: den sog. *swing states*. Dies erklärt die herausragende Rolle von Florida im Präsidentschaftswahlkampf: 29 *electoral votes* (also mehr als

zehn Prozent der für einen Wahlsieg erforderlichen Stimmen) und seit 2000 nie mehr als fünf Prozent Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern, meist sogar deutlich weniger. Hinzu kommt, dass die Einwohnerzahl von Florida unaufhörlich wächst, so dass die Wählerschaft von 2016 größer und anders strukturiert ist als die von 2012 oder gar 2000. In Florida ist also jede Präsidentschaftswahl ein gänzlich neues Spiel, und wer Florida gewinnt, hat hervorragende Chancen, Präsident zu werden.

Weitere wichtige *swing states* sind Ohio, Virginia, Colorado, Nevada, Iowa und North Carolina, je nach Definition auch Wisconsin, Pennsylvania und einige weitere – die Liste ist nicht statisch, sondern ändert sich von Wahl zu Wahl. In diesen Staaten geben die Kandidaten den Großteil ihrer Wahlkampfmittel aus und investieren den überwiegenden Anteil ihrer knappen Zeit für persönliche Auftritte. Der Wahlkampf bleibt natürlich nicht ausschließlich auf die *swing states* beschränkt: So wird Clinton höchstwahrscheinlich auch versuchen, die eigentlich republikanisch geprägten Staaten Arizona und Georgia zu gewinnen; Trump wiederum wird Clinton in Michigan und weiteren industriell geprägten Staaten herausfordern.

Vollkontaktsport: Präsidentschaftswahlkämpfe und deren Finanzierung

Präsidentschaftswahlkämpfe in den USA finden weltweit große mediale Beachtung. Das hat natürlich viel mit dem Status der USA als wirtschaftliche und militärische Supermacht zu tun, aber die personenzentrierten, medienorientierten Wahlkämpfe verlaufen eben oft auch aufregend dramatisch und gehören zum Spannendsten, was die politische Welt zu bieten hat.

Politiker als Wahlkampfunternehmer

Ein wichtiger Unterschied zu Deutschland und vielen anderen Ländern liegt in der vergleichsweise geringeren Bedeutung der Parteistrukturen für den Wahlkampf. Zwar führen auch die nationalen, bundestaatlichen und lokalen Strukturen der Demokraten und Republikaner Wahlkampf. Vor allem sind es aber die Wahlkampforganisationen der Präsidentschaftskandidaten selber, die persönliche Auftritte organisieren, Fernsehspots produzieren und Sendezeit kaufen, Meinungsumfragen durchführen und Strategien planen, freiwillige Helfer organisieren und sich in den *social media* Gehör verschaffen. Diese persönlichen Wahlkampforganisationen werden im Laufe der Kandidatur aufgebaut und nach Ende des Wahlkampfes wieder abgewickelt, oft aber nur zum Teil, denn in den USA gilt: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

18 Maine und Nebraska vergeben jeweils zwei *electoral votes* an den Gesamtsieger im Staat, die anderen zwei bzw. drei gehen an den Sieger in den Wahlkreisen, die auch für das Repräsentantenhaus gelten.

19 Zwar hat Donald Trump angekündigt, Hillary Clinton auch in Kalifornien und New York herauszufordern, dies erscheint aber realistisch gesehen, wie so oft bei Trump, als reine Prahlerei. Die Wahlergebnisse bei der Präsidentschaftswahl in den Bundesstaaten seit 1996 finden sich hier: <http://www.270towin.com/states/>

Präsidentschaftskandidaten sind sozusagen Wahlkampf-Unternehmer, die für eine begrenzte Zeit eine Art politischen Minikonzerne führen und ein einziges Produkt verkaufen wollen: sich selbst. Dazu müssen sie Strukturen in allen Bundesstaaten (vor allem natürlich den *swing states*) aufbauen mit Experten für traditionelle und neue Medien, Wahlrecht, Demoskopie und vieles mehr. Sie brauchen Verbündete vor Ort, die den Staat kennen und sie mit Aktivisten und Spendern vernetzen können. Diese politischen Minikonzerne sind übrigens gar nicht so klein: Sowohl die Wahlkampforganisation von Barack Obama als auch die von Mitt Romney gaben 2012 jeweils gut eine Milliarde Dollar aus – Wahlkampf in den USA kann durchaus als *big business* gelten.

Wahlkampffinanzierung: Spendensammler und Super-PACs

Die Wahlkämpfe werden aus privaten Spenden finanziert, die staatlichen Regeln unterliegen.²⁰ So müssen die Kandidaten jedes Quartal der Wahlkommission offenlegen, welche Spenden in welcher Höhe sie aus welchen Quellen erhalten haben. Vor allem aber gibt es auch Grenzen, wie hoch diese Zuwendungen sein dürfen. Ein einzelner Spender darf einem Kandidaten derzeit maximal \$2.700 pro Wahl spenden, einmal für die Vorwahlen und einmal für die Präsidentschaftswahl. Es kann also niemand Hillary Clinton einen Scheck über zehn Millionen Dollar ausstellen, bei \$5.400 ist Schluss. Allerdings gibt es durchaus Wege, diese Begrenzungen zumindest teilweise zu umgehen. Kandidaten dürfen ihre eigenen Finanzmittel verwenden, was bei Milliardär Donald Trump eine wichtige Rolle spielt.²¹ Spender dürfen außerdem höhere Beträge an die Parteien der Einzelstaaten und des Bundes geben: \$10.000 an die Parteien in den Einzelstaaten, ca. \$30.000 an die Bundespartei. Vor allem aber gibt es seit 2010 die berühmten Super-PACs (dazu später mehr).

Die begrenzten Spenden an die Wahlkampforganisationen der Kandidaten selber spielen eine herausragende Rolle, denn nur aus diesen Mitteln können sie die im-

mensen Personalkosten ihres Wahlkampfs bestreiten. Die Kandidaten setzen daher sog. *bundlers* ein: gut vernetzte Personen von lokalen Politikgrößen bis hin zu Hollywoodstars, die eine große Anzahl von Spendern möglichst für den Höchstbetrag von \$5.400 zusammentrommeln. Oft geschieht dieses *fundraising* bei Galadinnern, wo häufig auch der Kandidat selbst einen kurzen Auftritt macht. Die *bundlers* sind überaus begehrte und umworbene politische Verbündete, die mit besonderem Zugang zum Kandidaten und anderen Aufmerksamkeiten belohnt werden.

Eine Alternative zu Spenden des Maximalbetrages sind Kleinspenden von zwei- bis dreistelligen Beträgen. Von diesen Kleinspenden braucht ein Kandidat natürlich sehr viele, aber sie lassen sich auch mit wesentlich geringerem Aufwand einwerben; das Internet spielt hier eine zentrale Rolle. Es war Barack Obama, der 2008 dieses Konzept erfolgreich gegen die finanziell wesentlich besser vernetzte innerparteiliche Rivalin Hillary Clinton einsetzte. 2016 gelang es Bernie Sanders auf diesem Weg nahezu finanzielle Waffengleichheit mit Clinton zu erreichen. Der entscheidende Kniff bei Kleinspenden ist die niedrigere Hemmschwelle und dann die Möglichkeit für die Kandidaten, die Kleinspender später erneut um Geld zu bitten. Kleinspenden haben sich als ein probates Mittel für Graswurzelkandidaten erwiesen, um mit dem politischen Establishment konkurrieren zu können.

Letztlich gibt es seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes *Citizens United v. Federal Election Commission* von 2010 noch eine weitere, überaus kontroverse Möglichkeit der Wahlkampffinanzierung: vom Kandidaten unabhängige, aber mit ihm verbündete Organisationen der politischen Meinungsbildung, die sog. Super-PACs.²² De facto sind Super-PACs parallele Wahlkampforganisationen zur Unterstützung eines Kandidaten, die z.B. Wahlwerbung im Fernsehen schalten. Sie dürfen ihre Strategie nicht mit der offiziellen Wahlkampforganisation des Kandidaten koordinieren, doch oft werden sie von einem politischen Vertrauten des Kandidaten geleitet. Vor allem aber dürfen die Super-PACs unbegrenzte Spendenmittel von Unternehmen oder Gewerkschaften annehmen und sind an wesentlich schwächere Transparenzaufgaben gebunden.

Super-PACs sind deswegen so kontrovers, weil sie es vor allem superreichen Spendern ermöglichen, den Wahlkampf

20 Es gibt in den USA zwar auch eine gesetzlich stark limitierte Wahlkampffinanzierung für die Präsidentschaftswahl aus öffentlichen Mitteln, doch der letzte Präsidentschaftskandidat, der diese nutzte, war John McCain 2008. Zur Wahlkampffinanzierung s. auch Maisel (wie Anm. 2), S. 113 f.

21 Trump hat ca. \$43 Millionen der ca. \$57 Millionen Gesamtmittel seiner Wahlkampforganisation eigenfinanziert. Der Rest stammt aus Spenden, hinzu kommen ca. \$3 Millionen von Super-PACs (alle Angaben Stand: Juni 2016). Damit hat sein Wahlkampf bisher nur einen Bruchteil des Wahlkampfes von Clinton (\$204 Millionen Wahlkampforganisation, \$85 Millionen von Super-PACs) und Sanders (\$207 Millionen Wahlkampforganisation, keine relevanten Super-PACs) gekostet. Quelle: OpenSecrets.org – Center for Responsive Politics, <http://www.opensecrets.org/pres16/> [Stand: 20.06.2016].

22 Super-PAC steht für *Super Political Action Committee*. *Political Action Committees* waren vor allem seit den 1980er Jahren politische Gruppen, die für bestimmte politische Themen und Gesinnungen Werbung machten und damit indirekt einen Kandidaten unterstützten. Die neuen Super-PACs sind „super“, weil sie nahezu keiner finanziellen Beschränkung mehr unterliegen.

mit Geld zu fluten und so unverhältnismäßigen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Viele Politiker vor allem der Demokraten haben dieses System scharf kritisiert. Barack Obama ließ sich sogar zur Richterschelte am Obersten Gerichtshof hinreißen, akzeptierte aber 2012 die Unterstützung eines Super-PACs, um Waffengleichheit mit Mitt Romney sicher zu stellen, der ein finanzstarkes Super-PAC auf seiner Seite hatte. Bernie Sanders lehnt das System der Super-PACs strikt ab und akzeptiert keine Unterstützung dieser Art – ganz anders als Hillary Clinton, die auf die Unterstützung „ihres“ Super-PAC *Priorities USA Action* zählt. Interessanterweise steht Donald Trump den Super-PACs kritisch gegenüber; bislang spielten Super-PACs auch keine große Rolle in seinem Wahlkampf.

Im Wahlkampf 2016 kristallisiert sich zunehmend heraus, dass Super-PACs weniger einflussreich und problematisch sind, als zunächst befürchtet. Bernie Sanders' Wettkampf mit Hillary Clinton scheiterte nicht am Geld; Donald Trump sicherte sich die Nominierung der Republikaner ohne nennenswerte Beteiligung von Super-PACs. Jeb Bush hingegen, der sich auf die \$121 Millionen schwere Unterstützung des Super-PACs *Right to Rise* verließ, scheiterte kläglich.²³ Super-PACs können eben nur flankierende Maßnahmen wie Fernsehwerbung ergreifen, sie können das eigentliche Kerngeschäft, nämlich den Aufbau örtlicher Wahlkampfstrukturen und die damit verbundenen Personalkosten, nicht finanzieren.

Wahlkampf mit harten Bandagen

Deutsche Beobachter sind manchmal angesichts der harschen Rhetorik US-amerikanischer Wahlkämpfe erstaunt. So warf z.B. Bernie Sanders seiner Konkurrentin Hillary Clinton vor, sie sei „nicht qualifiziert“ für das Präsidentenamt, weil sie (über ihr Super-PAC) Spenden der Wall Street akzeptiere.²⁴ Bei den Republikanern geht es noch harscher zu: Marco Rubio bezeichnete Donald Trump als „Trickbetrüger.“²⁵ Trump wiederum nannte seinen schärfsten innerparteilichen Widersacher Ted Cruz regelmäßig „Lying Ted“, also „Ted, den Lügner“ und titulierte nennt seine wahrscheinliche Gegnerin bei der Präsidentschaftswahl als „Crooked Hillary“, also die „korrupte Hillary“.

23 Die Finanzmittel der ausgeschiedenen Präsidentschaftsanwärter 2016 finden sich hier: [OpenSecrets.org – Center for Responsive Politics](http://www.opensecrets.org/pres16/also-rans.php), <http://www.opensecrets.org/pres16/also-rans.php> [Stand 20.06.2016].

24 Vgl. <http://edition.cnn.com/2016/04/06/politics/bernie-sanders-hillary-clinton-qualified/> [Stand 20.06.2016]

25 Vgl. <http://edition.cnn.com/2016/02/26/politics/marco-rubio-donald-trump-morning-show-attacks/> [Stand 20.06.2016]

Manches davon ist der Präsenz von Donald Trump geschuldet, der die persönliche Beleidigung zum rhetorischen Markenkern seines Wahlkampfs erhoben hat und den ohnehin rauen Ton der amerikanischen Politik noch verschärft. Vor allem aber ist hier die politische Kultur der USA am Werk, in der robuste Wortwahl seit jeher Teil der politischen Auseinandersetzung ist. Gerade im Vorwahlkampf wird mit harten Bandagen gekämpft, es gilt die eigenen Unterstützer zu begeistern und die inner- und außerparteilichen Gegner abzuwerten. Wahlkampf in den USA ist ein rhetorischer Vollkontaktsport – das trägt natürlich ebenfalls zur zunehmenden Polarisierung der amerikanischen Politik bei. Wer sich nun die „gute alte Zeit“ zurück wünscht, liegt allerdings daneben: 1804 tötete der amtierende Vizepräsident Aaron Burr den ehemaligen Finanzminister Alexander Hamilton im Duell wegen einer mutmaßlichen Beleidigung. Ganz so extrem wird der Wahlkampf 2016 dann wohl doch nicht.



Hillary Clinton und ihre Anhänger feiern an diesem Tag einen historischen Sieg: Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist eine Frau Präsidentschaftskandidatin, New York, 7. Juni 2016.

Bild: picture alliance/ZUMA Press

Dennoch wird der Wahlkampf zwischen Donald Trump und Hillary Clinton sicher eine veritable Schlamm-schlacht. Wie gelang es dem rechtspopulistischen Polit-Clown Donald Trump und der ewigen Kandidatin Hillary Clinton die Nominierungen ihrer Parteien zu gewinnen? Mit welchen Themen und mit welcher Wählerschaft hoffen sie, die Präsidentschaftswahl im November zu gewinnen? Und wer hat die besseren Chancen im Kampf ums Weiße Haus? Dies sind die Themen des nächsten Artikels in dieser Serie im Oktober.

Ägypten – Diktatur reloaded?

von Kristina Milz



Der 16-jährige Aktivist Gaber Salah (auf der Flagge abgebildet), der 2012 am Tahrir-Platz starb, wurde zur Symbolfigur der Anti-Regierungs-Proteste in Ägypten, Kairo, 27. November 2013.

Foto: ullstein bild/Amr Abdallah Dalsh

Nachdem Hosni Mubarak im Januar 2011 aus dem Amt gejagt worden war, dachten viele Ägypter, mit ihm auch die Diktatur vertrieben zu haben. Doch es folgten Repressionen unter anderen Vorzeichen: Die Muslimbrüder und der neue Präsident Mohammad Mursi machten sich an eine Umstrukturierung der Gesellschaft und auch vor den wirtschaftlichen Schwergewichten des Landes nicht Halt. Unter anderem dies sollte den Islamisten zum Verhängnis werden – nach dem Militärputsch müssen sie nun dabei zusehen, wie das Regime sie als „Terroristen“ verfolgt und die Zivilgesellschaft unterdrückt. Die alte Diktatur hat lediglich ein neues Gesicht: Abd al-Fattah as-Sisi.

Ägypten im Sommer 2011: Hunderte PKWs blockieren die breite Straße vor dem *Cairo International Stadium*. Der wild hupende Autokorso bewegt sich im Schnecken-tempo; ein rotes Meer an Fahnen und schreienden Menschen vor, neben, auf den Fahrzeugen macht ein Weiterkommen praktisch unmöglich. Rot, das ist die Heimtrikotfarbe des Kairoer Fußballclubs *al-Ahly*. Wer hier heute gelb, blau oder weiß trägt, hat – vorsichtig gesagt – ein Problem. Manche wagen den Affront, es sind die Fans der gegnerischen Mannschaft *al-Isma'ily*, die aus dem nordost-ägyptischen Ismailia angereist sind, um ihr Team zu unterstützen. Einer von ihnen blutet. Ein Stein hat ihn am Kopf getroffen; ein Kairoer Ultra, er steht auf einer Fahrzeughaube, hat ihn geschleudert. Diese Szene des heißen 24. Juni spielt sich ab, bevor die Fans das Stadion überhaupt erst betreten haben.

Eine Gruppe junger deutscher Journalisten – darunter eine Handvoll Frauen – haben sich mit ägyptischen Kollegen unter die Menge gemischt. „Wenn Du Ägypten verstehen willst, musst Du ins Stadion“, hatte einer von ihnen gesagt und uns so vom Besuch überzeugt. Das war durchaus positiv gemeint. Sagen wir einfach, er wusste es nicht besser. Nach ausführlicher Erläuterung der gebotenen Kleidungsmodalitäten – kein Gelb, kein Blau, kein Weiß, für die Frauen möglichst lang und weit, ein Kopftuch ist kein Muss – und einer Anreise mit gemischten Gefühlen findet sich die Gruppe auf ihren Plätzen ein. Die Fans schreien, lachen, liegen sich beim Tor in den Armen, als ob es das wichtigste Spiel ihres Lebens wäre. Die Stimmung im Stadion ist in der Tat nicht mit der in einem deutschen vergleichbar. Die Zusammensetzung des Publikums allerdings auch nicht: Eine Frau in der Menge zu finden ist wie die Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen. *Al-Ahly*, der Kairoer Club, gewinnt das

Heimspiel 2:1, *Alhamdulillah*, denken unsere Kollegen, Gott sei Dank, denken auch wir.

Als wir mit den Menschenmassen aus dem Stadion strömen, kippt die Stimmung. Es ist heiß und eng, Aggression liegt in der Luft. Dutzende Fußballfans umringen uns Frauen. Verdutzte Kollegen und herbeieilende Helfer schirmen uns ziemlich erfolglos ab; wir können weder vor noch zurück. Die Männer greifen uns an alle Körperteile, die sie zu fassen bekommen: an Po, Bauch, Brust. Es kommt zu einem Handgemenge, in dem schwer zu erkennen ist, wer uns schützen will und wer uns angreift. Empörte Ägypter drängen einen unserer deutschen Kollegen – seine Eltern stammen aus dem Iran – von uns weg, im Glauben, uns damit zu helfen. Die Situation entspannt sich erst, als wir von Soldaten durch einen Hinterausgang des Stadions evakuiert werden. Einer von ihnen ist schließlich betreten. Und schreibt seine Nummer auf. Nur für den Fall, dass es auf dem Heimweg zu weiteren Problemen kommt.

Vorbild und „Garant für Stabilität“

Warum heute über diesen Vorfall schreiben? Die Diskussion über das Frauenbild arabischer, ja explizit nordafrikanischer Männer, befand sich in Deutschland vor wenigen Monaten, nach der Kölner Silvesternacht auf dem Höhepunkt, als die sexualisierte Gewalt am Hauptbahnhof eskalierte. Die übergriffigen Männer im Stadion waren Ägypter, Staatsangehörige des größten arabischen Landes (diejenigen, die halfen, übrigens auch). Dass die ägyptische eine patriarchale Gesellschaft ist, in der die Gleichberechtigung von Mann und Frau in weiter Ferne liegt, belegen nicht zuletzt unzählige ägyptische NGOs, die genau dies zu ändern versuchen: Frauenrechte, Homosexuellenrechte, Emanzipation von familiären Strukturen stehen



Demonstrationen nach dem „schwarzen Tag des ägyptischen Fußballs“, 1. Februar 2012
Foto: picture alliance/Amr Sayed

auf ihrer Agenda. Sie suchten nach ägyptischen Antworten auf ägyptische Probleme.¹ Das Beispiel aus dem Fußballstadion veranschaulicht aber auch etwas anderes: die zerbrechliche Hochstimmung in Ägypten im Sommer 2011, ein paar Monate, nachdem das Volk den ungeliebten Despoten Mubarak erfolgreich stürzte und damit zum regionsübergreifenden Vorbild eines „Arabischen Frühlings“ avancierte. Eine Hochstimmung, die – wenn niemand weiß, wer gerade wo und wie lange noch das Sagen hat – schnell in anarchische Aggression kippen kann, die sich gegen tatsächlich oder vermeintlich Schwächere richtet. Die Gefahr einer jeden Revolution.

2012 sorgte der Kairoer Club *al-Ahly* schließlich weltweit für Schlagzeilen: Bei einem Auswärtsspiel gegen den Erzrivalen *al-Masry* in Port Said im Nordosten des Landes kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen 74 Menschen getötet und tausende verletzt wurden. Der 1. Februar ging als „schwarzer Tag des ägyptischen Fuß-

balls“ in die Geschichte ein.² Dieses Ereignis rief nicht nur die internationale Presse auf den Plan, sondern auch die Demonstranten vom Januar 2011 wieder auf die Straße. Jetzt forderten sie den Rücktritt der Übergangsregierung, die nach dem Sturz Mubaraks die Staatsgeschäfte lenkte, und lieferten sich über Tage hinweg Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Viele sahen in der Gewaltorgie einen bewussten Einschüchterungsversuch³ gegenüber der Bevölkerung und insbesondere der *al-Ahly*-Jugend – denn diese stand bei den Protesten gegen das Mubarak-Regime in vorderster Reihe.⁴

1 Shereen El Feki hat darüber ein kluges Buch geschrieben. Die Kanadierin mit ägyptischen Wurzeln brach die Tabuisierung vieler gesellschaftlicher Probleme auf und erklärt die Phänomene und Lösungsansätze fachkundig. Irrführend ist einzig der Titel: El Feki bezieht sich nur selten auf andere arabische Länder als Ägypten. Shereen El Feki: *Sex und die Zitadelle*. Liebesleben in der sich wandelnden arabischen Welt, München 2013.

2 Nach dem überraschenden Heimsieg der Mannschaft aus Port Said stürmten hunderte Fans das Fußballfeld und die gegnerische Tribüne und griffen Spieler und Anhänger der Kairoer Mannschaft an. Mit Feuerwerkskörpern wurden ganze Zuschauerränge in Brand gesetzt, es kam zu einer Massenpanik. Die meisten Opfer dieses Tages waren *al-Ahly*-Fans. Sie wurden erdrückt, erstochen, erschlagen oder gewaltsam von Tribünen gestürzt. Die Polizei hatte das Spiel nicht abgebrochen, obwohl es bereits vor dem Anpfiff zu Schlägereien zwischen Fans beider Mannschaften gekommen war, die auf das Spielfeld gestürmt waren.

3 Die Ausschreitungen seien von den Behörden der inneren Sicherheit geduldet, gebilligt oder sogar unterwandert worden, um Argumente für repressive Maßnahmen gegen die Bevölkerung zu erhalten.

4 Perthes spricht von „einige[n] Fußballfanclubs, die mehr straßenschlacht erfahren als politisch waren, sicher aber den gesammelten Zorn einer marginalisierten Jugend repräsentierten.“ Volker Perthes: *Der Aufstand*. Die arabische Revolution und ihre Folgen, Bonn 2011, S. 57.

Landesdaten Arabische Republik Ägypten (*Gumburiyyat Misr al-Arabiyya*)

Fläche	1.001.450 km ² *
Bevölkerung	88.487.396 (Schätzung Juli 2015) **
Bevölkerungswachstum	1,79 % [Erhebung 2015] **
Ethnische Gruppen	Ägypter 99,6 %, andere 0,4 % (2006 Zensus) **
Religionszugehörigkeit	Muslime 90 %, Christen 10 % **
Sprachen	Arabisch (offiziell), Englisch und Französisch **
Durchschnittsalter	25,3 Jahre **
Bevölkerung unter 15 Jahren	31,89 % **
Bevölkerung über 65 Jahren	5,16 % **
Lebenserwartung bei der Geburt	73,7 Jahre **
Geburten pro Frau	2,83 **
Alphabetisierungsrate	73,8 % **
Wachstum BIP	4,2 % (2015) *** 3,3 % (2016) ***
BIP pro Kopf	3.740 US-Dollar (2015) *** 4.120 US-Dollar (2016) ***
Arbeitslosigkeit	12,8 % [Erhebung 2015] **
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	34,3 % (2013) **
Inflation	11 % (2015) **
Human Development Index (<i>United Nations Development Programme</i>)	Rang 108 (von 188 Staaten) ****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 159 (von 180 Staaten) *****
Korruptionsindex (<i>Transparency International</i>)	Rang 88 (von 167 Staaten) *****

* Auswärtiges Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Aegypten.html?nnm=383178> [Stand: Juni 2016]

** CIA World Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/eg.html> [Stand: Juni 2016]

*** UNCTAD; Weltbank; International Monetary Fund, WEO, Frühjahr 2015 via <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-aegypten.pdf> [Stand: April 2016]

**** http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2015_statistical_annex.pdf [Stand: Juni 2016]

***** https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Rangliste_der_Pressefreiheit_2016.pdf [Stand: Juni 2016]

***** <http://www.transparency.org/cpi2015#results-table> [Stand: Juni 2016]





Quelle: weltkarte.com

Ägypten, das patriotische Stimmen gerne als „einzige Kulturnation der arabischen Welt“ bezeichnen,⁵ nimmt im Nahen Osten traditionell eine Vorbildrolle ein. Sie erklärt sich durch die lange Geschichte des Landes, das sich mit den Pharaonen und damit einer der ersten Hochkulturen der Menschheit schmücken kann, aus seiner Sonderstellung innerhalb des Osmanischen Reichs, dessen Teil Ägypten einst war,⁶ sowie einer bemerkenswert gesellschaftlich-politisch progressiven Phase in den 1920er Jahren.⁷ Sie erklärt sich auch aus der Bedeutung

der Kairoer *Al-Azhar*-Universität als globales Zentrum des sunnitischen Islam,⁸ aus der historischen regionalen Dominanz Ägyptens unter dem ehemaligen Präsidenten Nasser⁹ und setzt sich heute mit der Verbreitung des ägyptischen Films und Fernsehens im gesamtarabischen Raum fort. Und so wurde auch der *Maidan at-Tahrir* („Platz der Befreiung“) im Herzen der Megastadt Kairo¹⁰ 2011 zum Symbol des „Arabischen Frühlings“ per se, obwohl die Proteste eigentlich in einem beschaulichen Städtchen des tunesischen Nachbarlandes

5 Vgl. Sebastian Sons: Sugardaddy wird geizig, in: zenith. Zeitschrift für den Orient, 3 (2015), S. 58 f., hier S. 58.

6 Hierher hatten sich viele Oppositionelle aus dem Osmanischen Reich zurückgezogen, da der Arm des Sultans oftmals nicht so weit reichte. Seit 1882 gehörte Ägypten nur noch formal zum Reich, war es doch faktisch (bis 1922) von den Briten besetzt. Das Land kann in dieser Periode als „Insel freier Meinungsäußerung im Nahen Osten“ gelten. Vgl. Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Bonn 2010, S. 71.

7 In dieser Zeit gab es in Ägypten, das nach der Unabhängigkeit von Großbritannien als Königreich regiert wurde, ein Parlament, eine gewählte Regierung und eine in der arabischen Welt einzigartig moderne Universität, an der auch Frauen studierten. Vgl. „Jetzt ist es wieder unser Land“, Alaa al-Aswani im Gespräch mit Annette Grobbongardt und Volkhard Windfuhr, abgedruckt in: Annette Grobbongardt/Norbert F. Plötzl (Hg.): Die neue arabische Welt. Geschichte und politischer Aufbruch, Bonn 2011, S. 201–210, hier S. 205.

8 Der Großmufti, der von den Gelehrten des Instituts für Islamisches Recht an der Außenstelle der *Al-Azhar*-Universität in Tanta gewählt wird, stellt die wichtigste Rechtsautorität im sunnitischen Islam dar, dem die meisten Muslime konfessionell angehören. Der derzeitige Großmufti ist Shawki Allam. Vgl. Andrea Backhaus mit einem interessanten Blick hinter die Kulissen: Croissants und Waffeln, in: zenith (wie Anm. 5), S. 68 f.

9 Gamal Abdel Nasser (eigentlich ‘Abd an-Nasir) war von 1952–1954 Ministerpräsident und danach bis 1970 Staatspräsident. Bekannt ist er insbesondere für seine politische Ideologie des Panarabismus, der sich zum Ziel setzte, alle Araber in einem gemeinsamen Nationalstaat zu vereinen.

10 Die genaue Bevölkerungszahl der ägyptischen Hauptstadt kennt niemand: Schätzungen schwanken zwischen zehn und 20 Millionen Einwohnern. Insbesondere die Zahl der Bewohner aus den Slums an den Rändern der Stadt ist kaum zu ermitteln.

begannen.¹¹ Ägypten aber ist das arabische Land, auf das die internationale Gemeinschaft als „Garant für Stabilität“ in der Region traditionell am meisten achtet¹²: Das Land tat sich unter Mubarak im israelisch-palästinensischen Friedensprozess als Vermittler hervor und pflegte ein kompliziertes Geflecht politischer Beziehungen, das es für Jahrzehnte zum Anker westlicher, insbesondere amerikanischer Sicherheitspolitik in Nahost werden ließ. Ägypten ist aber auch der Nachbar, auf den die restliche arabische Welt im Januar 2011 gebannt schaute, als es darum ging, Diktator Mubarak aus dem Palast zu jagen. Das Geschehen auf dem *Tahrir* war über Wochen in Echtzeit über Live-Streams im Internet zu beobachten und wurde millionenfach geklickt.

Ein Vierjähriger mit Hammer und Meißel

„Die Revolution wurde von allen getragen: von Reich und Arm, von Städtern und Bauern, Frauen, Kindern, Muslimen und Christen. Die sozialen Klassen spielten keine Rolle mehr“, sagte einer der bedeutendsten arabischen Gegenwartsautoren, Alaa al-Aswani, der selbst 18 Tage auf dem Platz campierte, im Frühjahr 2011 dem Spiegel.¹³ Die junge Bildungselite hatte zwar die Revolution angestoßen, aber nachdem sich der *Tahrir* als Ort des Protestes etabliert hatte und die Vorreiter der Demonstrationen in den bildungsfernen und ärmeren Bevölkerungsschichten intensiv für ihre Sache warben, ergaben die Kairoer Straßenproteste tatsächlich ein ziemlich repräsentatives Bild der ägyptischen Gesellschaft. Man war sich einig: „Das Volk will den Sturz des Regimes!“¹⁴ So bunt die Zusammensetzung der Demonstranten, so unterschiedlich waren aber auch die Beweggründe, auf die Straße zu gehen.



Sayed Abo-Hasseb Abdullah weiß nicht, ob er seinen vierjährigen Sohn Ali auf die Schule schicken soll. Seinen älteren Sohn hat er gerade wieder abgemeldet. Die Lehrer kümmern sich nicht um die Schüler, sagt er.

Foto: Kristina Milz

Im Stadtteil *Bolak Abo al-Ela*, 2011:¹⁵ Überall Gerümpel, zerbrochene Fensterscheiben, zerstörte Türen, zerschlissene Teppiche. Das ist alles, was Sayed Abo-Hasseb Abdullah besitzt. Aufgehäuft in einem kleinen Raum, nur geschützt durch ein Garagentor. Davor eine Gasse, ein Rinnsal mit dreckigem Wasser sucht sich seinen Weg. Abo-Hasseb lebt nicht in einem der berühmten Slums in Ägyptens Hauptstadt. Die Bewohner des Kairoer Stadtteils Bolak Abo al-Ela gehören zur unteren Mittelschicht. Die Söhne des Mannes – der 17-jährige Mohammad und sein Bruder Ali, nicht älter als vier Jahre – arbeiten mit Hammer und Meißel an der Mauer. Der Putz bröckelt, es staubt. „Ich habe Mohammad vor einigen Monaten von der Schule genommen“, sagt der Vater. Der 40-Jährige mit den grau melierten Haaren und dem faltigen Gesicht sitzt auf dem Boden vor dem Garagentor. Die Schultern hängen, der Blick ist abwesend. Bildung ist das Wichtigste für Ägyptens Zukunft, davon ist er überzeugt – „aber die Lehrer kümmern sich nicht um die Bildung ihrer Schüler, sie interessieren sich nur für ihr Gehalt.“ Dazu haben Leh-

11 Dort setzte sich ein Obsthändler aus Verzweiflung selbst in Brand und löste damit die ersten Proteste aus. Tunesien ist heute das einzig verbliebene der revoltierenden Länder, das noch als Hoffnungsträger gilt. Vgl. Kristina Milz: Tunesien. Insolvenzverwalter des „Arabischen Frühlings“, in: *Einsichten und Perspektiven* 1 (2015), S. 46–59.

12 Dies insbesondere wegen des Friedensvertrags mit Israel, der 1979 in Washington geschlossen wurde. Ministerpräsident Menachem Begin unterzeichnete auf Seiten Israels, für Ägypten Präsident Anwar as-Sadat, der zwei Jahre später bei einem Attentat der Gruppe *al-Dschihad* ermordet wurde. Sein Nachfolger Mubarak setzte die Strategie trotzdem fort: Der Frieden mit Israel wurde eingehalten, zudem schaffte es der Diktator, die daraus resultierende Isolation Ägyptens in der arabischen Welt zu überwinden. Vgl. Perthes (wie Anm. 4), S. 50.

13 Al-Aswani (wie Anm. 7), S. 202.

14 Dieser Slogan war der bekannteste der ägyptischen Straßenproteste – und machte in der gesamten arabischen Welt Schule. Die syrische Revolution begann, als Schulkinder ihn in Daraa an Wände sprühten, deshalb verhaftet und gefoltert wurden. Vgl. Kristina Milz: Syrien stirbt, in: *Einsichten und Perspektiven* 1 (2016), S. 4–21, hier S. 16 u. 18.

15 Vgl. Kristina Milz: Die Würde des Menschen ist antastbar, in: *Tahrir. Das Magazin zur 5. Deutsch-Arabischen Journalistenakademie*, Berlin 2011, S. 12 ff.

rer in Ägypten auch allen Grund: Sie verdienen im Schnitt monatlich 500 Pfund; das sind etwa 60 Euro.¹⁶ Viele von ihnen geben nach der Schule den eigenen Schülern private Nachhilfe, um dazuzuverdienen. Die staatlichen Schulen in Ägypten genießen keinen guten Ruf. Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf private Einrichtungen. Eltern wie Sayed Abo-Hasseb Abdullah, die das nicht können, nehmen ihre Kinder ganz von der Schule und lassen sie arbeiten, um die Ernährung der Familie zu sichern.

Schlechter noch als der Familie in Bolak Abo el-Elasing und geht es Millionen Menschen in den Slums von Kairo. Es gibt hier weder fließendes Wasser und noch eine Stromversorgung. Ihre Hütten haben keine sanitären Einrichtungen, weshalb typische Krankheiten des Hygienemangels weit verbreitet sind. In den Müllbergen der Slums suchen Kinder nach Gegenständen, die sich irgendwie zu Geld machen lassen: Metall und Plastik, Schuhe oder Papier. Damit sie nicht verhungern. Während sich das Mubarak-Regime jahrzehntelang nichts unternahm, um durch sozialpolitische Maßnahmen des Elend im Kairoer Slum einzudämmen, engagierten sich die Muslimbrüder regelmäßig in diesen Vierteln und versorgten die Menschen mit dem Allernötigsten. Ob aus Berechnung oder tiefer religiöser Überzeugung: Die muslimische Pflicht des *Zakat* – einer Abgabe für die Ärmsten der Gesellschaft – wurde von ihnen ernst genommen. Wer vom Erfolg der ägyptischen Muslimbruderschaft bei den ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 2011/12 überrascht war, hätte in den Slums eine Erklärung für den Wahlsieg finden können: Wer täglich ums Überleben kämpft, macht sein Kreuzchen bei der Person, die ihm dabei hilft, während andere wegsehen. Der Magen knurrt zu laut, um über die Feinheiten verschiedener Demokratie-Modelle nachzudenken.

Schließlich hat sich die Schere zwischen Arm und Reich in Ägypten weit geöffnet.¹⁷ In der Diktatur gedieh über Jahrzehnte ein Klima der Misswirtschaft und persönlichen Gefälligkeiten,¹⁸ das die Korruption zum

Gesellschaftsprinzip erhob. Weniger persönliche Begabung und Fleiß entscheiden über die Richtung, die ein ägyptisches Leben einschlägt; der Status der Familie gibt sie vor. Während elitäre Zirkel ein luxuriöses Leben führten, lag die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten kurz vor Ausbruch der Revolution bei 24,8 Prozent.¹⁹ Die Arbeitslosigkeit ist insbesondere für junge Männer nicht nur ein Problem der beruflichen Perspektivlosigkeit, sondern trifft sie dort, wo sie dem gesellschaftlichen Verständnis nach ihre Männlichkeit zu beweisen haben: in ihrer Rolle als Familienvater. Um eine Familie gründen zu können und – ein nicht zu unterschätzender Faktor: Sex zu haben,²⁰ ist die Heirat für die meisten Ägypter nach wie vor zwingende Voraussetzung. Abweichler von dieser Norm, handelt es sich nun um Homosexuelle und Transgender, Prostituierte oder schlicht emanzipierte junge Frauen, die von der Institution der Ehe nichts halten, sind gesellschaftlich stigmatisiert. Um heiraten zu können, bedarf es finanzieller Absicherung: Die meisten Brautfamilien bestehen darauf.²¹ Durch die schwierige ökonomische Situation vieler junger Ägypter hat sich das durchschnittliche Heiratsalter in den vergangenen Jahrzehnten bedeutend erhöht. Das beeinträchtigt auch das Selbstwertgefühl der männlichen Jugend, da sie die ihr zugeschriebene soziale Rolle nicht erfüllen kann. Und es bedeutet auch: keine (oder nur unter schwierigsten Bedingungen erreichbare) sexuelle Befriedigung. Einer von vielen Faktoren, der zur allgemeinen Unzufriedenheit beitrug.²²

Wochen des Zorns

Natürlich gab es auch die Stimmen in der ägyptischen Revolution, die in Europa und Amerika aus politischen Gründen als lauteste vernommen wurden. Sie riefen nach Demokratie und Menschenrechten. Für den Wunsch nach letzteren liefert die ägyptische Gesellschaft genug Potential in Form von groben Verletzungen der Allgemeinen UNO-Erklärung von 1948, die auch Ägypten unterschrieben hat. Ob der staatliche und gesellschaftliche Umgang mit Menschen mit Behinderung, mit

16 Angabe zum Zeitpunkt des Treffens im Sommer 2011. Ebd., S. 13.

17 Insbesondere im letzten Jahrzehnt der Ära Mubarak nahm die soziale Ungleichheit zu: Trotz eindrucksvoller ökonomischer Wachstumsraten wuchs der Anteil der Armen und Ärmsten an der Bevölkerung. Vgl. Perthes (wie Anm. 4), S. 50.

18 Damit machte sich insbesondere Mubaraks Sohn Gamal, den er sehr offensichtlich zum Nachfolger auserkoren hatte, einen Namen: Er hievte eine Menge Geschäftsleute und Günstlinge in wichtige Regierungspositionen, die dort ihre eigenen Interessen verfolgten. Vgl. Perthes (wie Anm. 4), S. 51.

19 Angaben des nationalen statistischen Amtes für das Jahr 2010 (15- bis 24-Jährige). Vgl. Steffen Angenendt/Silvia Popp: Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern (=SWP-Aktuell), 34 (2012), S. 3.

20 Das Wort *nikah* aus dem klassischen Arabisch bedeutet nicht umsonst beidermaßen „Heirat“ und „Geschlechtsverkehr“.

21 Vgl. El-Feki (wie Anm. 1), S. 66f.

22 „Geh! Ich will heiraten!“ lautete eines der ungewöhnlicheren Plakate der ägyptischen Revolution. Vgl. ebd., S. 61.

marginalisierten religiösen Minderheiten wie den *Baha'i*, Menschen der verschiedenen LGBT-Gruppen,²³ Oppositionellen oder schlicht mit Ägypterinnen, von denen beispielsweise trotz offiziellem Verbot mehr als 90 Prozent „beschnitten“ sind²⁴ – die Menschenrechtslage ist in vielen Bereichen prekär. Omnipräsente Gewalt durch den Sicherheitsapparat des Mubarak-Regimes, ob offen auf der Straße oder in Foltergefängnissen, taten ihr Übriges, um die Wut der Bürger auf die Diktatur zu steigern. 2010 erreichte die Unzufriedenheit einen Kulminationspunkt: In diesem Jahr kam es zu mehr als 700 Streiks und anderen Protestaktionen. Im Sommer gründete sich eine Facebook-Gruppe unter dem Namen „*kulluna Khalid Said/We are all Khalid Said*“, nachdem der Namensgeber – ein bekannter ägyptischer Blogger – in einem Internetcafé in Alexandria von Polizisten zu Tode geprügelt worden war. Die Gruppe wollte auf diese Weise Protest gegen staatliche Willkür und Gewalt organisieren und in den öffentlichen Raum tragen.²⁵

Landesspezifische Gründe, auf die Straße zu gehen, gab es in Ägypten zur Genüge. Auslöser für die Proteste im Jahr 2011 waren jedoch die Ereignisse in Tunesien. Noch ging es den etwa ein Dutzend jungen Leuten, die über Facebook für den 25. Januar den „Tag der Polizei“ ankündigten, nicht um den Sturz des Regimes: Sie wollten gegen die Brutalität der Staatsorgane demonstrieren, forderten eine Ablösung des Innenministers, eine Begrenzung der präsidentiellen Amtszeit und faire Mindestlöhne.²⁶ Dass sich ihnen Zehntausende andere anschließen würden, hatten die Initiatoren nicht für möglich gehalten. Der *Tahrir*-Platz wurde gewaltsam geräumt, doch die Demonstranten antworteten am darauffolgenden Freitag mit dem „Tag des Zorns“: nicht nur in Kairo, wo sich hunderttausende Menschen versammelten, sondern in nahezu allen größeren Städten des Landes. Die Polizei, beobachtet und bloßgestellt durch den katarischen Fernsehsender *Al Jazeera*, reagierte brutal und machte Jagd auf einzelne Demonstranten; bis zu hundert von ihnen kamen ums Leben. Polizeiwachen und das fünfzehnstöckige Hauptquartier der Nationaldemokratischen Partei (NDP) des Präsidenten standen in Flammen. Mubarak

verfolgte eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche: Er ernannte einen Vizepräsidenten und installierte ein neues Kabinett, in dem der verhasste Innenminister fehlte. Bei den folgenden Demonstrationen schickte er aber die ägyptische Armee auf den Platz, hatte die Rechnung allerdings ohne die Soldaten gemacht. Die neue Parole auf dem *Tahrir* hieß nun „Das Volk will den Sturz des Regimes“ und die Armeeführung schloss sich den „legitimen Forderungen“ an. Das Regime antwortete mit treu ergebenen Anhängern auf Pferden und Kamelen, die in die Menge auf dem *Tahrir*-Platz ritten und die Menschen angriffen; wieder gab es viele Tote und tausende Verletzte. Mubarak hatte den Zeitpunkt verpasst, zu dem er sich einen würdevollen Abgang hätte sichern können. 18 Tage nach der ersten Großdemonstration stand fest: Der 82-jährige Präsident würde nach 31 Jahren weder eine weitere Amtszeit genießen noch die Macht seinem Sohn Gamal übergeben können.



Nachdem die Demonstranten den *Tahrir*-Platz erobert hatten, putzte der ehemalige Ladenbesitzer Mohammad Abd al-Latif Mohammad auf der Straße die Schuhe von Passanten, um seine Familie durchzubringen.
Foto: Kristina Milz

23 Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender.

24 Diesen Wert ergab eine landesweite Umfrage aus dem Jahr 2008, in der verheiratete ägyptische Frauen unter fünfzig Jahren befragt wurden. Vgl. Fatma el-Zanaty/Ann Way: Egypt. Demographic and Health Survey 2008, S. 197.

25 Vgl. Perthes (wie Anm. 4), S. 53.

26 Hier und im ganzen Absatz vgl. Perthes (wie Anm. 4), S. 54 ff.

Dass die Ägypter den Sturz des Mubarak-Regimes entgegen aller Erwartungen und trotz der brutalen Härte seiner Reaktion aus eigener Kraft wahr gemacht hatten, sorgte für eine Aufbruchsstimmung, wie sie das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte. Auch infolge der Unruhen völlig entvölkerte Touristenattraktionen wie die Pyramiden von Gizeh konnten dieser zunächst nichts anhaben.²⁷ Selbst Mohammad Abd al-Latif Mohammad, ein Familienvater und ehemals stolzer Besitzer eines kleinen Ladens in der Nähe des *Tahrir*-Platzes, der Kunden und Umsatz infolge der Straßensperrung im Zuge der Demonstrationen verlor und sich daher auf Kairo Straßen als Schuhputzer verdingen musste, sagte: „Die Revolution ist das Beste, was uns jemals passiert ist.“²⁸



Entfernung der Herrscherikone, Alexandria, 25. Januar 2011
Foto: ullstein bild/Reuters/Stringer/Egypt

27 Eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Revolution auf den ägyptischen Tourismus im Sommer 2011 liefert Pia Dangelmayr: Warten auf Karl-Heinz, in: *Tahrir* (wie Anm. 15), S. 15 ff.

28 Vgl. Milz (wie Anm. 15), S. 13.

Von „islamischer Demokratie“ zurück in die Militärdiktatur

Der Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, der von den Demonstranten formuliert wurde, hängt eng mit den Erfahrungen der Ägypterinnen und Ägypter mit dem Gegenmodell der Diktatur zusammen. Wie genau eine Staatsform, in der die Bürger des Landes die Politik bestimmen und nicht unterdrückt werden, in Ägypten aussehen könnte und sollte – dazu gab es ganz verschiedene Vorstellungen. Die Muslimbruderschaft beispielsweise, in ihrem Ursprungsland Ägypten zwar nicht legal operierend, doch aber gewissermaßen toleriert,²⁹ war gesellschaftlich breit verankert und hatte ihre sehr eigenen Vorstellungen von „Demokratie“. Die Muslimbruderschaft ist eine der einflussreichsten Bewegungen des politischen Islam im Nahen Osten und Ägypten ist ihr Geburtsland; 1928 wurde die Organisation hier formal gegründet. Die tunesische *Ennahda* und die palästinensische *Hamas* gelten als Ableger der Muslimbrüder – die Bewegung ist hinsichtlich Radikalität und politischem Anspruch also sehr differenziert zu bewerten. Die ägyptischen Muslimbrüder galten als relativ moderat; nicht wenige Beobachter waren von den starken Islamisierungsbestrebungen nach der Machtübernahme überrascht. Die Bruderschaft spielte auf dem Platz der Befreiung 2011 eine zentrale Rolle, war sie doch von allen Oppositionskräften am besten organisiert und damit insbesondere gegenüber den säkularen Kräften im Vorteil.

Die ägyptische Gesellschaft ist stark religiös geprägt. Wer einmal in das völlig verständnislose Gesicht eines koptischen Christen geblickt hat, weil er als Antwort auf die Frage nach dem Glauben zu erklären versucht, was ein Agnostiker ist, weiß, dass das nicht nur für die Muslime gilt, die etwa 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen.³⁰ Die Möglichkeit, nicht an Gott zu glauben oder der transzendenten Welt mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüberzustehen, liegt für die meisten Ägypten unabhängig von ihrer Konfession völlig außerhalb der Vorstellungskraft. Wie diese Religiosität gelebt wird, ist dagegen

29 So gelang es den Muslimbrüdern beispielsweise bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 als „Unabhängige“ anzutreten und 20 Prozent der Stimmen zu erreichen. Die Wahlen waren Teil einer „pluralistischen Fassade“ des Regimes, die bei den Wahlen 2010 allzu offensichtlich wurde: Die Regierungspartei NDP erhielt mehr als 97 Prozent der Stimmen, was selbst Regierungsanhänger als Wahlfälschung bezeichneten. Vgl. dazu Perthes (wie Anm. 4), S. 51 ff.

30 Schätzung aus dem Jahr 2012. Vgl. den Eintrag für Ägypten in: *The World Fact Book*, online: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/eg.html> [Stand: 16.06.2016].



Der ehemalige Präsident Mohammed Mursi (schwarz gekleidet, 2. v.r.) und andere Mitglieder der Muslimbrüderschaft in einem Gericht, Kairo, 4. November 2013
Foto: ullstein bild/Reuters/Stringer

eine Frage, auf die man in der ägyptischen Prärie oder einem konservativ geprägten Stadtteilkomplex wie Islamisch-Kairo völlig andere Antworten erhalten wird als in Großstädten wie Kairo und Alexandria oder in beliebten Touristenorten wie Sharm el-Sheik und Hurghada. Der Anspruch der Muslimbrüder, eine „islamische Demokratie“ zu errichten, war für viele Ägypter kein Widerspruch in sich und daher nicht von vornherein ein Dorn im Auge.

Die praktische Regierungsführung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Mohammad Mursi, der als Sprachrohr der Islamisten galt, enttäuschte jedoch viele Erwartungen der Bevölkerung. „Er gab der Mehrheit der Ägypter nie das Gefühl, dass er ihr aller Staatsoberhaupt ist; stattdessen erweckte er den Eindruck, lediglich der Vertreter der Muslimbrüder im Präsidentenpalast zu sein“, ³¹ schreibt Yasser Khalil. Die einflussreichen Gruppen, die Ägypten seit Jahrzehnten kontrollieren: Armee, Sicherheitsdienst, Medien und Wirtschaftsführer, hätten den Islamisten nie über den Weg getraut, so der ägyptische Journalist.

Zum Verhängnis wurde den Muslimbrüdern neben ihren Islamisierungsbemühungen denn auch der Umgang mit diesen Gruppen, die in Ägypten eng miteinander verbandelt sind. „Die Großunternehmer haben massiv dazu beigetragen, dass die Regierung sich nicht halten konnte“, ³² erklärt der Ägypten- und Wirtschaftsexperte Stephan Roll von der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)*. Die Steuerbehörden im neuen Staat machten anders als früher auch vor den einflussreichsten Unternehmerfamilien keinen Halt und stellten Forderungen in Milliardenhöhe – diese drohten 2013 mit Kapitalabzug und begannen gemeinsam, die ägyptische Wirtschaft zu boykottieren. Im Sommer zeigte sich die Macht der Firmen: Benzin und Gas mussten rationiert werden, vor den Tankstellen kam es zu kilometerlangen Staus, stundenlange Stromausfälle lähmten das sonst pulsierende Kairo. Viele machten die Wirtschaftspolitik der Muslimbrüder dafür verantwortlich. Die oppositionelle Bewegung *Tamarod* („Aufstand“) sammelte Unterschriften

.....
³¹ Yasser Khalil: Gott und Vaterland, in: zenith (wie Anm. 5), S. 45.

.....
³² Hier und im Folgenden vgl. Christina Schmitt: Der Spirit ist gut, in: zenith (wie Anm. 5), S. 60–63, (Zitat: S. 61).



Die Pyramiden von Gizeh, etwa 15 Kilometer südwestlich vom Kairoer Stadtkern entfernt: Normalerweise wimmelt es im Frühsommer hier nur so von Touristen, doch einige Monate nach der Revolution von 2011 wagten sich nur wenige Ausländer so nah an das Zentrum des ägyptischen Protests heran.

Foto: Kristina Milz

gegen die Regierung, angeblich sollen mehr als 15 Millionen zusammengekommen sein. Ende Juni flammten in diesem Klima die Straßenproteste wieder auf – und das Militär nutzte seine Chance: Am 3. Juli putschten die Generäle Präsident Mursi aus dem Amt. Die Führung hatte ein Mann namens Abd al-Fattah as-Sisi inne.

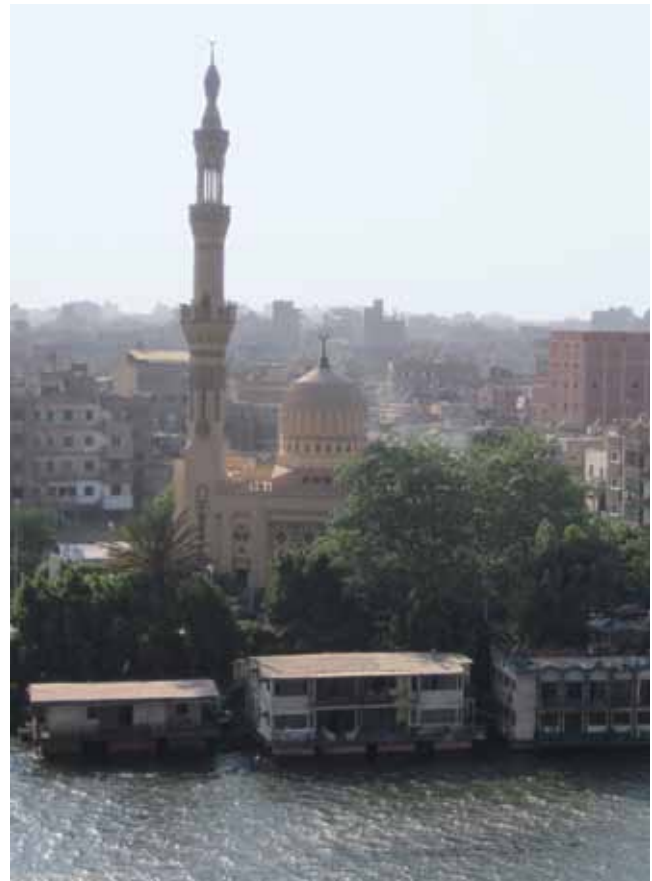
Die Gewalt eskalierte am 14. August 2013: Die Muslimbrüder, die sich aus Protest gegen den Putsch zu einem Sit-in auf dem *Rabea al-Adawiya* und dem *en-Nahda*-Platz in Kairo versammelt hatten, wurden regelrecht massakriert. Die Zahl der Toten schwankt je nach Quelle zwischen etwa 600 und 1.300. Im Frühjahr 2014 wurden dann 1.212 angeklagte Muslimbrüder zum Tode verurteilt, absurderweise für ein und denselben Mord.³³ Doch die Gewalt des neuen Militärregimes trifft auch andere: säkulare Oppositionelle werden unter dem am 8. Juni

2014 offiziell bestätigten Präsidenten Sisi eingeschüchert und mundtot gemacht: Mit der Notwendigkeit der „Terrorismus“-Bekämpfung – womit nun stets die vorher regierende Muslimbruderschaft gemeint ist – wurde ein „Anti-Demonstrations-Gesetz“ begründet, das sich gegen alle richtet, die ihren Protest auf die Straße tragen. Das ägyptische Parlament war lange aufgelöst, heute sitzen dort Abgeordnete von Sisis Gnaden. Zehntausende liberale Oppositionelle landeten im Gefängnis, unter ihnen viele kritische Journalisten. Menschenrechtsorganisationen berichten über tagtägliche Folter und die ausufernde Verhängung von Todesstrafen. Ägypter, die von der neuen Regierung und der gewaltsam durchgesetzten Ruhe auf den Straßen profitieren – zum Beispiel Unpolitische, die im Tourismus-Sektor arbeiten –, haben damit freilich ein geringeres Problem als andere.

.....
³³ Vgl. Samuli Schielke: Keine Tränen für Rabea, in: zenith (wie Anm. 5), S. 48–54, hier S. 48.

Im Juni 2015 besuchte Sisi Deutschland.³⁴ Zur Pressekonferenz mit Kanzlerin Merkel hatte er achtzig Journalisten mitgebracht, die seiner Rede applaudierten statt Fragen zu stellen. Für Siemens gab es zum Staatsbesuch den acht Milliarden schweren Auftrag, Gas- und Windkraftanlagen in Ägypten zu bauen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung druckte an diesem Tag zwei ganzseitige Zeitungsanzeigen aus dem Umfeld des Regimes, die eine überschrieben mit „Abdel Fattah al-Sisi – ein Präsident mit einer Vision“ (nämlich: „sein Land in ruhigere Bahnen zu lenken“), die andere ein regimeverherrlichender „offener Brief an den Deutschen Bundestag“.³⁵ Zuletzt irritierte SPD-Chef und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit seiner Rede vom „beeindruckenden Präsidenten“ als Abschlussstatement auf einer Pressekonferenz mit deutschen und ägyptischen Journalisten im Rahmen seines Besuchs in Kairo.

Bei allen wirtschaftlichen und außenpolitischen Überlegungen sollte Europa eines nicht vergessen: Sie ist wieder da, die Diktatur, die die Ägypter nur allzu gut kennen und viele aus tiefstem Herzen hassen. Für den Moment hat das Land eine Revolutionsmüdigkeit erfasst. Aber: „Auch wenn Ägypten stabil wirkt: Unter der Asche glüht es noch“,³⁶ schrieb der Journalist Yasser Khalil, der die Islamisten und das Militärregime gleichermaßen verurteilt, im Herbst 2015. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann der Platz der Befreiung wieder brennt.



Kairo ist eine sogenannte Megastadt: Zwischen zehn und 20 Millionen Menschen leben in Ägyptens Metropole. Neben dem Nil prägen zahlreiche Moscheen das Stadtbild.

Foto: Kristina Milz

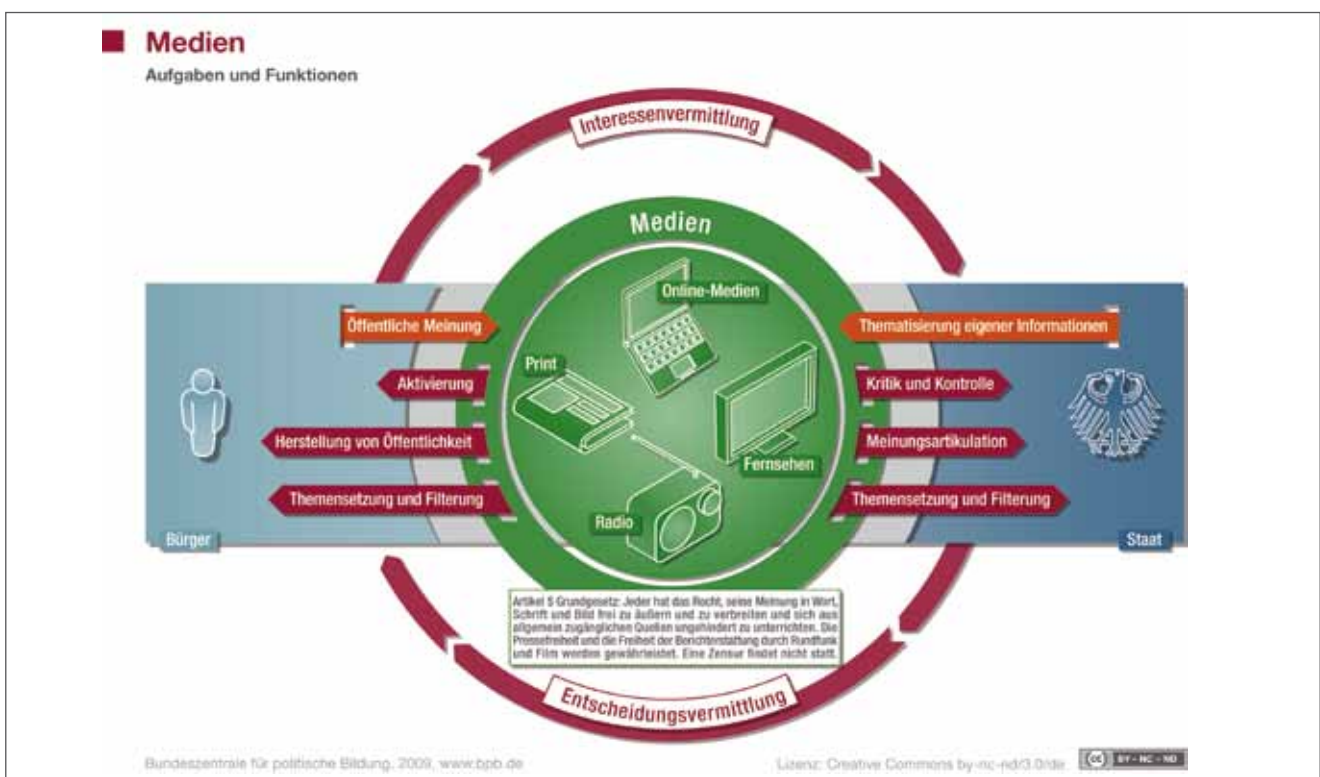
34 Einen interessanten Blick auf die deutsch-ägyptischen Beziehungen liefert Jens M. Lucke: Berlin und das Märchen von Ägyptens Stabilität, in: zenith (wie Anm. 5), S. 40 ff.

35 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.06.2015.

36 Khalil (wie Anm. 31).

Politische Bildung und Integration im digitalen Zeitalter

von Walter Eisenhart



Aufgaben und Funktionen der Medien

Quelle: Creative Commons by-nc-nd 3.0/de

Dass die digitale Welt auch unsere regionalen Lebensgewohnheiten tiefgreifend verändert, zeigt sich zum Beispiel daran, dass in Augsburg Bodenampeln installiert werden, die den nach vorne gebeugten Smartphone-Nutzern das unfallfreie Überqueren von Straßen ermöglichen sollen. „Bompeln für Smombies“ – schöne neue Welt?¹ Für die FDP scheint die Sache klar: Mit dem Schlagwort „Digital first – Bedenken second“ gaben die Freien Demokraten auf ihrem Parteitag 2016 ein klares Bekenntnis zur Digitalisierung und zur Offenheit für Veränderung und Fortschritt: „German Mut“ statt „German Angst“. Das Zukunftslabor Deutschland auf dem Weg zur „Beta-Republik“?² Die Freien Demokraten jedenfalls plakatieren offensiv, dass sie bereits in der Zukunft angekommen seien. Zwar sind solche Slogans bekanntermaßen pointierte parteipolitische Reklame, spiegeln jedoch auch immer die jeweils aktuellen gesellschaftspolitischen Strömungen und Stimmungen.

Ob man dem Digitalen nun bedenkenlos und forsch folgt oder als Bedenkenträger chronisch zögert und zaudert: Die digitale Zukunft ist längst Gegenwart und erfordert vernünftige Reaktionen und Weichenstellungen, denn das Tempo des technologischen Fortschritts und ihre gesellschaftspolitischen Ausprägungen spazieren nicht im Gleichschritt mit dem Ruhepuls der politischen Organe und deren Betriebstemperatur. Aus diesem Grund sind gerade Bildung und Wissenschaft in besonderer Weise aufgerufen, ihre Kunden kompetent und konstruktiv in die neue Zeit mitzunehmen.

Digitalisierung in Schule und Bildung

Die Bildungslandschaft reagiert insbesondere im Bereich der digitalen Medien auf die sich verändernde Rezeption und Verarbeitung von Informationen. Denn durch die Digitalisierung wird sich naturgemäß auch das (außer-) schulische Arbeiten und Lernen nachhaltig wandeln, weit mehr, als dies beim Übergang von der Schiefertafel zum Heft oder beim Siegeszug des Computers der Fall war. Zahlreiche neue Methoden des Lernens werden bereits praktiziert und verändern überdies das Beziehungssystem zwischen Lehrenden und Lernenden: YouTube-Angebote mit Informations- und Trainingseinheiten, neue Unterrichts- und Vorlesungsformen wie Webinare und Web-Based-Training, digitale Schulbücher und Lernmaterialien oder zahlreiche

Schüler- und Studienplattformen sind nur einige Beispiele. Zusätzlich haben das Web 2.0 bzw. 4.0 und die Social Media mit ihren technischen Möglichkeiten und Machbarkeiten in allen Lebensbereichen die Tür zu einer neuen Qualität der universellen Wahrnehmung der Welt und des Sich-in-ihr-Bewegens aufgestoßen, allerdings nur für jene Altersgruppen, die noch hauptsächlich im analogen Zeitalter aufgewachsen sind. Jenen digitalen Paradigmenwechsel registriert hingegen die Generation der „Digital Natives“ wohl kaum als „Revolution“, lebt sie doch seit jeher in einer digital-medialen Welt, und deren Reichweite ist umfassend.

Mittlerweile verfügen in der Altersgruppe von 12 bis 25 Jahren 96 Prozent der Deutschen über einen Internetzugang, den sie seit Jahren in zunehmendem Umfang nutzen, bis zu 13 Stunden wöchentlich.³ Bei aller Unterhaltungs- und Netzwerk-Funktion lässt indes aufhorchen, dass drei Viertel der Onliner im Internet wöchentlich regelmäßig zu Bildungszwecken für die Schule, die Ausbildung oder das Studium unterwegs sind.⁴ Fußend auf der „Idee der gegenseitigen Verfügbarkeit und Erreichbarkeit“⁵ als der Grundlage digitaler Information und Kommunikation müsste es für die Förderung von Bildungsprozessen geradezu verheißungsvoll sein, wenn auf digitalen Kanälen Bildung jederzeit verfügbar und jedermann für Bildung jederzeit erreichbar

1 <http://www.n-tv.de/panorama/Augsburg-installiert-Ampeln-im-Boden-article17527851.html> [Stand: 09.06.2016].

2 Der Begriff aus der Sprache der Digitalisierung beschreibt in der Software-Entwicklung ein Zwischenstadium, die so genannte „Beta-Version“. Vgl. Alessandro Peduto: Zurück zu altem Selbstvertrauen, in: <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Zurueck-zu-altem-Selbstvertrauen-artikel9499498.php> [Stand: 30.04.2016].

3 Die Kehrseite der Medaille: Die Abhängigkeit von Internet und Computerspielen wurde zum Schwerpunkt des aktuellen Drogen- und Suchtberichts der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Demnach werden 560.000 Menschen zwischen 14 und 64 Jahren als internetabhängig bezeichnet. Bei den 14- bis 16-Jährigen sind 4% internetsüchtig. Vgl. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung: Drogen- und Suchtbericht, Juni 2016, S. 100 ff.

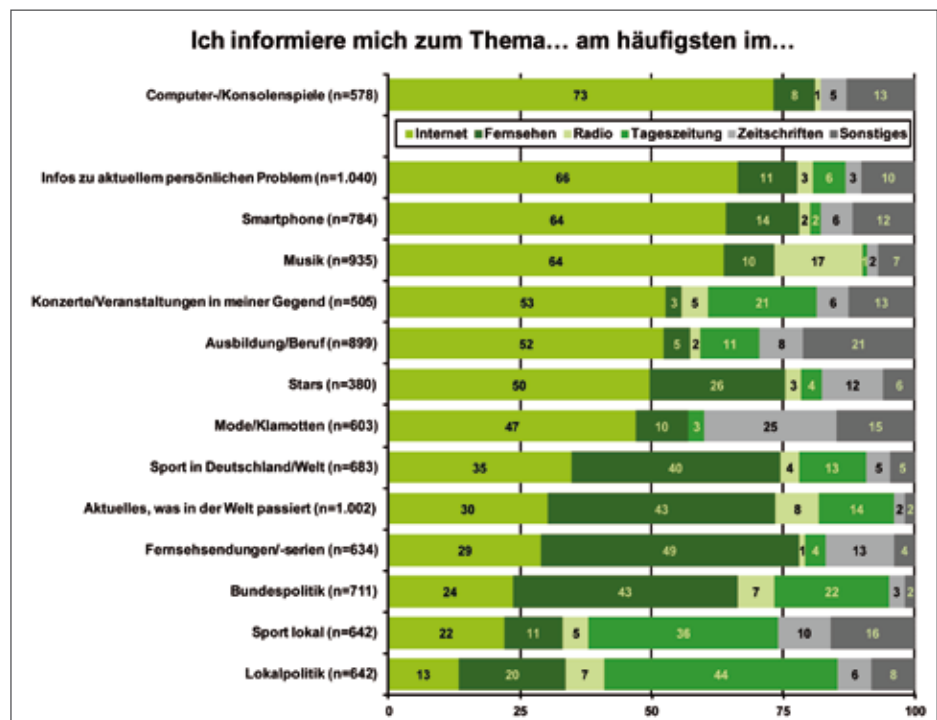
4 Vgl. Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Bonn 2010, S. 101–110.

5 Shell Deutschland Holding (wie Anm. 4), S. 105.

wäre. Digitalisierung – das Ende der Bildungsferne? Wohl kaum, denn mit der bloßen Nutzung technischer Geräte und digitaler Medien ist per se noch keine substanzielle Bildung verknüpft. Wohl aber werden dadurch die Arbeits-, Rezeptions- und Lernweisen strukturell verändert.

Mit der Digitalisierung werden zudem einige Erwartungen verbunden, die den Bildungsprozess bei den Lernenden verbessern könnten. Ein zentraler Aspekt dabei ist deren individuelle Förderung. Ausgangspunkt hierfür ist nicht zuletzt das bildungspolitische Postulat, dass Schule von der Vielfalt der Lernenden ausgehen soll. Unterricht nach dem Motto „Alle lernen das Gleiche zur selben Zeit am selben Ort“ mutiert im digitalen Zeitalter zum Auslaufmodell. Berücksichtigt man indes individuelle Lernvoraussetzungen, Lernbedürfnisse und Lernmöglichkeiten, kann sich Unterricht folglich „nicht mehr an dem Lernstand eines (vermuteten) Gruppendurchschnitts orientieren, sondern muss in der Planung und Umsetzung so angelegt sein, dass die Lernenden ihre individuellen Möglichkeiten entfalten können und bei ihren vielfältigen Lernerfahrungen unterstützt werden.“⁶ Hierbei kann das kreative Potenzial digitaler Medien wirksam werden,

- indem den Lernenden ein vielfältiges und differenzierendes Material bereitgestellt wird bzw. sie gemäß ihren Kenntnissen oder Interessen Materialien selbst auswählen;
- indem multimediale Materialien alternative Zugänge zum Lerngegenstand schaffen, z.B. durch Audio- und Videosequenzen, Simulationen, Animationen;
- indem interaktive Übungen mit individuellen Rückmeldungen das Selbstlernen fördern;
- indem das gemeinsame Arbeiten an Projekten und Problemen auch im Internet das kooperative Lernen und die Sozialkompetenzen stärkt;



Basis: Befragte denen es sehr wichtig/etwas wichtig ist, über neue Entwicklungen zum Themenbereich schnell Bescheid zu wissen; Angaben in Prozent

Quelle: JIM 2015

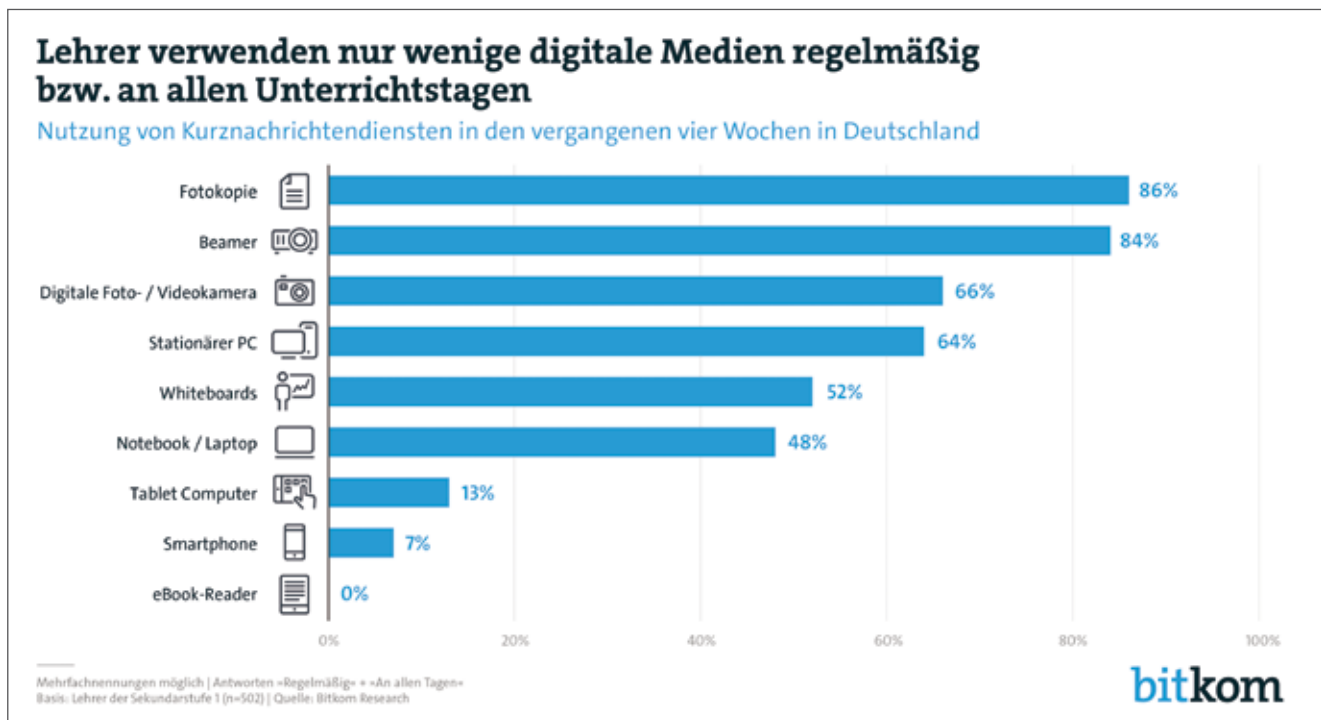
- indem sie über das Klassenzimmer hinaus Lernräume öffnen und die Teilhabe an weltweiten und vielfältigen Diskursen und Expertisen erleichtern;
- indem Lernorte und Lernzeiten inner- und außerschulisch flexibel organisiert werden können und das zunehmend selbstgesteuerte Lernen sowohl Bedingung als auch Ergebnis ist.⁷

Digitale Medien werden mit ihren Möglichkeiten und Anforderungen künftige Lern- und Bildungsprozesse prägen und eine neue Arbeits- und Lernkultur konstituieren. Dies umso mehr, als der Wirtschafts- und Arbeitssektor die mit der Digitalisierung verbundenen Ansprüche und Erfordernisse an die Bildungs- und Erziehungsinstitutionen weiterreicht. Sollen die Schüler den Anschluss an die digitale Berufswelt halten, steht die Medienkompetenz als „unverzichtbare Schlüsselqualifikation“⁸ auf der Tagesordnung. Dass dies hierzulande eine dringliche Aufgabe ist, beweist die „International Study on Computer and Information Literacy“ (ICILS) 2013. Sie nahm die Computer-

⁶ Richard Heinen/Michael Kerres: Individuelle Förderung mit digitalen Medien. Handlungsfelder für die systematische, lernförderliche Integration digitaler Medien in Schule und Unterricht, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Individuell fördern mit digitalen Medien. Chancen, Risiken, Erfolgsfaktoren, Gütersloh 2015, S. 98.

⁷ Vgl. ebd., S. 98–103.

⁸ KMK 2012, in: Heike Schaumburg: Chancen und Risiken digitaler Medien in der Schule. Medienpädagogische und -didaktische Perspektiven, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Individuell fördern mit digitalen Medien. Chancen, Risiken, Erfolgsfaktoren, Gütersloh 2015, S. 13.



Quelle: bitkom research

kenntnisse und -fähigkeiten von Schülern aus 21 Ländern in den Fokus und identifizierte fünf Kompetenzstufen zur Bewertung des Leistungsniveaus.⁹ Dabei kamen deutsche Achtklässler auf einen Platz im Mittelfeld. Zwar verfügen von ihnen 70 Prozent über grundlegende PC-Kenntnisse und erreichen mindestens Kompetenzstufe 3;¹⁰ die übrigen 30 Prozent sind indes mit nur sehr geringen IT-Kenntnissen für künftige berufliche und gesellschaftliche Anforderungen schlecht gerüstet. Zudem sind mit 1,5 Prozent nur wenige Schüler im oberen Leistungsbereich vertreten.¹¹

Um bayerische Schüler fit zu machen für die Herausforderungen der Digitalisierung, hat das Bayerische Kultusministerium im Januar dieses Jahres eine „Zukunftsstrategie“ publiziert, in der es dem kompetenten Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen den Rang einer vier-

ten Kulturtechnik einräumt. Demzufolge soll die Medienbildung als fächerübergreifendes Bildungsziel im neuen LehrplanPLUS aller Schularten hervorgehoben werden und in den Fachlehrplänen einen „Fokus auf den kritischen und produktiven Umgang mit digitalen Medien“¹² noch verstärken.¹³ Folglich müsste dieser auch für den Bereich der politischen Bildungsarbeit gelten.

Politische Bildung und Digitalisierung

Wenn der genannte duale Zugang des Hinterfragens und Produzierens auch einen Denkansatz der politischen Bildung darstellt, ließe sich fragen: Welche Auswirkungen der Digitalisierung ergeben sich auf den Gegenstand der Politik und deren Vermittlung? Und worin liegen spezifische Chancen und Herausforderungen durch digitale Medien für das politische Lernen und Bilden?

Politikvermittlung im digitalen Zeitalter

Die Digitalisierung verändert die Politik. Schon die Omnipräsenz der zahlreichen Rundfunk- und Fernsehsender hat dazu geführt, dass Politik immer mehr zur telegenen Inszenierung hin tendierte, mit möglichst plakativen

9 In aufsteigender Reihenfolge heißen die Kompetenzstufen: 1. Rudimentäre technische Fähigkeiten und erste einfache Anwendungen, 2. Basale Fertigkeiten zur Identifikation von Informationen und Bearbeitung von Dokumenten, 3. Angeleitetes Arbeiten und Erstellen, 4. Ermitteln, Organisieren und selbstständiges Erzeugen, 5. Sicheres Bewerten und anspruchsvolles Produzieren. Vgl. Deutsche Telekom Stiftung: Schule digital. Der Länderindikator 2015, Bonn 2015, S. 37.

10 Dieser Wert liegt auf einer Ebene mit der Vergleichsgruppe EU und OECD.

11 Zum Vergleich: In der EU waren es 2,2 %, in der OECD 2,4 %. Vgl. Deutsche Telekom Stiftung (wie Anm. 9), S. 35.

12 Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst: Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur. Die Zukunftsstrategie der Bayerischen Staatsregierung, München 2016, S. 20.

13 Vgl. ebd., S. 14 und S. 24.

Botschaften, die ins Zeitmaß der Fernsehmacher passen. Durch die Digitalisierung indes ergibt sich eine neue Qualität der medialen Politikvermittlung, die wesentlich durch die Wechselwirkung von Gleichzeitigkeit und Interaktion gekennzeichnet ist. Zum einen wirkt Politik vermehrt ohne Filter und unmittelbar auf ihre Rezipienten. Die Bürger müssen nicht mehr die Nachrichtensendungen abwarten, in denen ihnen die Tagesaktualität redaktionell gefiltert und aufbereitet präsentiert wird, sondern sind jederzeit und überall per Internet über die weltweiten Geschehnisse informiert, quasi in Echtzeit. Die enorme Dynamik der digitalen Prozesse und deren ortsunabhängige und interaktive Wahrnehmung und Verarbeitung durch beliebig viele Teilnehmer eröffnen einen grenzenlosen, zeit- und ortsunabhängigen Zugang zu politischen Themen und Prozessen. Zum anderen reagieren die Rezipienten darauf ihrerseits quasi zeitgleich und direkt in den Medien und sozialen Netzwerken und äußern sich zu den politischen Geschehnissen, was wiederum Politiker und Journalisten auf den Plan ruft, um diese Äußerungen rasch einordnen, beurteilen und ihrerseits darauf reagieren zu können, ehe andere ihnen zuvorkommen.

Partizipation per Mausklick?

Standen sich bislang Politik und Medien als Akteure im Wechselspiel von politischem Handeln und Deutungshoheit gegenüber, so kommt mit den digitalen Bürgern und Internet-Aktivist*innen eine dritte Kraft ins Spiel. Die politische Kommunikation und die Politik insgesamt werden somit unmittelbarer und interaktiver: Aus Konsumenten politischer Inhalte mit Empfänger-Lizenz werden politische Kommunikatoren mit Sender-Kompetenz. Mit den Worten der Medientheorie: Aus Konsumenten und Produzenten medialer Information werden „Prosumenten“. ¹⁴ Dabei ist unerheblich, ob deren Beiträge rational und politisch abgewogen oder emotional und einseitig zugespitzt sind. Vornehmlich in den sozialen Netzwerken sind keine elaborierten Abhandlungen zum politischen Geschäft zu erwarten. Wolfgang Sander fragt daher: „Führt das allgemeine Gerede im Internet auch zu mehr tatsächlicher politischer Partizipation?“ ¹⁵ Die Antwort fällt nicht eindeutig aus. Als „geradezu euphorisch“ schätzen manche Beobachter das politische oder demokratische Potenzial

digitaler Medien ein, bezeichnen diese als „Partizipationsmaschinen“ ¹⁶ und sehen darin „ungeheure Chancen für die politische Bildung“. ¹⁷ Immerhin bieten sie den potenziellen Nutzern niederschwellige Angebote zur Teilnahme an oder Meinungsäußerung zu politischen Themen: Partizipation per Mausklick? Die Forschung interessiert sich bereits dafür, inwieweit politische Aktivität und Teilhabe in sozialen Medien für die politische Meinungs- und Willensbildung relevant sind. Dabei scheint es aber, als ob substanzielle politische Teilhabe mittels digitaler Medien derzeit nicht generiert würde. Eine einschlägige Studie von Jose Marichal zeigt, dass gerade in Netzwerken wie Facebook oder Twitter die zentrale Form politischer Kommunikation vielmehr darin besteht, mit politischen Äußerungen die eigene Nähe zu bestimmten Meinungspositionen und die Zugehörigkeit zu politischen Gruppen zu demonstrieren, was als eher identitätsbildende Kommunikation und symbolische Partizipation gesehen wird. Dazu zählen auch spontane oder organisierte Reaktionen im Netz oder digitale Attacken wie Flashmobs oder Shitstorms, die stark wertende oder auch diffamierende Inhalte publizieren. ¹⁸ Inwieweit solche expressiven Formen politischer Teilnahme, von Marichal „*micro-activism*“ genannt, über die „kommunikative Selbstdarstellung“ ¹⁹ hinausgehen und im Sinne politischer Meinungsbildung und substanzieller Partizipation wirksam werden, bleibt abzuwarten.

Allein die Möglichkeit, sich im Web 2.0 auf digitalen Kanälen mit Politik beschäftigen zu können, bedeutet nicht automatisch, dass es auch zahlenmäßig mehr Nutzer tun und dadurch die politische Partizipation steigen würde, wie weitere Studien zeigen. Digitale Angebote von gesellschaftlichen und politischen Institutionen für Erwachsene und Jugendliche gibt es zahlreich. ²⁰ Daran nehmen im Web 2.0 indes weniger als fünf Prozent der Jugendlichen regelmäßig

14 Anja Besand: Mit digitalen Medien lernen – Lernprodukte und Lernumgebungen, in: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung, Bonn 2014, S. 476.

15 Wolfgang Sander: Fünfzig Jahre Deutsche Vereinigung für Politische Bildung. Rückblicke und Ausblicke, in: Polis 4/2015, S. 11.

16 Guido Brombach: Ist der Beutelsbacher Konsens noch zu retten?, in: pb21.de 2011, <http://pb21.de/2011/11/ist-der-beutelsbacher-konsens-noch-zu-retten/>, zit. nach Besand (wie Anm. 14), S. 367.

17 Besand (wie Anm. 14), S. 367. Vgl. auch Andreas Kalina: Mediatisierte Gesellschaften. Kommunikation und Sozialwelten im Wandel, in: Akademie-Report, 02/2016, S. 6.

18 Vgl. Manuela Pietraß: Demokratische Teilhabe durch soziale Medien? Politische Medienkompetenz im digitalen Zeitalter, in: Ursula Münch/Armin Scherb/Walter Eisenhart/Michael Schröder (Hg.): Politische (Urteils-) Bildung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Ziele, Formate, Schwalbach/Ts. 2015, S. 255 f.

19 Pietraß (wie Anm. 18), S. 255.

20 Als Beispiele seien genannt: Deutscher Bundestag, politische Stiftungen, Einrichtungen der politischen Bildung wie die Bundeszentrale oder Landeszentralen für politische Bildung, Organisationen für bürgerliches Engagement.

mit Beiträgen in Foren, Blogs, auf Twitter oder Wikipedia teil. Nur 18 Prozent geben an, sich überhaupt an Foren und Diskussionen zu beteiligen, nur neun Prozent betreiben einen Blog.²¹ Auch zur Förderung von freiwilligem Engagement scheint das Internet wenig beitragen zu können. Zwar sind bei politikinteressierten Internetnutzern, bei Mitgliedern von Internetgruppen und bei Produzenten im Netz die engagierten Jugendlichen jeweils in der Mehrheit, jedoch nutzen diese das Internet nicht häufiger als weniger engagierte. Eine weitere Untersuchung zeigt, dass das Internet aber auch keine negativen Auswirkungen auf das bürgerliche Engagement hat.²²

Nutzen und Chancen digitaler Politikvermittlung erklären sich auch nicht schon dadurch, dass seit 2002 die Ausstattung Jugendlicher mit digitalen Medien sprunghaft und kontinuierlich zunimmt.²³ Das Motiv der Internetnutzung bei Jugendlichen spricht indes eine klare Sprache. Sie nutzen digitale Medien hauptsächlich zur Kommunikation und Unterhaltung, am wenigsten zur Information. Innerhalb der informationsbezogenen Nutzung werden Angebote wie Nachrichtenportale nur von 15 Prozent der Jugendlichen regelmäßig angeklickt. Es ist demnach derzeit nicht feststellbar, dass sich durch die Verbreitung digitaler Medien auch die Beschäftigung mit Politik vermehrt oder intensiviert hat. Ein Mehr an digitalen politischen Informationen und Partizipationsangeboten bedeutet erst recht kein Plus an substanzieller politischer Bildung. Dies wäre eine unzulässige Schlussfolgerung aus der viel diskutierten Informationsgesellschaft.

Von der Demokratie zur Mediokratie?

Indessen ist selbstverständlich, dass sich die Politik zunehmend der digitalen Vermittlung ihrer Inhalte und Botschaften bedient. So sind beispielsweise modern geführte Wahlkämpfe ohne Internet-Präsenz und Aktionen in den sozialen Medien nicht mehr vorstellbar. Politiker kommentieren darin regelmäßig das politische Geschehen oder publizieren ihre Standpunkte und Aktivitäten auf ihren Websites. In dem Maße, in dem Politik und Medien aufeinander angewiesen sind, werden sich die Politik und deren Vermittlung auch weiterhin den Ansprüchen der digitalen Medien anpassen, um der Akzeptanz ihrer Nutzer willen. Die These des Dortmunder Politikwissenschaftlers Thomas Meyer, der

in diesem Zusammenhang von der „Mediokratie“ spricht, die das politische Geschäft der Medienlogik unterwerfe, spitzt Michael Schröder noch zu: „Politisch relevant ist nur das, was auf der Agenda der Medien ganz oben steht. Was nicht in den Medien vorkommt, ist nicht passiert.“²⁴



Quelle: Gerhard Mester

Haben die Medien also die Politik in der Hand? Bestimmen sie die Themen und die Art ihrer Vermittlung? Haben die Medien und ihre Macher als „vierte Gewalt“ gar so viel Macht, dass die Politik im Bann medialer Funktionslogik ihre gebotene Eigenständigkeit und Unabhängigkeit verliert? Diesen Zusammenhang moniert Wolfgang Sander in sehr grundsätzlicher Weise, wenn er den drohenden „technologischen Totalitarismus“ nach Frank Schirrmacher zitiert, wonach es „um die Rückgewinnung der Macht durch legitime Regierungen gegenüber einer schleichenden Machtkonzentration in einer Industrie (gehe), die sich gerne hip, smart und harmlos gibt.“²⁵ Wenn diese Mahnung zutrifft, muss sich die Demokratie im digitalen Zeitalter in der Tat herausgefordert sehen, zumal sich der gesellschaftliche und politische Einfluss digitaler Medien und ihrer Lenker nicht demokratisieren lässt. Demokratisch gewählte Politiker sind auf Zeit bestellt und können abgewählt werden, Konzernlenker nicht. Und was, wenn an der Spitze der Internet-Konzerne nicht mehr „die freundlichste und gutmütigste Diktatoren-Klasse in der Geschichte der Menschheit“ steht, „die es irgendwie gut mit der Welt“²⁶ meint?

21 Vgl. JIM-Studie 2014, BITKOM-Studie Jugend 2.0., in: Schaumburg, (wie Anm. 8), S. 32.

22 Vgl. Rauschenbach et al. 2011, Wagner/Brüggen/Gebel 2009 in: Bertelsmann-Stiftung (wie Anm. 8), S. 32 f.

23 Vgl. Schaumburg (wie Anm. 8), S. 24.

24 Vgl. Michael Schröder: Politische Bildung in der digitalen Mediokratie, in: Münch/Scherb/Eisenhart/Schröder (wie Anm. 18), S. 241.

25 Sander, (wie Anm. 15), S. 11.

26 Jaron Lanier: Warum wollt ihr unseren Quatsch? Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in: FAZ vom 03.07.2015, zit. nach Sander (wie Anm. 15), S. 11.

Aber befördern andererseits die digitalen Medien nicht auch die gewünschte Breitenwirkung des Politischen in die Bevölkerung hinein, angesichts einer flächendeckenden Internet-Präsenz? Ergibt sich daraus nicht auch ein umfänglicher Begründungs- und Rechtfertigungsdruck seitens der Öffentlichkeit gegenüber den politisch Verantwortlichen, welcher der demokratischen Transparenz dient? Tragen die vielfältigen Möglichkeiten, sich aus verschiedensten Quellen politisch zu informieren, nicht auch zur politischen Bildung in einer freiheitlichen und pluralen Gesellschaft bei?²⁷ Welchen Beitrag zur Bewältigung der digitalen Herausforderung können oder müssen Schule und politische Bildung leisten?

Allein aus diesen wenigen Fragen resultieren zukunftsweisende wissenschaftliche und pädagogische Fingerzeige für die politische Bildung, die hier im Einzelnen nicht besprochen werden können. Im Kern geht es um das Erkennen von Chancen und Grenzen digitaler Medien, denen die Politikvermittlung und das politische Lernen gegenüberstehen: um den zentralen Begriff der Medienkompetenz. Einige wesentliche Aspekte werden im Folgenden skizziert.

Auftrag: politische Medienkompetenz

Wenn Kultur und Gesellschaft zunehmend von der Medienkommunikation geprägt werden und die so verstandene Mediatisierung den Stellenwert erhält als „ähnlich übergreifender Entwicklungsprozess wie Globalisierung oder Individualisierung“, wie dies der Bremer Kommunikations- und Medienwissenschaftler Friedrich Krotz formuliert, gehört die Aufklärung über solche Prozesse zum ureigenen Geschäft politischen Bildens und Erziehens. Umso mehr, als er unter Mediatisierung die „Unterordnung von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur unter die Logik und Zwänge einer immer mehr und umfassender medial geprägten Welt“ meint.²⁸ Verlieren dadurch die existenziellen und kulturellen Ordnungsformen des Zusammenlebens ihren anthropologischen Selbstwert? Eine politische Medienerziehung muss die Nutzer als politische Bürger begreifen und sie in die Lage versetzen, diese Entwicklung kritisch zu beleuchten, die Medienmacher zu hinterfragen und die Medien selbst reflektiert zu gebrauchen. Zielkategorie solcher Bemühungen ist der mündige politische Bürger, der sich der multimedialen Angebote bedienen kann und ihnen gleichzeitig im Wissen um

ihre Funktionslogik aufgeklärt gegenübersteht. Mit dieser Beschreibung sind zwei Hauptstränge politischer Medienkompetenz im digitalen Zeitalter umrissen.²⁹

Politische Bildung klärt auf

Zum einen muss politische Medienkompetenz zur Schulung der rationalen Urteilsbildung das Wissen über mediale Funktionsweisen vermitteln und ihren Einfluss auf die menschlichen Lebensbereiche beleuchten. Ein aufgeklärter Mediennutzer sollte beispielsweise erkennen und angemessen beurteilen können, welche Autoren und Urheber, Interessen und Absichten hinter den medialen Angeboten stehen, welche Informationen und Inhalte seriös oder dubios, nützlich oder schädlich bzw. welche Handlungen riskant oder gar verboten sind, auch und gerade im Bereich des Politischen. Denn das eigentlich Politische wird eher unschärfer und unklarer, je unübersichtlicher die neuen medialen Erscheinungsweisen von Politik sind und je mehr sie sich um Darstellung und Inszenierung bemüht.³⁰ Deshalb gehört notwendig zur Medienkompetenz die Fähigkeit zur Bewertung, „in der Informationsflut das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden“, ³¹ sowie die Fähigkeit zur bewussten und gezielten Auswahl medialer Angebote. Dies umso mehr, als die algorithmische Steuerung durch Suchmaschinen und soziale Netzwerke immer mehr dazu führt, dass Mediennutzer zunehmend nur noch jene Informationen suchen und erhalten, die sie bislang in ihrer medialen Biografie bevorzugten und die damit ihre Anschauungen und Dispositionen einseitig manifestieren: „Man rezipiert vorrangig das, was einen zufrieden und glücklich macht“, so Caja Thimm.³² Dieses in der medienwissenschaftlichen Diskussion als „Echokammer“ oder „Filterblase“ bezeichnete Phänomen beeinflusst stark die kommunikative Meinungsbildung und trägt ihr zufolge dazu bei, dass digitale Öffentlichkeitsstrukturen stark fragmentiert sind, indem separate Teilöffentlichkeiten („*Mini Publics*“ wie auf Facebook und Twitter) nebeneinander existieren, zwischen denen aber kein relevanter Diskurs stattfindet.³³ Dies führt zur Frage, wie repräsentativ die politische Meinungsbildung in sozialen Netzwerken sein kann und welcher Stellenwert ihr folglich beigemessen werden darf.

29 Zu den Dimensionen von Medienkompetenz siehe auch Schaumburg (wie Anm. 8), S. 50 f.

30 Vgl. Besand (wie Anm. 14), S. 368.

31 Zit. n. Kalina

32 Kalina, (wie Anm. 28), S. 8. Vgl. auch Besand (wie Anm. 14), S. 368.

33 Ebd.

27 Vgl. hierzu auch Besand (wie Anm. 14), S. 367.

28 Andreas Kalina: Mediatisierte Gesellschaften. Kommunikation und Sozialwelten im Wandel, in: Akademie für Politische Bildung Tutzing (Hg.): Akademie-Report 02/2016, S. 6.

In diesem Kontext sollte politische Bildung zudem auf das Paradoxon aufmerksam machen, dass zwar einerseits politische Probleme, Entscheidungen und Strukturen immer weniger durchschaubar und komplexer werden, andererseits aber soziale Medien eher Stimmungen statt sachlicher Inhalte zu deren Aufklärung verbreiten. Je mehr in der politischen Diskussion auf Stimmungen geachtet und somit ein „Herdenverhalten“ begünstigt werde, so Henrik Hansen, desto mehr würde die Politik ihrerseits in Konflikt geraten zwischen irrationaler und kurzfristiger Orientierung an den vorherrschenden Stimmungen und langfristigem Handeln nach rationalen Erfordernissen.³⁴ Dieser Aspekt berührt neben der für politische Bildung wesentlichen Grundlage der Urteilsbildung auch die Frage nach der Legitimation politischen Handelns. Indem in der mediatisierten Politik so verstandene Legitimation durch Kommunikation erfolge, stehen für Ulrich Sarcinelli die Akteure im politischen Prozess vor besonderen Herausforderungen beim Umgang mit Medien. Daher gelte es nach wie vor, „dass eine alleinige Medienpräsenz (zumal ohne Sachkompetenz) nicht automatisch eine Legitimationsprämie bedeute.“³⁵

Deswegen müssen die Politikvermittlung, die politische Kommunikation und auch der politische Prozess als solches unter den digitalen Vorzeichen einer Mediendemokratie gesehen und beurteilt werden. Denn die Inszenierung von Politik und ihre Wahrnehmung in den digitalen Medien bestimmen wesentlich das Verständnis und die Bewertung des Politischen. Politik zu beurteilen wird somit nicht leichter, sondern erfordert künftig eine besondere Urteilsfähigkeit, wenn man bei der Bewertung von Politik nicht zu sehr am symbolischen Gehalt ihrer Darstellung hängenbleiben will. Anja Besand geht indes noch weiter, wenn sie sagt, dass Politik in der Mediengesellschaft ohne ihre medialen Erscheinungen gar nicht mehr verstanden werden könne. Sie warnt die politische Bildung folglich davor, „die verwirrenden und uneindeutigen medialen Aspekte“ des Politischen außer Acht zu lassen und es „einzig auf abstrakte, institutionelle oder rational steuerungstheoretische Aspekte zu reduzieren zu wollen“.³⁶ Die Politik sei von der medialen und symbolischen Vermittlung ihrer Inhalte nicht mehr zu trennen, weshalb Institutionenkunde, politische Zyklen oder das Idealbild demokratischer Repräsentation zwar eindeutig

vermittelbar scheinen mögen, aber den pluralen Erscheinungsformen des Politischen in modernen Mediendemokratien nicht mehr entsprächen.³⁷ Abzuwarten bleibt, wie sich das Verständnis und mit ihm der Begriff des Politischen und der Politik im Zeitalter digitaler Mediendemokratien weiterentwickeln werden. Es scheint zumindest, dass die digitale Vermittlung von Politik mehr ist als nur ihre moderne Performance. Mutiert im Bereich des Politischen die Form immer mehr zum Inhalt, die Darstellung immer mehr zum Begriff? Hierauf wird die politische Bildung ein wachsames Auge werfen müssen.

Politische Bildung leitet an

Zum anderen muss die politische Bildung neben dem aufklärerischen Blick auf das politische Potenzial der Digitalisierung selbst zur Plattform werden, um (künftigen) Bürgern den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien und Kommunikationsformen zu vermitteln. Medienkompetenz versteht sich in diesem Sinn auch als Anleitung zum Gebrauch der neuen medialen Möglichkeiten. Dies ist kein Gegensatz zur aufgeklärten und reflektierten Haltung gegenüber den digitalen Medien, sondern ihre Voraussetzung. Eine seriöse und wirksame Medienkompetenz gibt es nicht ohne Medien, sondern nur mit ihnen, denn „wie wollen wir Kinder auf die Medienwelt vorbereiten, wenn wir sie medienabstinent erziehen?“³⁸ Anders ausgedrückt kann hier das didaktische Prinzip der Handlungsorientierung herangezogen werden, um vor allem in der Schule den jungen Mediennutzern die nötigen praktischen Fertigkeiten durch learning by doing zu vermitteln.

Handlungsorientierte Einsatzmöglichkeiten

Die vielfältigen fachspezifischen Arbeitstechniken in der politischen Bildung sind ein willkommenes Praxisfeld für digitale Medien. Ihr Lernpotenzial entfalten sie erst durch ihren sinnvollen Gebrauch.

Information und Recherche: Das Netz bietet zu allen relevanten Themen zu jeder Zeit und an jedem Ort eine riesige Bandbreite und Fülle an Informationen für das Recherchieren. Dabei besteht die Herausforderung für die Urteilsfähigkeit nicht im Finden von Informationen, sondern im Erkennen und Herausfiltern des Wesentlichen, des Wichtigen oder des Neuen. Zudem wird die Fähigkeit geschult, Quellen auf ihre Glaubwürdigkeit und Echtheit zu untersuchen.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Besand (wie Anm. 14), S. 369.

37 Vgl. ebd.

38 Interview mit dem Medienpädagogen und Erziehungswissenschaftler Norbert Neuss: Lernen mit digitalen Medien. Eine Chance für unsere Kinder?, in: Wortspiegel, 2/2015, S. 9.

Kommunikation und Zusammenarbeit: Die digitalen Kommunikationskanäle können für politische Bildung fruchtbar genutzt werden, indem zu politischen Akteuren, Experten oder Institutionen der direkte Draht für Information und Austausch gesucht wird, z.B. über Facebook, Twitter oder E-Mail. Zudem sind Kommunikation und Kooperation beim gemeinsamen Arbeiten an Projekten in virtuellen Arbeitsräumen einfach und global zu gestalten. Diskussionsforen, Chats, Wikis oder BarCamps via GoogleDocs oder Etherpad sind Beispiele für neue Formate und Veranstaltungsformen für digitale Zusammenarbeit.

Simulation und Planspiele: Das Simulieren komplexer politischer oder sozialer Prozesse bietet sich gerade mittels digitaler Medien an. Computerbasierte Spielformen unterstützen hierbei das Nachvollziehen sozialer und politischer Vorgänge und Entscheidungen mittels planspielerischer Simulation. Dabei werden Lerneffekte durch multiperspektivische Rollenübernahmen ebenso gefördert wie Ambiguitätstoleranz.

Übung und Lernen: Das nahezu unüberschaubare Reservoir an digitalen Lernangeboten bietet auch für politische Bildung umfangreiche Möglichkeiten. So können das Interesse an politischen Themen und der politische Wissenserwerb durch Online-Kurse von Bildungsträgern, digitale Video-Tutorials oder Open Data wie schulisches oder wissenschaftliches Lehr- und Unterrichtsmaterial angeregt oder gefördert werden. Diese *Open Educational Resources* (OER) erfahren als frei zugängliche, kombinierbare und veränderbare Lerninhalte eine immer größere Verbreitung bei der digitalen Wissensvermittlung.

Ordnung und Archivierung: In der politischen Bildung sind auch digitale Werkzeuge nützlich und notwendig, mit denen einzelne Arbeitsschritte erledigt werden. Solche softwarebasierten Programme helfen z.B. beim Erstellen von Mindmaps, beim Aufzeichnen und Auswerten von Interviews oder beim Auswerten und Aufbereiten empirischer Daten und sind oftmals als Open Source frei lizenziert.

Gestaltung und Präsentation: Mit Hilfe digitaler Medien können mit den genannten Werkzeugen und Programmen auch eigene Medienprodukte hergestellt und veröffentlicht werden (z.B. multimediale Präsentationen, Internetseiten, Flyer, Schaubilder oder Videoclips).³⁹

Problemfelder digitaler Medien

Die Grenzen digitaler Lernmittel mögen weniger darin liegen, dass sie für politisches Bilden und Lernen zu wenig

bewirken könnten. Ebenso wenig liegt es im Computer oder Fernsehgerät selbst begründet, ob sie zum politischen Lernen beitragen. Entscheidend ist vielmehr, dass und wie das Potenzial digitaler Medien didaktisch und methodisch kompetent umgesetzt wird, um darüber politische Lernprozesse zu erzielen. Denn weder ein fachlicher Bildungszuwachs noch eine gesteigerte Medienkompetenz ergeben sich bereits aus dem Gebrauch von Medien. Dem gemäß lassen sich Bildungsungleichheiten bei digitalen Kompetenzen auch nur durch den Abbau von Ungleichheiten bei traditionellen Bildungskompetenzen reduzieren. Zu diesem Ergebnis kam 2015 eine PISA-Studie der OECD. Demnach sei vielmehr die grundlegende Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeit eine relevante Voraussetzung für den Erwerb digitaler Kompetenz als der bloße Zugang zu digitalen Medien.⁴⁰ Außerdem gehe es laut OECD bei der digitalen Bildung nicht um Quantität, sondern um Qualität. Denn bloße Informationen aus dem Internet allein seien noch kein Lernfortschritt. Und die Planung einer Recherche, das Unterscheiden wichtiger von unwichtigen Inhalten oder das Einschätzen der Glaubwürdigkeit einer Quelle müssten auch erst erlernt werden.⁴¹

Des Weiteren hängt die Realisierung der vielfältigen Potenziale digitaler Medien wesentlich von den schulischen Rahmenbedingungen ab. Dazu zählen neben der technischen Ausstattung vor allem die Einstellung und mediale Kompetenz der Lehrkräfte. In beiden Bereichen hat Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf. Befindet sich die Bundesrepublik bei der Ausstattung im internationalen Vergleich noch im Mittelfeld, belegt die größte europäische Wirtschaftsnation bei der Nutzungshäufigkeit den letzten Platz und weist auch der Förderung digitaler Kompetenzen im Unterricht nur eine marginale Rolle zu.⁴² Diesen Befund spiegelt auch die eher negative Einschätzung der technischen Ausstattung seitens der Lehrer wider.⁴³ Obwohl die Mehrheit der deutschen Lehrer der unterrichtlichen Nutzung di-

40 Vgl. didacta-magazin, 4/15, S. 29.

41 Gerhard E. Ortner: „Fremdlernen“ oder „Digitale Bildung“?, in: L.A. Multimedia, Magazin für Didaktik und digitale Medien, 4/2015, S. 49.

42 Bei der Computerausstattung steht Deutschland noch nicht auf dem Niveau, das die USA vor zwanzig Jahren hatten, sondern ist vergleichbar mit Polen, Tschechien, der Slowakei oder Litauen. Knapp die Hälfte der Schüler gibt an, im Unterricht keinen Computer zu nutzen. Vgl. Schaumburg (wie Anm. 8), S. 55 ff.

43 Von 501 befragten Lehrern an allgemeinbildenden Schulen (Sekundarstufe 1) schätzten 3% die PC-Ausstattung und den Internetzugang an ihren Schulen als sehr gut, 24% als gut ein. Dagegen bewerteten 48% die Ausstattung als mittelmäßig, 18% als schlecht, 7% als sehr schlecht. Vgl. Florian Sochatzy: Das multimediale Schulbuch (mBook) – Von der Theorie in die Praxis: Konzeption, Produktion und empirische Prüfung eines medialen Geschichtsbuches, Inaugural-Dissertation, Eichstätt 2016, S. 17.

39 Vgl. Besand (wie Anm. 14), S. 480 ff., Schaumburg (wie Anm. 8), S. 58–61, Schröder (wie Anm. 24), S. 445–448.

gitaler Medien insgesamt positiv gegenübersteht, sind sie im internationalen Vergleich doch eher skeptisch. Sie erwarten sich eher weniger positive Ergebnisse vom digitalen Medieneinsatz im Unterricht und äußern stärkere Vorbehalte als ihre Kollegen in anderen Ländern.⁴⁴ Neben negativen Effekten wie einem höheren Ablenkungspotenzial im Unterricht und der Gefahr des vermehrten Kopierens von Material aus dem Internet werden auch die steigende Abhängigkeit von der Technik, die Informationsflut oder die Sorge vor dem Verlust an Schreibfertigkeit und am Umgang mit Büchern und Bibliotheken genannt.⁴⁵ Florian Sochatzy vom Institut für digitales Lernen zufolge kommt dadurch zum Ausdruck, „dass es weniger um Ängste vor digitalen Medien in der Schule als vielmehr um Ängste vor der digitalen Welt im Allgemeinen geht.“⁴⁶ Diese Einschätzung scheint begründet, denn viele Lehrer haben Bedenken, dass der digitale Medieneinsatz technische Fähigkeiten erfordere, die sie selbst noch nicht hätten.

In diesem Zusammenhang wünschen sich in Deutschland durchschnittlich 58 Prozent, in Bayern 70 Prozent der Lehrer mehr fachliche Unterstützung beim Computereinsatz.⁴⁷

An die digitale Medienkompetenz der Lehrkräfte knüpft wiederum das Problemfeld des lerntheoretischen und didaktischen Kontextes an. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen darf davon ausgegangen werden, dass die Nutzung digitaler Medien an sich noch keinen Lernfortschritt ergibt.⁴⁸ Ein zentraler Aspekt ist vielmehr,

44 Vgl. Schaumburg (wie Anm. 8), S. 75f., Sochatzy (wie Anm. 43), S. 18.

45 Vgl. Schaumburg (wie Anm. 8), S. 70–74, Sochatzy (wie Anm. 43), S. 18.

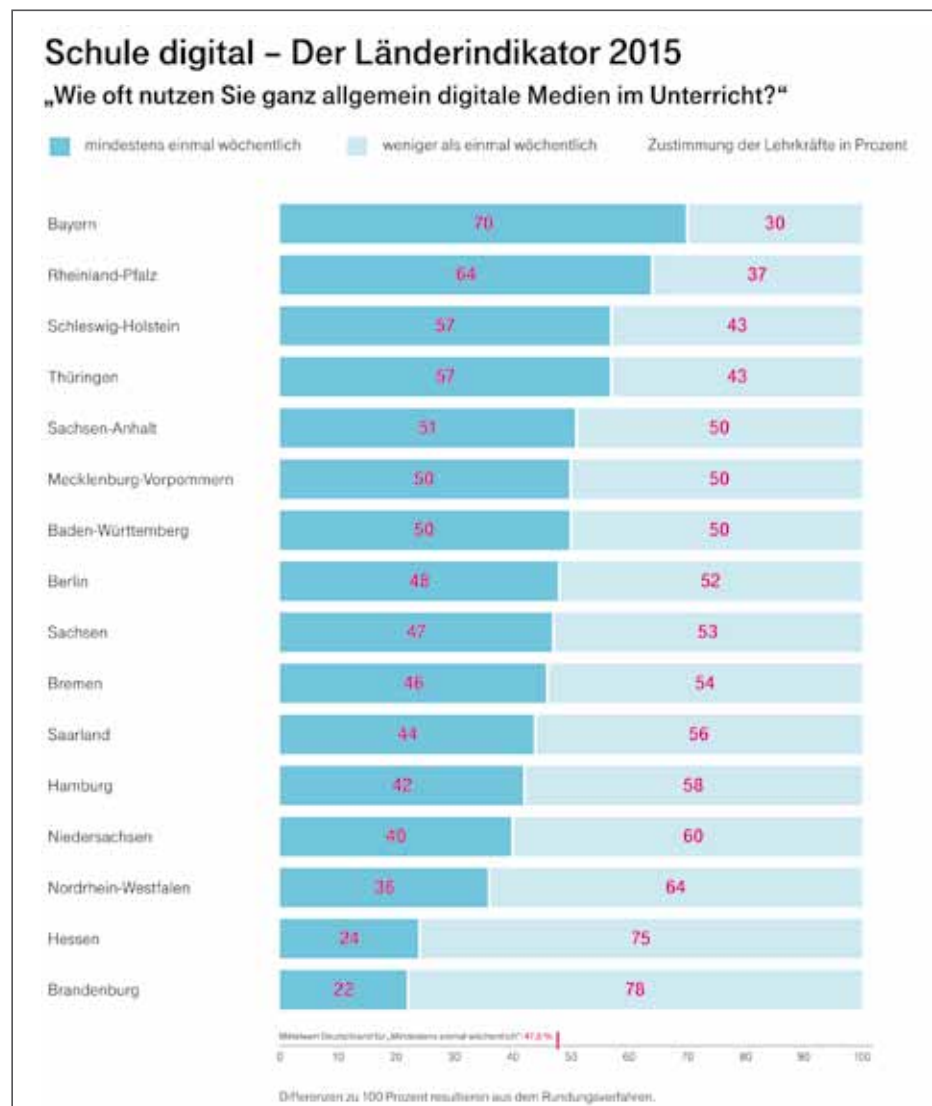
46 Sochatzy (wie Anm. 43), S. 18.

47 Vgl. ebd. und Deutsche Telekom Stiftung, (wie Anm. 9), S. 16f.

48 Vgl. Frank Fischer/Christof Wecker/Karsten Stegmann: Auswirkungen digitaler Medien auf den Wissens- und Kompetenzerwerb in der Schule. Kurzbericht, Ludwig-Maximilians-Universität München 2015.

dass ihr Gebrauch ohne didaktisches Konzept und nur zum Zwecke der Methoden- und Medienvarianz ebenso nutzlos bleibt wie eine arbeitsteilige Gruppenarbeit zur Frage „Wie heißt unser Bundespräsident?“. Digitale Lernmittel sind kein Selbstzweck zur medialen Anreicherung eines ansonsten herkömmlichen, wissens- und lehrerzentrierten Frontalunterrichts. Sie werden aber, wie Studien zeigen, insbesondere von denjenigen Lehrern erfolgreich angewendet, die ein schülerzentriertes Lehren und Lernen präferieren.⁴⁹ Denn die Wirkung digitaler Medien steigt auch in dem Maße, in dem Schüler kognitiv aktiv oder konstruktiv mit ihnen arbeiten, z. B. bei Feedback-Übungen, interaktiven Videos, Simulationsspielen oder Webrecherchen. Ebenso erfolgver-

49 Vgl. Sochatzy (wie Anm. 43), S. 9.



Quelle: Deutsche Telekom Stiftung

sprechend sind digitale Medien beim „Entwickeln und Vertreten einer eigenen Position“ und bei der Förderung der Problemlösekompetenz, nicht aber beim Faktenwissen. Und auch ein „Mehr“ an digitalem Mediengebrauch sowie „Technologien, die eine eigenständige Instruktion unabhängig vom Unterricht liefern“ bringen einer LMU-Studie zufolge keinen bzw. nur mäßigen Lerneffekt. Dagegen weisen Untersuchungen darauf hin, dass auch beim digitalen Mediengebrauch zur computerunterstützten Zusammenarbeit und Diskussion der Lernenden strukturierende Hilfen nötig sind, um ihre Kooperationskompetenzen zu stärken.⁵⁰

Hingegen wird besonders der in den deutschen Lehrplänen verankerten kompetenzorientierten Arbeitsweise die Fähigkeit zugeschrieben, fruchtbare Lernumgebungen zu schaffen, in denen digitale Medien ihr Potenzial entfalten können, anwendbares und übertragbares Wissen zu generieren. Das sei bisher noch zu wenig geschehen, so Florian Sochatzy. Er moniert daher in diesem Zusammenhang ein „grundsätzliches Umdenken schulischer Bildungstraditionen“, da „nur ein grundlegender Wandel von der uniformen Wissensschule zur individuellen Kompetenzschule adäquat auf die Herausforderungen der digitalen Welt reagieren“ könne. Dabei geht es ihm zufolge auch um „radikale Veränderungen in allen Bereichen der schulischen und universitären Bildung: Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung, allgemeine Rahmenbedingungen von Schule, Finanzierung von Ausstattung etc.“⁵¹

Integration und digitale Medien

Unterdessen ist mit der notwendigen gesellschaftlichen Eingliederung von Migranten eine staatliche Herkulesaufgabe erwachsen, die vor allem auch die Bildungspolitik fordert. Im Anschluss an grundsätzliche Vorüberlegungen zum Thema soll im Folgenden exemplarisch umrissen werden, wie ein digitales Medium unter den Vorzeichen von Migration und Integration sinnbringend eingesetzt werden kann. Indes nicht in dem Sinne, dass das Grundgesetz auf Arabisch aus dem Internet herunterzuladen ist.⁵² Vielmehr wird hierbei ein wissenschaftlich-didaktischer Ansatz gewählt, der das Potenzial digitaler Medien für politische Bildung entfaltet.

50 Vgl. Fischer/Wecker/Stegmann (wie Anm. 48), S. 1–3.

51 Sochatzy (wie Anm. 43), S. 9.

52 Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet den Flüchtlingen aus dem arabischen Sprachraum das Grundgesetz auf Arabisch als Druck- und Onlineausgabe kostenlos an. Vgl. POLIS, 1/2016, S. 5.

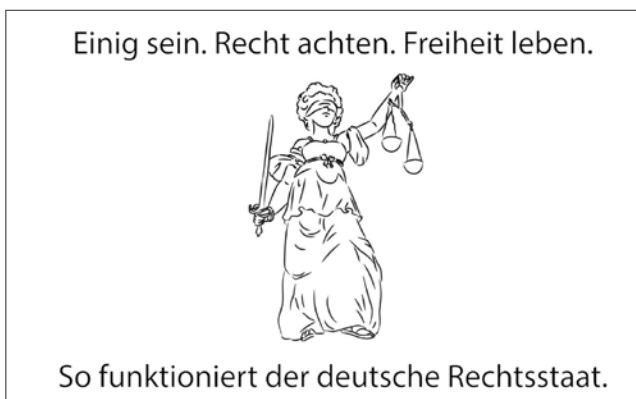
Hypothetische Ausgangslage

In unserem Land werden künftig noch mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion, aus unterschiedlichen Kulturen, mit unterschiedlicher Sozialisation und unterschiedlichem Bildungsstand leben als heute schon. Die Bevölkerung wird hinsichtlich ihres soziokulturellen Hintergrunds somit noch vielfältiger und heterogener, so verstanden also multi-kultureller. Die Einsicht, dass Migration und sozialer Wandel in der Geschichte der Menschheit kein Ausnahme-, sondern Normalfall ist, stellt eine wesentliche Voraussetzung für einen rationalen Umgang mit der Eingliederung dar. Hierbei spielt gerade die politische Bildung von Migranten *und* Einheimischen eine besondere Rolle, zumal Integration keine Einbahnstraße ist, egal in welche Richtung. Sie ist nicht zu reduzieren auf eine mögliche Erwartungshaltung von Einheimischen an geflüchtete Menschen in Existenznot, sich in einem für sie fremden Land an eine für sie fremde Kultur von heute auf morgen anzupassen; und sie ist nicht vereinbar mit einer möglichen Vermeidungshaltung von Migranten, die legitimen Ansprüche der angestammten Gesellschaft zu negieren. Als Einwanderungsland muss Deutschland ein vitales Interesse daran haben, dass Migranten sich nicht nur schrittweise die deutsche Sprache aneignen und beruflich Fuß fassen, sondern auch die Grundlagen des pluralen und demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft kennen und achten lernen. Darauf macht neben der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) auch die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) aufmerksam und nennt – wenig verwunderlich – die Schule „die einzige Institution, die eine flächendeckende Vermittlung von entsprechenden Kenntnissen, Werten und Partizipationskompetenzen sicherstellen kann“.⁵³ Zwar soll hiermit die Hauptlast bei der Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen einmal mehr allein der Schule aufgebürdet werden, was angesichts der ständigen Aufgabenmehrung zu noch höherem Druck führte; jedoch wird die Schule auch hier ihren nötigen Beitrag verantwortlich leisten. Dafür werden neben administrativen und organisatorischen Weichenstellungen vor allem didaktische Bildungskonzepte, auch in Form von Unterrichtsmaterial, benötigt, die das Hineinwachsen in diese Gesellschaft bzw. ein bereitwilliges Aufeinanderzugehen im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe thematisieren.

Einfach ist ein Integrationsprozess angesichts der Herkunft vieler Flüchtlinge aus Gesellschaften mit einem archa-

53 Der Sprecherkreis der GPJE: Flüchtlinge durch Bildung in das demokratische Gemeinwesen integrieren! GPJE nimmt Stellung, in: POLIS 1/2016, S. 4. Vgl. auch den Appell der DVPB an die Länderminister in: POLIS 4/2015, S. 7.

isch geprägten soziokulturellen Hintergrund nicht. Deshalb wird ein nüchterner und realistischer Umgang mit der vielschichtigen Frage der „Übernahme“ westlicher demokratischer Werte nötig sein, der weder Einheimische noch Zuwanderer überfordert. Umso notwendiger für eine gelingende Integration sind daher aufklärerische und rationale Anstrengungen politischen Bildens, die zum einen darauf abzielen, dass Migranten auf Basis des Respekts und des Anerkennens hiesiger Wertfundamente und Regeln zu einem Miteinander der kulturellen Vielfalt beitragen und sich für das friedliche Zusammenleben im Gemeinwesen einsetzen,⁵⁴ und die zum anderen darauf hinweisen, dass die Mitglieder der aufnehmenden Gesellschaft ihrerseits jene apostrophierten Werte und Tugenden vorleben und den Integrationsprozess auch als Teil ihrer Verantwortung sehen müssen.



Screenshot aus dem Grundlagenfilm „Einig sein. Recht achten. Freiheit leben. So funktioniert der deutsche Rechtsstaat.“ Beispiel aus dem crossmedialen Integrationsprojekt des StMJ „Rechtsbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“
Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Justiz (StMJ)

Das mBook als digitale und didaktische Innovation

Wie unter solchen Vorzeichen Integration im Rahmen der politischen Bildung mit digitalen Medien gefördert werden kann, zeigt ein Praxisbeispiel des Eichstätt-Instituts für digitales Lernen. Da für den Bereich der genuin politischen Bildung kein vergleichbares Produkt existiert, muss an dieser Stelle auf ein Werk zur historischen Bildung zurückgegriffen werden, das jedoch auch politische Bildungsaspekte in seiner Konzeption vereint und wirken lässt.

Basierend auf den an der Professur für Theorie und Didaktik der Geschichte der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt konzipierten theoretischen Grundlagen für

kompetenzorientierten Unterricht entwickelten die Historiker und Geschichtsdidaktiker ein multimediales Schulbuch für den Geschichtsunterricht an den Gymnasien Nordrhein-Westfalens. Im Fokus steht die „Förderung eines reflektierten und (selbst-)reflexiven Geschichtsbewusstseins“, das den Schülern vor Augen führt, dass Geschichte als sinnstiftendes Element immer an die Gegenwart gebunden ist. Daher sollen die Lerner die Geschichte als Narrationen erkennen und dekonstruieren lernen, damit historisches Geschehen in seiner Darstellung transparent wird. Die Medialisierung und Digitalisierung mache verstärkt darauf aufmerksam, dass nicht allein Quellen zum historischen Denken anregen, sondern vielmehr auch Filme, Computerspiele oder andere mediale Darstellungen Kontakte. Im Anleiten zum kompetenten und kritischen Umgang mit diesen Formen der Geschichtsdarstellung liege demzufolge die Herausforderung für Lernmittel. Der Maßgabe entsprechend, „Geschichte zu denken statt zu pauken“ erfordere die „digitale Neukonzeption eines kompetenzorientierten Geschichtsbuchs [...], dass das Schulbuch nicht mehr der Gralshüter scheinbar ewiger Weisheiten, sondern ein transparentes, zu hinterfragendes, multiperspektivisches, differenzierendes, aktuelles und kritisches Medium wird.“⁵⁵ Von Dialog- und Transparenztexten über Audios und Filme, Bilder, Text-Quellen, Aufgaben, bis hin zu spielerischen und interaktiven Darstellungen u.a.m. sind zahlreiche narrative Elemente enthalten.

Die Jury zum Preis „Schulbuch des Jahres 2016“ überzeugten die grundlegenden Prinzipien wie Multiperspektivität und Kontroversität ebenso wie der aktuelle Forschungsstand der verwendeten historischen Materialien, anhand derer die beabsichtigten Kompetenzen erworben werden könnten. „Vor allem aber ist beeindruckend, wie die Autoren digitale Mittel in den Dienst des historischen Lernens stellen“, urteilte die Jury. Zudem sei die Offenlegung des Konstruktcharakters von Geschichte durch kurze Autorenvideos über die Herangehensweise in den einzelnen Kapiteln ein „hervorragender didaktischer Kunstgriff“. Mit dem mBook sei eine „Brücke zwischen dem klassischen Schulbuch und der digitalen Welt“ geschlagen worden, so die Jury.⁵⁶

Nominiert für den deutschen Schulbuchpreis 2015 und ausgestattet mit dem Sonderpreis Schulbuch des Jahres 2016 macht sich das Team derzeit an eine Erweiterung des mBooks für das gemeinsame Lernen im Geschichtsunterricht der Gymnasien in NRW.

54 Vgl. hierzu auch die Resolution der GPJE, (wie Anm. 53), S. 4. Sehr ähnlich formuliert dies auch die UNESCO in Artikel 2 ihrer Allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt von 2001, in: UNESCO heute, Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission, Ausgabe 1-2, 2002, www.unesco.de, [Stand: 23.03.2016].

55 Sochatzy (wie Anm. 43), S. 16f.

56 <http://institut-fuer-digitales-lernen.de/startseite/>, [Stand: 11.06.2016].

Wie das mBook als digitales Medium an das Anliegen von Integration über die historische Perspektive herangeht,

soll ein Interview mit Marcus Ventzke vom Institut für digitales Lernen erhellen:

Was macht das mBook neu und innovativ, auch mit Blick auf Migration?

Marcus Ventzke: Es gibt bislang keinen Markt für kompetenzorientierte und digital-multimediale Angebote, die gesellschaftliche Diversität angemessen berücksichtigen, auf empirischer Forschung beruhen und zugleich didaktisch konzipiert sind. Das mBook bietet einen hohen Grad an Differenzierungsmöglichkeiten, Konstruktionstransparenz und Individualisierbarkeit im schulischen Gebrauch.

Wie verstehen Sie den Begriff des „gemeinsamen Lernens“?

Marcus Ventzke: Die gegenwärtig drängenden Herausforderungen bei den Lehr- und Lernmitteln sind die praktische Umsetzung der Kompetenzorientierung, der Umgang mit Inklusion und die Flüchtlingsintegration. In Zukunft wird das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern jeglicher Herkunft und kultureller Prägung zum zentralen Anliegen einer modernen Schulentwicklung, und in diesem Lernprozess bilden sich dann die unterschiedlichen kulturellen Prägungen, Sichtweisen, Fähigkeiten und Interessen von Schülerinnen und Schülern ab. Diese Diversität wollen wir nutzen und sie zur Grundlage einer demokratischen und chancenbewussten Schul- und Unterrichtskultur machen. Wir verstehen gemeinsames Lernen als ständige Inklusionsaufgabe und beziehen die Kompetenzorientierung auf alle Lernenden. Dazu gehören Migranten ebenso wie einheimische Schülerinnen und Schüler oder Lernende mit besonderem Förderbedarf.

Und wie stellt man sich das im Geschichtsunterricht vor?

Marcus Ventzke: Alle Schülerinnen und Schüler sollen gerade anhand von Geschichte erfahren, dass das Zusammentreffen von Menschen unterschiedlicher Prägung und Herkunft der permanente Realfall menschheitlicher Entwicklung ist. Wir sehen es deshalb als eine Hauptaufgabe des modernen Geschichtsunterrichts an, auf Prägungen und Lebenserfahrungen des jeweils anderen zu achten und über Stereotypen und Vorurteile nachzudenken. Unterschiede drücken sich häufig auch in Verhaltensweisen und Mentalitäten aus, die auf anderen Traditionen und Werten gründen, und davon werden konkrete Handlungen und Lebensplanungen bestimmt. Wir bieten deshalb Themen zur Erarbeitung an, die anthropologische Grundspannungen der Welt zum Ausdruck bringen und große

Kulturregionen wie „den Osten“ und „den Westen“ sowie die überzeitliche Mechanismen menschlicher Ein- und Ausschließung miteinander in Beziehung setzen. Dadurch werden für alle Unterrichtsbeteiligten historische Erfahrungen, Sichtweisen und Prägungen re- und de-konstruierend erkennbar. Geschichte als kulturdeutendes Querschnittsfach kann somit in einem kompetenzorientierten Verständnis orientierungsrelevante Sinnbildung ermöglichen, Identitätsbildung fördern und Alteritätserfahrungen zulassen. Das individuelle Fragenstellen als Beginn des Umgangs mit Geschichte transportiert genau jene persönlichen Eigenarten, Sichtweisen und Interessen, die unser aller Leben bestimmen. Diese kulturelle Diversität und den sozialen Förderbedarf wollen wir aufgreifen und zum inhaltlichen Schwerpunkt des gemeinsamen Nachdenkens und Lernens machen.

Welche inhaltlichen Grundlagen werden im mBook vorausgesetzt?

Marcus Ventzke: Auch in der erweiterten Version werden vergangene Geschehnisse unter Kategorien wie Kultur, Religion, Politik und Gesellschaft beleuchtet, und zwar in ihren örtlichen, nationalen oder weltweiten Ausformungen und Folgen. So werden neben den vorgegebenen Themen des Kernlehrplans auch Themen aus den Herkunftsregionen von Migranten integriert, zum Beispiel aus den sunnitisch geprägten Ländern. Die kategoriale Auswahl bestimmt so das einzelne Thema, beispielsweise unter dem Leitmotiv „Das Verhältnis von Orient und Okzident“. Mit dem (selbst-) reflexiven Ansatz verfolgen wir das Ziel der Selbstermächtigung von Lernenden mit Migrationshintergrund über die Geschichte ihrer Herkunftsregion, ohne dabei andere Schülerinnen und Schüler auszuschließen. Dies scheint uns deshalb wichtig, weil z.B. gegenwärtige muslimische Migranten in ihren zumeist von illiberalen Verhältnissen geprägten Herkunftsländern wohl noch nie einen Umgang mit ihrer eigenen Geschichte kennengelernt haben dürften, der narrativ und multiperspektivisch ist, von ihren eigenen Fragen ausgeht und Orientierung in Gegenwart und Zukunft ermöglicht.

Wie kann man sich die technische Umsetzung vorstellen?

Marcus Ventzke: Wir nutzen für das gemeinsame und inklusive Lernen gezielt barrierefreie Zugänge. Für Schüler mit Lese- oder Sehbeeinträchtigungen werden beispielsweise zentrale Texte als Audios eingesprochen. Wichtige Zugänge und Texte werden in sogenannte „leichte Sprache“ übersetzt oder – didaktisch begründet – in die Sprachen der Herkunftsländer. Darüber hinaus verwenden wir differenzierende grafische Darstellungen und Animationen sowie multiperspektivische Themenaufbereitungen und Formen des personalisierten Erzählens.

Sehen Sie in diesem Konzept auch Ansätze zu einer dezi-
niert *politischen Bildung*?

Marcus Ventzke: Durchaus, unser Anspruch ist, mit der mBook-Erweiterung auch einen Beitrag zu leisten, dass Schülerinnen und Schüler ein selbstbestimmtes Leben in einer offenen und demokratischen Gesellschaft führen können. Das Idealziel des inklusiven, gemeinsamen Lernens ist eine Gesellschaft, in der keiner mehr ausgeschlossen ist und in die sich jeder einbringen kann.

Ausblick

Wie eingangs bereits formuliert, ist die digitale Zukunft längst Gegenwart. Zugleich mahnen Herausforderungen wie die Kompetenzorientierung als durchgängiges Bildungsprinzip und die Integration von Migranten als gesellschaftspolitische Aufgabe zu raschem Handeln im Bildungsbereich, insbesondere in Bezug auf Unterrichtsmaterial, Lern- und Lehrwerke. Gerade in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung sind hierzu beträchtliche Anstrengungen notwendig. Mit dem Potenzial geeigneter digitaler Medien, das sich durch eine wissenschaftlich fundierte und didaktisch-methodische Konzeption entfalten lässt, können solche Anforderungen im politischen Unterricht zeitgemäß und wirksam angegangen werden.

Der demokratiekompetente Bürger als normative Leitvorstellung der politischen Bildung⁵⁷ muss unter diesen Vorzeichen eine zweifache Bedeutung erfahren. Indem Integration immer zwei Seiten hat, eine integrierende (die aufnehmende Gesellschaft) und eine zu integrierende (die

aufgenommenen Migranten), muss politische Bildung beide Seiten als Adressaten in den Blick nehmen.

Unsere freiheitliche Demokratie ist durch das Erstarken populistischer und radikaler politischer Kräfte einer Belastungsprobe ausgesetzt – Anlass und Gelegenheit genug, verstärkt darüber nachzudenken, was Demokratie ausmacht und welche Problemlösungen die Politik anbieten könnte. Diese Prüfung erfolgreich zu bestehen ist Aufgabe aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die Ausbildung bzw. Stärkung der Demokratiekompetenz die vornehmliche und „klassische Aufgabe Politischer Bildung, eine Aufgabe, die ihr niemand abnehmen kann.“⁵⁸ Sie ist aber auch eine Aufgabe, für die sie Raum und Mittel benötigt.⁵⁹ Und je dringlicher die Aufgabe ist, desto dringlicher sind die nötigen Ressourcen zu ihrer erfolgreichen Bewältigung. Der Raum wird klein bleiben für die politische Bildung. Wenn aber die Digitalisierung hierbei ihren zeitgemäßen Beitrag leisten kann, ist die Bildungspolitik gut beraten, die nötigen Hebel in Bewegung setzen, um die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

57 Vgl. Joachim Detjen: „Der demokratiekompetente Bürger – Politikwissenschaftliche Anmerkungen zu einer normativen Leitvorstellung Politischer Bildung, Wolnzach 1999.

58 Ebd., S. 30.

59 Vgl. Walter Eisenhart: Politik unterrichten in Bayern – oder: „Geschichte gehört einfach dazu“. Retrospektiven zum Stellenwert des Politikunterrichts bei der bayerischen Bildungspolitik, in: Münch/Scherb/Eisenhart/Schröder (wie Anm. 18), S. 132 f.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner, Philipp Rabl
Redaktionsassistentin: Diana Sigei Dietz

Titelfoto: ullstein bild/Amr Abdallah Dalsh

Gestaltung: Brandungen GmbH, Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: alpha printmedien AG, Darmstadt

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de